Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

23. April 1979
Nr. 17 Jg. 7

Bezirksausgabe für Hamburg/Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21060 C

Schmidt unverschämt – Andenstaaten bereiten Gipfel vor

z.lik. Delegationen der fünf Mitgliedsländer des Andenpakts haben sich in der vorigen Woche in Lima versammelt, um eine Gipfelkonferenz des Pakts am 28. Mai in Kolumbien vorzubereiten. Die Delegationen haben die Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen den Andenstaaten sowie mit anderen Ländern Lateinamerikas beraten und die Umsetzung der Beschlüsse des Andenpakts geprüft, wonach unter anderem bis 1985 51% des Kapitals aller ausländischen Gesellschaften in nationalen Besitz überführt werden soll. – Bei seinem ungefähr gleichzeitig stattfindenden Besuch in Peru hat Helmut Schmidt nichts als Erpressungen präsentiert: für die Erhöhung westdeutscher ,,Kapitalhilfe'' an Peru verlangte er als ,,Gegenleistung'', daß oben genannte Bestimmung keine Anwendung finde; außerdem erwarte er, daß Peru in Zukunft von Verurteilungen der BRD im Rahmen der UNO Abstand nehme.

Bulgarien und Rumänien wollen mexikanisches Erdöl importieren

z.rua. Der gescheiterte Sojus-Mitflug des ersten bulgarischen Kosmonauten Iwanow hatte u.a. den Zweck, im bul-

Abstand nehme.

Bulgarien und Rumänien wollen mexikanisches Erdöl importieren

z.rua. Der gescheiterte Sojus-Mitflug des ersten bulgarischen Kosmonauten Iwanow hatte u.a. den Zweck, im bul-

garischen Festlandsockel Erdöl zu suchen. Ob Bulgarien das etwa gefundene Öl für *seine* Wirtschaft hätte nutzen können, ist fraglich. Die Abhängigkeit von der UdSSR ist groß. 90% des Energiebedarfs muß aus der UdSSR gedeckt werden. Bulgariens Ölreserven betragen nur 2 Mio. t. Bei einem Besuch Präsident Schiwkows in Mexiko im April wurde vereinbart, daß Mexiko an Bulgarien Erdöl liefert, das im Gegenzug Mexiko beim Aufbau der Landwirtschaft unterstützt. Im März bekräftigte eine rumänische Parlamentsdelegation in Mexiko das Interesse, ,,auf einer für beide Seiten vorteilhaften Grundlage'' Rohöl zu importieren. Es soll in Rumänien, das über 120jährige Erfahrungen hat, weiterverarbeitet und in die Nachbarstaaten exportiert werden.

Jugoslawien warnt ,,Aggressoren jenseits der Ostgrenze''

z.lik. Die jugoslawische Regierung hat an die Sozialimperialisten eine deutliche Warnung gerichtet anläßlich massiver Luftlandeoperationen von sowjetischen Truppen in Südungarn, 50 km von der Grenze zu Rumänien und Jugoslawien entfernt. Diese Manöver sind Teil einer ganzen Reihe, die die sowjetische Supermacht in Polen und in den Karpaten, im tschechoslowakischen und im sowjetischen Teil durchgeführt hat; sie soll im Mai in Bulgarien ,,fortgesetzt'' werden. Es handelt sich um offene Drohungen, vor allem gegen den Zusammenschluß der Balkanstaaten. So hat es auch der jugoslawische Verteidigungsminister verstanden: ,,Die Aggressoren jenseits unserer Ostgrenze sollen wissen, daß wir eine halbe Million Mann in den Kampf führen können, daß wir eine starke Kampfabwehr, Raketen (...) und Infanteriedivisionen (...) besitzen.''

3. Welt setzt Welthandelsabkommen für Naturkautschuk durch

z.jon. Am 10.4. haben die Staaten der Dritten Welt mit den Imperialisten eine Übereinkunft für ein Welthandelsabkommen für Naturkautschuk erzielt. Der Preis wird bei 2,10 $/kg knapp unter dem jetzigen Preis stabilisiert. Ein Ausgleichslager für Preisschwankungen wird eingerichtet. ¾ des Lagers zahlt der Allgemeine Rohstoffonds, den die Dritte Welt im März durchsetzte. – Ende 1978 hatten die Produzentenländer erstmals wieder den Preisstand von 1974 erkämpft. Wegen des Kampfes der OPEC-Staaten müssen die Imperialisten Preiserhöhungen bei synthetischem Kautschuk fürchten, mit dem sie Naturkautschuk bisher niederkonkurrierten. – Die US-Imperialisten wollen das Abkommen durch die Bildung ,,Strategischer Vorräte'' unterlaufen. Die SU-Imperialisten stimmten bis jetzt als *einzige* nicht zu. Sie fordern Liefergarantien der Produzenten bei jedem Preis.

Können die Arbeiter auch noch Teuerung hinnehmen?

Tarifabschlüsse verschärfen Lohnspaltung / ,,Vollbeschäftigungs''lüge / Inflationsschub

z.gek. Mit dem Lohn- und Manteltarifabschluß in der Druck- und Papierindustrie, der für die Lohngruppen I-III Erhöhungen von 5,5%, für die Lohngruppen IV, V und die Facharbeiter 4,5% bringt, sind die Lohnbewegungen in den wichtigsten Industriebranchen, den öffentlichen Diensten, im Handel und Transportwesen im wesentlichen abgeschlossen. Die Arbeiterklasse hat ihr wichtigstes Ziel: den dauernden Lohnsenkungen Einhalt zu gebieten, nicht erreichen können. Kampf findet gegenwärtig noch statt um die Tarife in der Textil- und Bekleidungsindustrie, der Kautschukindustrie, sowie in einigen Bereichen von Handel, Banken und Versicherungen. Die Große Tarifkommission der Buchhandels- und Verlagsangestellten der Gewerkschaft HBV in Westberlin hat sich bisher mit großer Geschlossenheit geweigert, von der aufgestellten Forderung von 150 DM Lohnerhöhung für alle gleich abzugehen. Aber klar ist, daß diese Lohnkämpfe nun sehr schwierig werden.

her mit großer Geschlossenheit geweigert, von der aufgestellten Forderung von 150 DM Lohnerhöhung für alle gleich abzugehen. Aber klar ist, daß diese Lohnkämpfe nun sehr schwierig werden.

Einige notwendige Ziele hat die diesjährige Lohnbewegung erreicht: die Anerkennung des Standards von 6 Wochen Jahresurlaub durch die Kapitalisten mehrerer Industriezweige; Anhebung des Urlaubsgelds im öffentlichen Dienst; weitere Durchlöcherung der alten Lohngruppenschlüssel, vor allem in der Metallindustrie. Den Kapitalisten ist es jedoch gelungen, die schon bestehenden Lohnspaltungen weiter zu vertiefen und mittels der Wirkungen der Lohnsteuerreform regelrecht aufzureißen. Für Millionen von Arbeitern, und zwar genau diejenigen, denen von der Lohnsteuerreform gerade eine ,,Erleichterung'' von ein paar Mark bleibt, ist durch die niedrigen Prozentabschlüsse der Zwang brutal gestiegen, noch länger und härter, am Tag wie in der Nacht wie am Wochenende, ohne Rücksicht auf das eigene Leben und die Gesundheit für die Kapitalisten zu fronen.

Von solchen Niederungen des gewöhnlichen Lebens ist der Mai-Aufruf des Deutschen Gewerkschaftsbundes weit entfernt. ,,Arbeit für alle'' fordert er als eines der ,,Grundrechte des Menschen''. An diesem 1. Mai, im dreißigsten Jahre der Bonner Republik des wiederhergestellten Privateigentums, gehe es vor allem um die ,,Ausgestaltung der Verfassung'', auf deren Boden die Gewerkschaften 30 Jahre lang ,,verantwortungsvoll mitgewirkt'' hätten, und darum, zu verhindern, daß ,,die Demokratie von rechts oder links erschüttert wird''.

Wie ,,weitblickend''! Und wie kurzsichtig. Die Behauptung, die jetzt von den Gewerkschaften hingenommenen Lohneinbußen könnten sich in ,,Vollbeschäftigung'' auszahlen, ist ökonomisch ein glatter Trugschluß, oder genauer gesagt eine chauvinistische Lüge. Das Gegenteil ist wahr. Die Lohnsenkungen und -spaltungen arbeiten den Rationalisierungsplänen der Kapitalisten direkt in die Hände. Und – Vetter tu doch nicht so naiv! – Ehrenbergs Ministerium arbeitet Tag und Nacht daran, mit allen Mitteln des wirtschaftlichen und polizeilichen Zwangs die letzten Reserven auf den Arbeitsmarkt zu treiben.

bergs Ministerium arbeitet Tag und Nacht daran, mit allen Mitteln des wirtschaftlichen und polizeilichen Zwangs die letzten Reserven auf den Arbeitsmarkt zu treiben.

Aber die Rechnung des Hamburger Weltökonomen – wie er sich von den Hofberichterstattern jetzt gern im Flachs nennen läßt, man weiß ja, wie dicht Spaß und Ernst beieinanderliegen – muß auch nicht aufgehen, obschon er gleich nicht so naiv ist (oder tut) wie die Parteifreunde in der Gewerkschaft. Die Teuerung der Lebenshaltung betrug im Monat März, aufs Jahr hochgerechnet, 9%, für Investitionsgüter sogar über 10%. So hatte sich Schmidt das nicht gedacht. Preissteigerungen – unbedingt, solange ,,der Markt es hergibt'', d.h. die Konkurrenz nicht unterbieten kann. Preissteigerungen erhöhen den Druck auf die Arbeiter, und dies stumm und anonym, sie treiben ihrerseits zu längerer, härterer Arbeit, fördern so die kapitalistische Rationalisierung, und zugleich spülen sie per Progression noch mehr Steuer- und Versicherungsabgaben in die dafür eingerichteten Schleusen. Preissteigerungen waren im Schmidtschen Plan für die weitere Erhöhung von Macht und Reichtum der herrschenden Finanzbourgeoisie unbedingt eingerechnet. Aber nicht in *dieser* Rate! Fast könnte ihm dabei der Appetit auf die frischen Mehrwertsteuer-Milliarden, die ab dem Juni fließen sollen, vergehen.

Die Sache ist die: die westdeutsche Kapitalistenklasse und ihr Weltökonom haben sich verspekuliert. Der allein im letzten Jahr um 11,5%, zum Jahresende um 14% aufgeblähten Geldmasse steht im Innern keine entsprechende Neuanlage von Kapital und Schöpfung von Warenwerten gegenüber; es ist Kreditexpansion, die oft nur den Bankrott hinauszögert, wie jetzt beim ,,Bauriesen'' Beton- und Monierbau, der mit hunderten Millionen Schulden bankrott machte. Oder es sind auf Pump, d.h. auf Staatsschulden getätigte ,,Zukunftsinvestitionen'', denen auf längere Zeit durchaus keine entsprechende Ausdehnung der Warenproduktion folgt, dafür umso größere Ansprüche auf Zinsen und Zinseszinsen.

Verspekuliert haben sich die BRD-Kapitalisten vor allem auch als Teilnehmer am Dollar-Betrug. Als solche haben sie für Abermilliarden DM auf Dollar fakturierte Ware billigst eingekauft und als Weltbankiers DM verliehen. Schätzungsweise ein Zehntel der Weltwährungsreserven, das wäre eine Summe von 80-100 Milliarden, besteht aus DM. Nur daß die BRD keine Supermacht ist und ihre Währung auf Dauer nicht als Weltgeld unterbringen kann. Seit dem Jahresbeginn sind bereits 10 Milliarden Dollar wieder ab- und DM *zurück*geflossen. Im EWS steht die DM plötzlich als eine der ,,schwachen'' Währungen da.

Bei solchen Preissteigerungen ,,würde sich niemand, am wenigsten die Unternehmer, über ein möglicherweise ganz anderes tarifpolitisches Klima zu Beginn des kommenden Jahres wundern dürfen'', hat der Graf Lambsdorff auf der Hannover-Messe laut verkündet. Jetzt *droht* die sozialliberale Regierung der Arbeiterbewegung, auch eine solche Teuerung noch hinzunehmen. Hier nun könnten die Bourgeois sich vollends verspekuliert haben.

Kapitalisten vor allem auch als Teilnehmer am Dollar-Betrug. Als solche haben sie für Abermilliarden DM auf Dollar fakturierte Ware billigst einge-

auch eine solche Teuerung noch hinzunehmen. Hier nun könnten die Bourgeois sich vollends verspekuliert haben.

Lohnstreiks in den Paradewerken der französischen Stahlmonopole



In den modernsten französischen Stahlwerken, Fos am Mittelmeer und Dünkirchen am Ärmelkanal, streiken die Arbeiter für 300 F für alle. Beide Streiks begannen an den Hochöfen und breiteten sich aus, als die Kapitalisten versuchten, sie mit Aussperrung zu isolieren. Mit beiden Streiks bekämpfen die Arbeiter die Verschärfung der Ausbeutung, während die Stahlmonopole in Lothringen und Nordfrankreich 27000 Entlassungen vorbereiten.

Afrikanische Staaten beschließen Gründung eines Nachrichtenpools

Stärkung der afrikanischen Einheit / Unterstützung der Befreiungskämpfe

z.wig. Auf einer Konferenz der afrikanischen Informationsminister verabschiedeten die Regierungsvertreter eine Konvention über die Gründung der Panafrikanischen Nachrichtenagentur. Sie steckt sich zum Ziel, ,,das verzerrte Bild von Afrika, von den afrikanischen Ländern und Völkern zu korrigieren, das sich aus einer bruchstückhaften und negativen Information ergibt, die von ausländischen Presseagenturen veröffentlicht wird.'' Aufgabe der Nachrichtenagentur ist es, die Ziele der OAU zu fördern und den Befreiungskampf zu unterstützen.

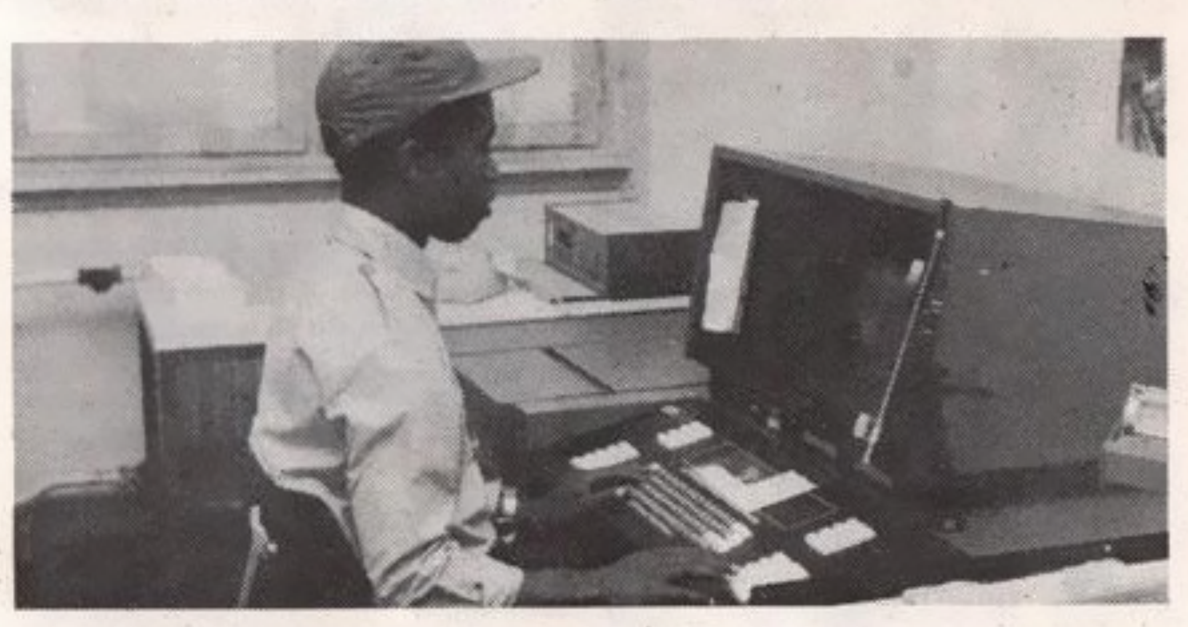
Gegenwärtig monopolisieren die Nachrichtenagenturen der Imperialisten den Nachrichtenfluß zwischen den afrikanischen Staaten, als auch die Verbreitung von Nachrichten aus afrikanischen Ländern. Das Ergebnis dieser ,,Nachrichtenverbreitung'' kann man z.B. an der Berichterstattung über das Wahlmanöver von Smith und seiner Marionetten sehen: ,,Starker Andrang schwarzer Wähler und lange Schlangen vor den Wahllokalen'' meldet die ,,Frankfurter Allgemeine Zeitung'' gestützt auf Reuter und dpa. ,,Selbst aus einigen jener Gebiete, in denen Guerillakämpfer regieren, ... waren hohe Wählerzahlen zu vernehmen.'' (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.4.)

Für diese Lügen und Hetzpropaganda hatte Smith eigens ,,Touren'' für die Pressemeute und ,,Wahlbeobachter'' organisiert, die den Aufmarsch der letzten militärischen Reserven des Kolonialregimes nur in Form von Panzerwagen erwähnen, mit denen sie zu den Wahllokalen gekarrt wurden. Von vornherein darauf angewiesen, jeden Prozentsatz als ,,hohen Prozentsatz der Wahlbeteiligung'' an den Mann zu bringen, weil die Befreiungsstreitkräfte einen großen Teil des Landes kontrollieren und die Volksmassen sich mit zahlreichen Aktionen gegen das Wahlmanöver zur Wehr gesetzt haben, wird vom Charakter der Wahlen erst gar nicht gesprochen.

Präsident Mugabe hat dazu in einem Interview am 19.4. nochmals bekräftigt: ,,Ich bin sicher, jeder, der die Verfassung genau gelesen hat, wird zu der Schlußfolgerung kommen, daß das, was man Macht nennt, in den Händen der Weißen bleibt. Sie haben die Kontrolle über die Armee, sie haben die Kontrolle über die Polizei, sie haben die Kontrolle über die Luftwaffe, sie haben die Kontrolle über den öffentlichen Dienst, über die Gerichtsbarkeit ... An wen soll die Macht übergeben werden? An die Marionetten Muzorewa, Sithole und Chirau. Nun auf jeden Fall ist sicher, daß sie eine Mehrheit im Parlament haben werden, aber das Parlament kann kein einziges Gesetz von der Art machen, daß es die vereinbarte Position verändert. ...Muzorewa, Sithole und Chirau sind zahnlose Hunde, wenn sie jemals vollwertige Hunde waren.''

Der Aufbau eines eigenen Nachrichtenwesens wird die Afrikanischen Staaten und Völker befähigen, der Hetze und den Lügen der Imperialisten mit Tatsachen entgegenzutreten und auch auf diesem Gebiet des Kampfes gegen den Imperialismus in die Offensive zu kommen. Die Satz/Repro/Druck/Rechen/Datenübertragungs- und -bearbeitungseinheit für die ZANU, für die Tausende in Westdeutschland Gelder aufbringen, wird sowohl dem Propagandafeldzug und den Erziehungsaufgaben der ZANU als auch dem Aufbau eines selbständigen Nachrichtenwesens der afrikanischen Völker. Je eher, um so besser.

Eine vollständig ausgerüstete ZANU-Druckerei



Durch die Ausbildung von Genossen der ZANU an Satz-, Repro-, Druck-, Datenübertragungs- und -verarbeitungseinheiten wird die selbständige Inbetriebnahme der kompletten Druckerei vorbereitet.

Reform der Psychiatrie in der Endphase

Organisierung von Zwangsarbeit, Vorbereitung auf Konterrevolution

z.hev. Seit nunmehr fast 10 Jahren, seit der Bildung einer „Sachverständigen-Kommission zur Lage der Psychiatrie in Deutschland", prüft die Bundesregierung, was aus den psychisch Kranken noch herauszuholen ist und wie. 1975 legte die Kommission den 1500 Seiten starken „Bericht über die Lage der Psychiatrie in der Bundesrepublik Deutschland" (Psychiatrie-Enquete) vor, 1976 folgte dazu eine „Planungsstudie", 1977/78 Stellungnahmen der Bundesländer, in deren Kompetenz die psychiatrischen Landeskrankenhäuser liegen, ebenfalls 1978 ein „Rahmenentwurf über den Vollzug von Maßregeln der Besserung und Sicherung in einem psychiatrischen Krankenhaus und in einer Entziehungsanstalt" (Maßregelvollzugsgesetz) und Berichte über Modellversuche des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit: „Ambulante psychiatrische und psychotherapeutisch/psychosomatische Versorgung". Jetzt hat die Bundesregierung zu allem diesem eine Stellungnahme abgegeben, der Kommission für ihre fleißige Arbeit großes Lob gezollt, gewertet, gewogen, verworfen und zu bedenken gegeben, immer gut versteckt hinter den Landesregierungen, und vor allem mit fürsorglichem Gerede, sodaß der eigentliche Kern der breitangelegten Maßnahmen zu verschwinden scheint.

Im Kern handelt es sich erstens um die Organisierung eines Arbeitsmarktes, der vom übrigen Arbeitsmarkt abgespalten ist und in den tendenziell immer mehr Arbeiter und Angestellte eingeschleust werden sollen. Es ist ein Arbeitsmarkt, in dem keine gewerkschaftlichen Rechte existieren, in dem ein besonders niedriges Lohnniveau herrscht und der gewaltsam abgesondert gehalten wird: „Die Bundesregierung sieht im Aufbau eines Netzes gut strukturierter Werkstätten für Behinderte eine wichtige Aufgabe." Keineswegs, um optimale Bedingungen für die medizinische Behandlung der Kranken zu schaffen. „Allerdings wären die Werkstätten überfordert, über ihre gesetzlich zugewiesenen Aufgaben der Eingliederung in das Arbeitsleben – berufliche Rehabilitation – hinaus auch medizinische und eigenständig soziale Aufgaben zu übernehmen." Wird die Arbeit, die die Kranken leisten, dann als eine „Maßnahme der medizinischen und beruflichen Rehabilitation" bezeichnet, sind dem Behinderten sämtliche Rechte genommen, die ein Arbeiter, der seine Arbeitskraft verkaufen muß, sonst hat. Ein Zusätzliches leisten die verschiedenen Möglichkeiten der stufenweisen Entmündigung. Vortreffliche Bedingungen also, den Lohn niedrig zu halten. Und deshalb findet gegenwärtig ein rasanter Ausbau der Behindertenwerkstätten statt. 1976 waren rund 30000 Kranke diesem Zwangsarbeitsregime unterworfen, 1980 sollen es schon 120000 sein. Aus verschiedenen Meldungen in dieser Zeitung gewinnt man den Eindruck über die dort gezahlten „Löhne". In der Werkstatt Göttingen beträgt der Monatslohn 120,- bis 145,- Mark. Nach einem ausgeklügelten Punktebewertungssystem, in das die Arbeitsleistung, Sauberkeit usw. eingehen, kann ein Behinderter maximal 0,96 Mark pro Stunde „verdienen". In einer Werkstatt in Trier sind es 60,- bis 100,- Mark pro Monat, bei der „Arbeitstherapie" im Landeskrankenhaus Wunstorf 80,- bis 120,- Mark. Dort müssen Kugelschreiber montiert werden, bei 4500 im Monat abgelieferten heißt das 2,5 Pfennig pro Kugelschreiber.

Zweitens sind die gegenwärtigen Maßnahmen kaum verhüllte Vorbereitungen zur Konterrevolution der herrschenden Klasse. Die Psychiatrie-Enquete nennt als „Ausführungen der Arbeitsgruppe ‚Kinder- und Jugendpsychiatrie'" die sog. „Prävention dissozialen Verhaltens", das soll heißen, dem von der Norm abweichenden Verhalten vorzubeugen: „Es geht dabei in erster Linie darum, der sozialen Desintegration einzelner oder ganzer Gruppen entgegenzuwirken. Das kann nur gelingen, wenn in jedem Versorgungsgebiet die Aufmerksamkeit ständig auf soziale Brennpunkte gerichtet bleibt und zu unmittelbaren Reaktionen führt."

Selbst wenn man bedenkt, daß die „Freiwilligkeit" der psychisch Kranken, in die Landeskrankenhäuser zu gehen, mit der Drohung der gesetzlichen Unterbringung erzwungen wird, werden doch immer noch 40% der Insassen psychiatrischer Anstalten per Gesetz hineingesteckt und festgehalten. Wehe aber dem, der in die Haftanstalten für psychisch Kranke gerät. Zu sämtlichen Maßnahmen, die das Strafvollzugsgesetz an einem durchschnittlichen Gefangenen exekutiert, kommt noch die psychiatrische Zwangsbehandlung. Dies wird im zukünftigen Maßregelvollzugsgesetz verpflichtend festgeschrieben. § 14 (1) „... Einer Einwilligung des Untergebrachten in die Behandlung bedarf es, soweit sie zur Erreichung der Vollzugsziele geboten ist..., nicht." Wahrlich unbegrenzte Möglichkeiten, den Willen eines Gefangenen zu brechen, wie geschaffen dazu, sie gegen die Arbeiterbewegung einzusetzen.

Rheinische Landeskrankenhäuser Entwicklung 1950 – 1975

Zugänge (in 1000)
Krankenbestände (in 1000)
Einwohner Nordrhein-Westfalen Landesteil Nordrhein (in Mio.)
20 – 15 – 10 – 5
1950 52 54 56 58 1960 62 64 66 68 1970 72 74 75

Die Rheinischen Landeskrankenhäuser Zugänge 1960 bis 1973 nach Diagnosen

Anzahl gesamt: 9685 10155 10441 11209 11686 10934 12628 12572 13083 13824 14971 16336 17224 17229
Zugangsjahr 62 63 64 65 66 67 68 69 1970 71 72 73

(1) Körperlich Kranke ohne psychische Störungen (neurolog.; internist.)
(2) Psychopathien und abnorme Reaktionen
(3) Organisch bedingte psychische Erkrankungen
(4) Affektive (manischdepressive) Psychosen
(5) Schizophrener Formenkreis
(6) Anfallsleiden, Medikamenten- und Drogenabhängigkeit
(7) Alkoholismus
(8) Psychische Störungen des höheren Lebensalters
(9) Schwachsinnsformen

z.hev. **Nach einer Zusammenstellung aus der Psychiatrie-Enquete waren am**

z.hev. **Nach einer Zusammenstellung aus der Psychiatrie-Enquete waren am 30. Mai 1973 94197 Kranke den haftähnlichen Bedingungen psychiatrischer Krankenhäuser unterworfen.** 13% hatten „psychische Störungen des höheren Lebensalters und andere organische psychiatrische Erkrankungen", 36,7% Schizophrenie, 8,2% waren manisch-depressiv oder litten an Verfolgungswahn, 4% hatten „neurotische Leiden, Persönlichkeitsstörungen, psychosomatische Störungen", 9% Suchten, 6% Anfallsleiden, 18,5% „Schwachsinnsformen" und 4% waren „körperlich Kranke ohne psychische Störungen". Aus dem Schaubild über die Zugänge an Patienten in den Rheinischen Psychiatrischen Landeskrankenhäusern von 1960 bis 1975 ist klar zu erkennen, daß immer die Erfahrung dieser Haftbedingungen machen müssen oder/und immer häufiger nach gerade erfolgter Entlassung erneut in die Anstalt kommen.

Auf weiten Strecken ihrer Stellungnahme zur Psychiatrie-Enquete gibt sich die Bundesregierung den Anschein, den Gefängnischarakter der psychiatrischen Anstalten aufheben zu wollen, sie aufzulösen in „gemeindenahe Psychiatrie", psychiatrische Abteilungen bei den Allgemeinkrankenhäusern. Aber erstens bleiben die Anstalten bestehen als „Fachkliniken" und zweitens wird es „gemeindenah" noch viel leichter gelingen, psychisch Auffällige sofort psychiatrisch unterzubringen, die Schwelle dafür ist mit der Verkürzung der Entfernung quasi gesenkt. Innerhalb der Anstalten wird die Aussortierung verfeinert in jene, die dahinvegetieren und jene, die „wirtschaftlich ergiebig" arbeiten müssen.

Eskalation des Agressionskrieges gegen Kampuchea

Eskalation des Agressionskrieges gegen Kampuchea

Damit haben die US-Imperialisten ihre Niederlage auch nicht aufhalten können

z.lup. Ende März haben die vietnamesischen Aggressionstruppen eine neue

z.lup. Ende März haben die vietnamesischen Aggressionstruppen eine neue

großangelegte Offensive im Südwesten von Kampuchea eröffnet in der Absicht, dadurch den Befreiungskampf des Volkes von Kampuchea und der Revolutionären Armee des Demokratischen Kampuchea das Rückgrat zu brechen. Zu diesem Zweck haben sie ihre 100000 Mann starken Aggressionstruppen um weitere 50000 Mann verstärkt und diese in der Provinz Battambang konzentriert. Der Nachrichtendienst des Marionettenregimes in Phnom Penh hatte bereits behauptet, die Aggressionstruppen hätten das Hauptquartier des Premierministers des Demokratischen Kampuchea und Sekretär des ZK der KPK, Genossen Pol Pot, erobert und Pol Pot nach Thailand vertrieben. Der Sender des Demokratischen Kampuchea hat dies als Lüge entlarvt. Auch Thailand hat die Behauptung der vietnamesischen Marionetten zurückgewiesen. Jedenfalls haben diese inzwischen zugegeben, daß die angeblich gestürzte und angeblich auch längst nach Peking geflohene rechtmäßige Regierung des Demokratischen Kampuchea nach wie vor im Land ist und vom Inneren des Landes aus den bewaffneten Befreiungskampf führt. Durch die Offensive im Südwesten wollen die Aggressionstruppen wenigstens einen Teil des Landes und dessen Bauernmassen unter Kontrolle bringen und sich den Zugriff auf das wichtigste Reisanbaugebiet Kampucheas sichern, um so die Versorgung der in den Städten festsitzenden Truppen wenigstens teilweise zu bewerkstelligen. Kriegsbeobachter in Bangkok gehen davon aus, daß die vietnamesischen Truppen versuchen, etwa 50000 Soldaten und Bauern Kampucheas südlich von Poipet einzukreisen und zu vernichten. Diese Provinzstadt direkt an der thailändischen Grenze hatte die Revolutionäre Armee Kampucheas zu Beginn der Offensive zeitweilig befreit. Empfindliche Schläge versetzt die Revolutionäre Armee den Aggressionstruppen in allen Teilen des Landes. Die Hauptstraßen 2, 3 und 4 sind in bestimmten Teilen unter Kontrolle der Revolutionären Armee. Chouk im Südwesten wurde nach erbitterten Kämpfen Anfang April befreit, wobei 160 Aggressoren vernichtet wurden. Im Nordosten Kampucheas hat die Revolutionäre Armee in mehreren Gefechten Ende März über 400 Aggressoren vernichtet und einige Gebiete befreit.

Nachdem ihr „Blitzkrieg"-Konzept gescheitert ist und sich der „Blitzsieg" nicht eingestellt hat, müssen die Hanoier Machthaber inzwischen auch eingestehen, daß sich vietnamesische Truppen im Land befinden. Pham Van Dong hat erklärt, dies sei auf Grund des „Vertrages", den Vietnam mit seinen Marionetten am 18. Februar abgeschlossen hat, und auf „Ersuchen des Revolutionsrats des kampucheanischen Volkes". Die Aggression, auf deren Bajonetten dieser „Revolutionsrat" in Phnom Penh erst errichtet wurde, begann bereits im Dezember 1978.

Die chinesische Volksbefreiungsarmee hat ein Dokument der vietnamesischen Armee veröffentlicht, das bei dem Gegenschlag gegen die vietnamesischen Grenzaggressionen aufgefunden worden war. Unter dem Titel „Sieg über Kampuchea" beschreibt das Dokument den Aufmarsch der vietnamesischen Armee gegen Kampuchea und erwähnt den Einsatz von 11 Divisionen, 14 Regimentern, einer Brigade, einer Kriegsflotte und eines Schlachtschiffverbandes. Interessant ist, daß der Einsatz keines einzigen Soldaten der von Vietnam gebildeten Marionettenfront erwähnt wird. Es heißt aber:

„Wir haben bereits die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß die befreundete Seite eine neue Revolution starten kann... Dies war in der Welt bisher nur einmal der Fall, nämlich als die Sowjetunion 1968 der Tschechoslowakei zu Hilfe eilte." Die vietnamesischen Revisionisten sind treue Schüler ihrer sozialimperialistischen Herren. So wie in der Tschechoslowakei hätten sie es gerne. Das Volk von Kampuchea kämpft aber unter Führung einer kommunistischen Partei, die in der Lage ist, das Volk zusammenzuschließen und unter Überwindung aller Schwierigkeiten im Volkskrieg zum Sieg zu führen.



Volksversammlung im Bezirk Sisophon in einem von den vietnamesischen Aggressionstruppen befreiten Gebiet.

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730231, Telex 413080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer / Redaktion: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 1, Telefon 0611/730231 / Redakteur: Martin Fochler

Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung: Nr. 17: 32000



Zu beziehen ist die Kommunistische Volkszeitung im Vierteljahresabonnement, incl. Porto 10,– DM, bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611 / 730234

Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Telefon 0511/814045, Redakteur: Helga Rosenbaum

Regionalredaktion Köln: Neusser Straße 27-29, 5000 Köln 1, Telefon 0221/720876-77, Redakteur: Gerd Heinemann

Regionalredaktion München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Telefon 089/531348, Redakteur: Reiner Malskies

Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'information et de nouvelles internationales SPRL · a.i.n. – agence de presse · 437 Av. Louise · B-1050 Bruxelles

a.i.n. Roma · Via C. Magni, 41/B · I-00147 Roma

K.V.Z. News Agency Ltd. · 291, Gray's Inn Road GB-London, WC1X 8QF

Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H. · Straußengasse 7, Tür 4 · 1040 Wien

Verbreitungsgebiete und Bezirksausgaben der Kommunistischen Volkszeitung – Bezugsadressen –

Geschäftsstelle Hamburg: Chemnitzstraße 78, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/382168
Bezirksausgaben: Flensburg, Flensburg-Westküste (01) · Kiel, Holstein (02) · Hamburg, Hamburg-Unterelbe (03)

Geschäftsstelle Bremen: Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Tel. 0421/6160455
Bezirksausgaben: Bremen, Bremen-Unterweser (04) · Oldenburg, Weser-Ems (05) · Münster, Münsterland-Emsland (06)

Geschäftsstelle Westberlin: Oranienstraße 159, 1000 Westberlin 61, Tel. 030/6145099
Bezirksausgabe: Westberlin, Westberlin (07)

Geschäftsstelle Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045
Bezirksausgaben: Hannover, Hannover (08) · Braunschweig, Südostniedersachsen (09) · Bielefeld, Ostwestfalen (10)

Geschäftsstelle Essen: Sybillastraße 15, 4300 Essen, Tel. 0201/252353
Bezirksausgaben: Dortmund, Dortmund/Westliches Westfalen (11) · Essen, Essen/Ruhr (12) · Duisburg, Duisburg/Niederrhein (13) · Düsseldorf, Düsseldorf/Rhein (14)

Geschäftsstelle Köln: Neusser Straße 27-29, 5000 Köln, Tel. 0201/720876-77
Bezirksausgaben: Wuppertal, Wuppertal/Bergisches Land (15) · Köln, Köln/Rhein-Sieg (16) · Aachen, Aachen/Grenzland (17)

Geschäftsstelle Frankfurt: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/730241-42
Bezirksausgaben: Kassel, Kassel/Nordhessen (18) · Gießen, Gießen/Sieg-Lahn (19) · Frankfurt, Frankfurt/Südhessen (20) · Mainz, Mainz/Rheinhessen-Taunus (21)

Geschäftsstelle Saarbrücken: Beethovenstraße 24, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/38791
Bezirksausgaben: Koblenz, Koblenz/Mittelrhein (22) · Trier, Trier/Eifel-Hunsrück (23) · Saarbrücken, Saarbrücken/Saarland (24)

Geschäftsstelle Mannheim: J7, 14, 6800 Mannheim, Tel. 0621/16279
Bezirksausgaben: Mannheim, Rhein-Neckar-Pfalz (25) · Heilbronn, Franken (26) · Karlsruhe, Mittlerer Oberrhein/Nordschwarzwald (27)

Geschäftsstelle Nürnberg: Findelwiesenstraße 8, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/492095
Bezirksausgaben: Würzburg, Unterfranken (28) · Nürnberg, Mittelfranken (29) · Bayreuth, Oberfranken (30)

Geschäftsstelle Stuttgart: Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0771/620582
Bezirksausgaben: Stuttgart, Mittlerer Neckar (31) · Freiburg, Südbaden (32) · Konstanz, Konstanz-Südschwarzwald (33) · Ulm, Ulm/Bodensee (34)

Geschäftsstelle München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/532481
Bezirksausgaben: Regensburg, Mittlere Donau (35) · Landshut, Niederbayern (36) · München, München-Oberbayern (37) · Augsburg, Schwaben (38)

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Herausgeber: Zentrales Komitee des KBW · Sekretariat: Mainzer Landstr. 147, Postf. 119151, 6000 Frankfurt 2, Tel.: 0611/730231, Telex 413080 kuehl d · Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer · Redaktion: Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt, Tel.: 0611/730231 · Redakteur: Jürgen Klocke · Erscheint einmal im Monat im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt · Preis des Einzelheftes: 2 DM, Jahresabonnement (12 Nummern incl. Porto): 24 DM

Zu beziehen bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstr. 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2

Kommunistische Volkszeitung – Spezialnachrichtendienste –

Heft 01: Registerdienst: a) Titelliste der gesamten KVZ-Ausgaben; b) Titelliste der Spezialnachrichtendienste; c) vollständiger Text der ZDF-19-Uhr-Nachrichten; d) Äußerungen der Landesregierungen in den Regionalschauen; e) Äußerungen von Regierungsmitgliedern im ausländischen Fernsehen, übersetzt, sowie Äußerungen von Gewerkschaftssprechern; f) Titelliste der im laufenden Jahr erschienenen Ausgaben von Kommunismus und Klassenkampf; g) Verzeichnis der im Laufe des Jahres hergestellten Bücher und Broschüren · *Heft 02:* Landwirtschaft / Ernährung · *Heft 03:* A) Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft // B) Chemische Industrie // C) Stahl // D) Bau · *Heft 04:* A) Maschinenbau // B) Elektrotechnik // C) Fahrzeugbau // D) Schiffbau · *Heft 05:* A) Druck // B) Textil, Bekleidung // C) Handel · *Heft 06:* A) Ausbildung, Schulen, Schüler // B) Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 07:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 08:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 09:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten · *Heft 10:* Juristisches Register – Entscheidungsdienst

Die Hefte 01 bis 09 erscheinen wöchentlich, Preis pro Heft 0,60 DM · Heft 10 erscheint einmal im Monat, Preis 2,40 DM · Zu beziehen sind die Spezialnachrichtendienste bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2

Hassans „Burgfrieden“ völlig zusammengebrochen

Anhaltende Streiks in Marokko / Lage der Bauern erfordert Agrarrevolution

z.ulg. Am 10. und 11. April sind die Lohnabhängigen im marokkanischen Schul- und Gesundheitswesen erneut in den Streik getreten, nachdem Verhandlungen mit der Regierung über eine Aufhebung des seit 1978 im öffentlichen Dienst geltenden Lohnstopps gescheitert waren. Die Gewerkschaft hat angekündigt, die Lehrer würden die Streikaktionen bis zur Durchsetzung ihrer Forderungen wiederholen. Neben Lohnerhöhungen wird die Freilassung aller bei den vorhergegangenen Streiks verhafteten Gewerkschafter gefordert.

Mit einem erfolgreichen Streik für 15% Lohnerhöhung leiteten die Eisenbahner im Januar die seitdem anhaltende Streikbewegung ein. Ihnen folgten die Bankangestellten, die Postler, die Docker im Hafen von Casablanca, die Lohnabhängigen an den Krankenhäusern und im Flugverkehr. Auch die Kerntruppen des marokkanischen Industrieproletariats traten in den Streik: die 10000 Phosphatminenarbeiter von Khourigba, die 4000 Kohlebergleute von Jaradeh und die Arbeiter der Textilindustrie.

Der von König Hassan 1976, zu Beginn der Aggression gegen die Westsahara, ausgerufene „Burgfrieden“ ist damit vollständig zusammengebrochen. Bereits in den Jahren vor 1976 war es den Imperialisten und den einheimischen Bourgeois gelungen, den Lohn gegen hartnäckigen Widerstand der Arbeiter immer tiefer zu drücken. Von 1972 bis 1976 sank der Stundenlohn für einen Hauer untertage von 2,14 (1,48 DM) auf 1,53 Dirham (0,87 DM).

Bei rasch zunehmender Inflation (jetzt etwa 15%) ging die Lohnsenkung unter dem von den reformistischen Gewerkschaftsführern geschlossenen Burgfrieden weiter. Heute beträgt der Mindestlohn in der Industrie ganze 391 Dirham (nicht einmal 200 DM), ein kleiner Beamter verdient etwa 500 Dirham im Monat. Dabei kostet z.B. ein Kilo Zwiebeln, in Marokko ein Hauptnahrungsmittel, mittlerweile 3 Dirham (1,50 DM).

Erst haben die französischen und US-Imperialisten das Land in den ungerechten Krieg gegen das saharauische Volk gehetzt, jetzt nutzen sie ihn, um Marokko immer tiefer in Abhängigkeit zu treiben. „Die Waffenhändler“, klagt der Staatssekretär für Planung, „zwingen uns drakonische Bedingungen auf; sie verlangen Zahlung in bar und in Devisen.“ Den Preis für Phosphat, mit einem Drittel der Exporterlöse wichtigstes Exportprodukt Marokkos, haben die US-Konzerne, die den Löwenanteil aufkaufen, seit Anfang 1975 von 68 auf jetzt etwa 30 Dollar gedrückt, und das, obwohl seit 1976 kein Phosphat aus der Sahara mehr auf den Weltmarkt kommt.

Seit 1976 ist die Mannschaftsstärke der Armee auf 120000 verdoppelt worden, die Militärausgaben, Anfang der 70er Jahre wenige Millionen Dirham, sind auf 4 Mrd. gestiegen. Das rasch wachsende Haushaltsdefizit muß mit Auslandskrediten finanziert werden, allein 1977 sind dazu 5 Mrd. Dirham (2,5 Mrd. DM), größtenteils bei imperialistischen Banken, neu aufgenommen worden. Für einen Kredit von 6,9 Mrd. Dollar aus den Erlösen der Goldauktionen des IWF, ebenfalls 1977, hat sich Marokko, so der Währungsfonds, „durch Bedarf nach Hilfe zum Ausgleich von Zahlungsbilanzdefiziten und durch die Entwicklung inländischer Programme zur Verbesserung der Zahlungssituation qualifiziert.“ Man darf sicher sein, daß Lohnsenkung einer der Haupt„qualifikations“-punkte gewesen ist.

Unweigerlich muß unter diesen Bedingungen die Streikbewegung, die von Lohnforderungen ihren Ausgang nahm, zu politischen Forderungen übergehen. Am 20. März haben in Oujda an der algerischen Grenze Massendemonstrationen für die Errichtung einer Republik stattgefunden. Zwei Demonstranten soll die Polizei erschossen haben, doch auch unter den „Ordnungskräften“ hat es einen Toten gegeben.

Noch scheint die gegenwärtige Massenbewegung die Bauernschaft, mit 50% der „Erwerbsbevölkerung“ die größte Klasse des Landes, kaum erfaßt zu haben. Doch nur, wenn es dem Proletariat gelingt, die Führung der Bauernmassen zu ergreifen, werden diese ihre gewaltige revolutionäre Kraft entfalten und die großartige Tradition der Bauernaufstände gegen die französische Kolonialherrschaft fortsetzen können. Im Unabhängigkeitskampf hat die Arbeiterklasse diese Aufgabe nicht erfüllt, und so sind die dringendsten Probleme der Bauernschaft vollständig ungelöst.

Ein Viertel allen kultivierbaren Landes hatten die französischen und spanischen Kolonialisten in ihren Besitz gebracht, und noch heute sind mehr als 600000 ha des fruchtbarsten Landes (fast 10% der Nutzfläche außer Weideland) im Besitz von Ausländern. 50% der Bauern haben kein Land, 70% der Getreideproduzenten verfügen nur über winzige Flecken von 0,5 bis 1,5 ha. Zum Teil sind die Ländereien der Siedler an einheimische Grundbesitzer und an US-Monopole übergegangen, doch die Lage der Bauern hat sich nicht geändert, ob sie nun für einen Tageslohn von 7,25 Dirham (3,50 DM) als Landarbeiter auf den Plantagen ackern oder als kleine Pächter vier Fünftel der Ernte an den Grundherrn abliefern müssen.

Die Aggression gegen die DAR Sahara ist nicht zuletzt ein gigantisches Betrugsmanöver gegen die landlosen Bauernmassen, ein Manöver, das ausnahmslos alle bürgerlichen Parteien bis hin zur revisionistischen „Partei des Fortschritts und des Sozialismus“ unterstützen. Um der Streikbewegung Herr zu werden und den Krieg fortsetzen zu können, hat der König jetzt einen „Nationalen Sicherheitsrat“ aus allen Parteiführern einschließlich des Revisionisten Ali Yata gebildet. Dieser hatte seit 1974 die Legalisierung mit einer Rundreise durch Osteuropa erkauft, bei der er den verschiedenen „Bruderparteien“ den königlich-revisionistischen Standpunkt in der Saharafrage zu erläutern hatte.



1921 bis 1926 erheben sich die Bauern in Rif/Nordmarokko gegen die spanischen und französischen Kolonialisten und errichten eine demokratische Republik. Mit Generalstreiks und neuen bewaffneten Aufständen führen Arbeiter und Bauern nach 1945 den Unabhängigkeitskampf zum Sieg (Bild).

Gegen alle blutigen Unterdrückungsmaßnahmen arbeiten die marokkanischen Marxisten-Leninisten seit einem Jahrzehnt am Wiederaufbau der Kommunistischen Partei. Unter ihrer Führung trat der nationale Studentenverband schon 1972 für das uneingeschränkte Selbstbestimmungsrecht des saharauischen Volkes ein. Der Studentenverband wurde verboten, seine Führer eingekerkert. Heute kämpfen die marokkanischen Schüler und Studenten für die Wiederzulassung ihres Verbandes – auf der 1972 festgelegten Linie.



Demonstration der saharauischen Volksmassen zum F.Polisario-Kongreß 1978.

Offensive „Houari Boumedienne“ bereitet marokkanischen Aggressoren schwere Niederlagen

z.erm. Am hellichten Tage hatten am 28. Januar die Befreiungskämpfer der F. Polisario die Stadt Tan-Tan, 450 km im Landesinnern Marokkos gelegen, besetzt, dabei 314 marokkanische Soldaten getötet, 300 verletzt und zahlreiche Waffen erbeutet. Seit Beginn der „Offensive Houari Boumedienne“, die im Zeichen der engen Freundschaft zwischen dem saharauischen und dem algerischen Volk Anfang des Jahres eingeleitet wurde, war dies der größte militärische Erfolg.

Beunruhigt durch die schweren Verluste des von ihnen abhängigen marokkanischen Regimes haben die französischen Imperialisten kurz nach der Niederlage in Tan-Tan König Hassan II. zu einem „Privatbesuch“ nach Paris beordert. Olivier Stirn, Staatssekretär im französischen Außenministerium, behauptete: „Es ist die Politik Frankreichs und der EG, das Recht des saharauischen Volkes auf Selbstbestimmung anzuerkennen. Frankreich hat keine direkten Interessen in diesem Konflikt...“

Tatsache ist, daß die EG-Imperialisten, allen voran die französischen, ein großes Interesse an der Aufrechterhaltung des Konflikts haben. Denn nur solange es ihnen gelingt, über Marokko und Mauretanien die Unabhängigkeit der DARS zu verhindern, können sie die Ausbeutung der Rohstoffe in dieser Region sichern. Frankreich ist mit 23% am marokkanischen Gesamtexport Hauptimporteur, gefolgt von den BRD-Imperialisten (9,6%). Die französischen und englischen Imperialisten haben sich von Hassan II. Phosphatschürfrechte auf saharauischem Territorium zusichern lassen, britische und US-Imperialisten kauften letztes Jahr Ölkonzessionen im Gebiet der DARS. Doch die Imperialisten kommen an die versprochenen Rohstoffe nicht ran. Seit 1976 verhindern die Befreiungskämpfer der F. Polisario erfolgreich den Abbau von Phosphat in Bou Craa in ihrem Land. „900 Mio. Tonnen Phosphate lagern dort“, schwärmt ein Vorstand der marokkanisch-spanischen Bergwerksgesellschaft, „aber seit 76 wird nicht mehr gefördert, Beförderungsbänder und Kontrolltürme sind erheblich zerstört.“

Der Aufforderung der französischen Imperialisten an Hassan, eine „schnelle Lösung des Konflikts zu suchen“, folgte die Absetzung von Ministerpräsident Osman, an seiner Stelle wurde der ehemalige Führer der zeitweise verbotenen bürgerlich-demokratischen Oppositionspartei UNFP ernannt, mit dessen Einsatz sich die marokkanischen Grundherren und Kompradoren eine breitere Basis im Krieg gegen die saharauische Revolution schaffen wollen. Nach der Niederlage in Tan-Tan wurde ein neuer Kommandeur für die „Südregion“ eingesetzt, der fünfte seit 1976. Der Angriff auf die saharauische Stadt Louiet Lahmda, 5 km vom Bergwerk Bou Craa entfernt, endete jedoch mit einer erneuten Niederlage für die marokkanischen Expansionisten. Die saharauischen Befreiungskämpfer töteten 295 Soldaten, darunter 15 Offiziere. Am 10. April konnten sie erneut erfolgreich Tan-Tan angreifen und 74 Soldaten töten.

In Mauretanien versuchen die Imperialisten, die wankende Front gegen die saharauische Revolution zu festigen. Ministerpräsident Ould Mohamed Saleck, der zur Verständigung mit der DARS bereit schien, wurde Anfang April in einem Putsch „wegen Unentschlossenheit und mangelnder Autorität“ bis auf den Ehrenvorsitz im neugebildeten Militärkomitee aller seiner Ämter erhoben, an seine Stelle trat Oberstleutnant Ahmed Ould Bouceif. Im letzten Monat verübten mauretanische Truppen mehrere Angriffe auf das südliche Territorium der DARS. Die F. Polisario sah sich gezwungen, Mauretanien die Aufhebung des Waffenstillstands anzudrohen.

„Wenn Frankreich wirklich eine ‚Friedensvermittlerrolle‘ spielen will“, erklärte kürzlich der saharauische Ministerpräsident Ould Ahmed, „dann soll es die Resolutionen für das Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes in der UNO unterstützen und Marokko auffordern, endlich seine Aggressionen gegen uns einzustellen.“

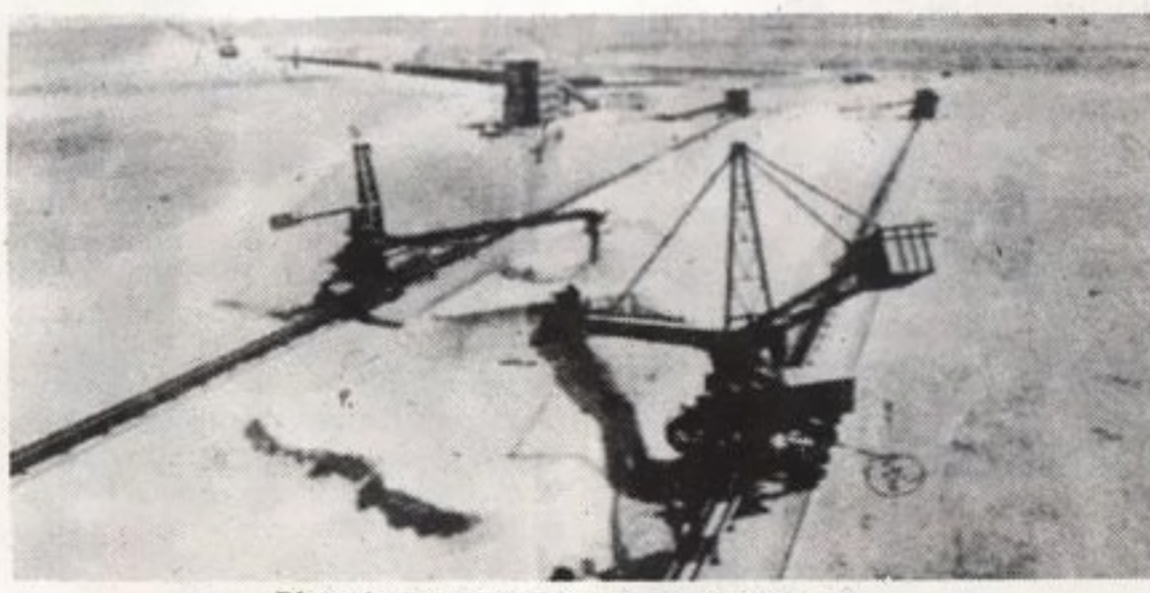
„Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Phosphate“

Sozialimperialisten streben Weltmonopol an / Marokko und West-Sahara im Visier

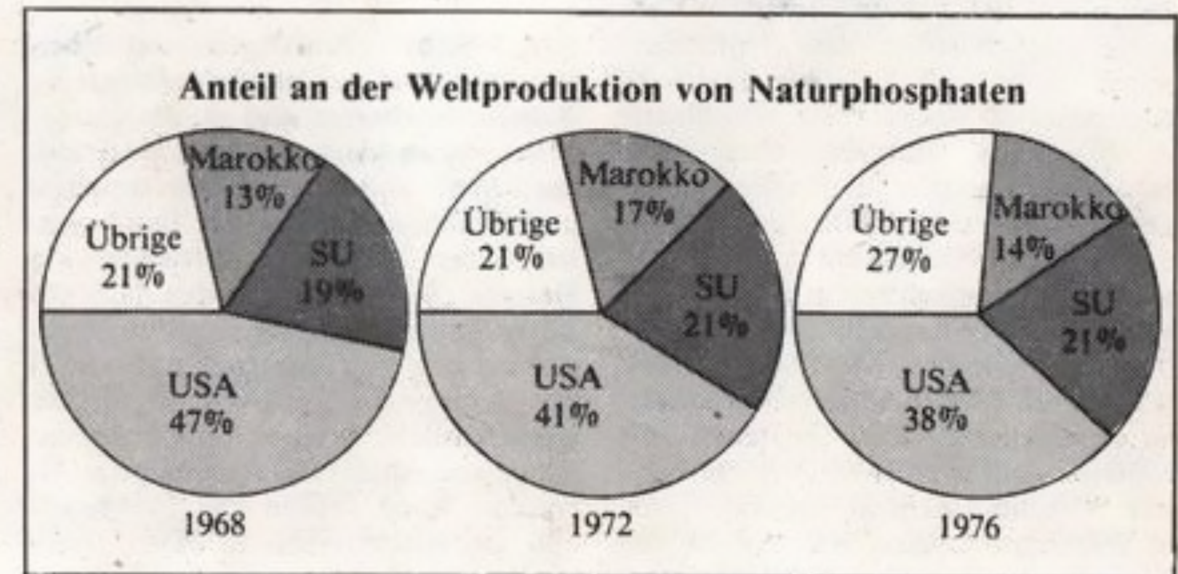
z.suk. Phosphor und Phosphorsäure gehören zu den lebenswichtigen Stoffen. In vielen wichtigen organischen Verbindungen, vor allem im Aufbau der menschlichen, tierischen und pflanzlichen Zelle, und in vielen Enzymen sind sie enthalten. Während von 1965 bis 1976 die Weltbevölkerung um etwa ein Viertel von 3,3 Milliarden auf 4,1 Milliarden Menschen anwuchs, stieg im selben Zeitraum der Verbrauch von Phosphordüngemitteln auf mehr als das Doppelte, von 12,6 Millionen Tonnen auf 26 Millionen Tonnen. Wichtigstes Phosphordüngemittel ist das aus einem Gemisch von Calciumdihydrogenphosphat und Gips bestehende Superphosphat. Gewonnen wird Calciumphosphat aus Naturphosphaten wie Phosphorit und Apatit, deren größte Lagerstätten sich in den USA, der UdSSR und in Nordafrika, vor allem in Marokko, Tunesien, Algerien und in der DAR Sahara befinden.

In Marokko, dessen Ausfuhr bis zu einem Viertel aus Naturphosphaten besteht, befinden sich Vorräte von mehr als 50 Milliarden Tonnen, was mehr als die Hälfte der bekannten Weltvorräte ist. Die marokkanischen Vorräte zeichnen sich durch einen hohen Gehalt von bis zu 77% an Tricalciumphosphat aus, und da sie sich in 1-3,5 Meter mächtigen Lagen innerhalb flachgelagerter Kreidehorizonte auf mehreren 1000 qkm weiten Flächen befinden, ist der relativ leichte Abbau im Tagebau möglich. Ähnliche Verhältnisse finden sich bei den reichen, bisher kaum erschlossenen Vorkommen in der DAR Sahara. Bisher werden nur die Lager bei Bou Craa abgebaut.

Noch lange Zeit nach dem Ende der französischen Kolonialherrschaft über Marokko war Frankreich der größte Handelspartner Marokkos. Fast 40% des Außenhandels wurde mit Frankreich abgewickelt. Einen immer größer werdenden Anteil nahm der Handel mit den USA, deren Anteil an der Weltproduktion von Naturphosphaten 1976 fast 40% betrug und die in wesentlichen an der Ausplünderung der Vorkommen in der DAR Sahara beteiligt sind. Es konnte nicht ausbleiben, daß die Sozialimperialisten, deren Anteil an der Weltphosphatproduktion 1976 knapp 21% betrug, versuchen würden, die marokkanischen und die saharauischen Vorkommen unter ihre Kontrolle zu bringen. Im März 1978 schlossen sie mit Marokko einen langfristigen Vertrag über „Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Phosphate“. Erschlossen werden sollen die Vorkommen bei Meskala. Diese „Zusammenarbeit“ bedeutet für Marokko und die DAR Sahara, deren Vorkommen von Marokko als Eigentum betrachtet werden, Plünderung der nationalen Reichtümer: 2 Milliarden Dollar geben die Sozialimperialisten, auf 30 Jahre mußte sich Marokko verpflichten, Phosphate in die SU zu liefern. „Unterstützen“ die Sozialimperialisten auf der anderen Seite die saharauische Befreiungsbewegung F.POLISARIO, so nicht nur wegen der strategischen Bedeutung des Landes, sondern auch zu dem Zweck, die endgültige Kontrolle über die saharauischen Phosphatvorkommen zu erlangen und dem Weltmonopol für Phosphate ein erhebliches Stück näher zu kommen.



Phosphatmine bei Bou Craa, DAR Sahara.





z.anl. **Die Zeitschrift Emma fordert „Schluß mit dem Ladenschluß! Denn wirklich schaden würde das niemandem. Nutzen aber vielen.“** Was schadet schon den Verkäuferinnen die Nachtarbeit! „Verkaufen ist Schwerarbeit. Aber das gilt auch für die Arbeit am Tag!“ trompetet Emma. Und überhaupt sollten sich die Lohnabhängigen im Einzelhandel samt ihrer Gewerkschaft HBV nicht so haben. Schließlich gebe es Nachtschicht im Krankenhaus, bei der Polizei, in Verlagen schon länger. Bei Emma unter der Fuchtel des weiblichen Kapitalisten Alice Schwarzer sicher auch. – Die Kaufhaus-und Supermarktkapitalisten in der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels träumen von „200000 Hausfrauen, die je nach Bedarf über die Bundesrepublik verteilt, bereit sein müßten, im Einzelhandel bis in die Nachtstunden zu arbeiten“. Emma will helfen, diese Reserven zu erschließen. Durch „flexiblere Arbeitszeiten und mehr Teilzeitstellen ... könnte eine Frau, die bisher nicht berufstätig war, vielleicht auch einmal von 16-20 Uhr als Verkäuferin arbeiten“. Sie bricht auch eine Lanze für die Verlängerung der Arbeitszeit der kleinen Einzelhändler und ihrer Familien: „Der Tante-Emma-Laden an der Ecke jedoch, das kleine Fachgeschäft hätten die Möglichkeit, dann Umsatz zu machen, wenn der große Konkurrent seine Türen schließt“. Die kleinen Händler sind dagegen, weil das ihren Ruin auch nicht aufhält. Den Lohnabhängigen nützt der spätere Ladenschluß nichts. Was vielmehr ihnen wie

von 16-20 Uhr als Verkäuferin arbeiten“. Sie bricht auch eine Lanze für die Verlängerung der Arbeitszeit der kleinen Einzelhändler und ihrer Familien: „Der Tante-Emma-Laden an der Ecke jedoch, das kleine Fachgeschäft hätten die Möglichkeit, dann Umsatz zu machen, wenn der große Konkurrent seine Türen schließt“. Die kleinen Händler sind dagegen, weil das ihren Ruin auch nicht aufhält. Den Lohnabhängigen nützt der spätere Ladenschluß nichts. Was vielmehr ihnen wie



den Arbeitern und Angestellten im Einzelhandel nützen würde, wäre das Verbot von Überstunden und Nacht- und Schichtarbeit. Nein, Madame, die Beschäftigten im Einzelhandel, die Arbeiter wissen genau, warum sie die Aufhebung des 1956 erkämpften Ladenschlußgesetzes entschieden bekämpfen. In Freilassing an der Grenze zu Österreich haben sie Aktionen gegen die Verlängerung der Arbeitszeit an Samstagnachmittagen, die das bayerische Arbeitsministerium erneut ab 1.2.79 in Kraft gesetzt hat, durchgeführt, und eine Spaltung der Einzelhandelskapitalisten erreicht. Das größte Kaufhaus und einige Läden bleiben am Samstagnachmittag geschlossen.

z.heg. **„Aufteilung des Gewinns und Aufteilung der Welt“** kommentierte Lenin den 1902/03 geschlossenen Kartellvertrag zwischen dem Norddeutschen Lloyd und HAPAG einerseits und neun im Morgantrust zusammengeschlossenen amerikanischen und englischen Dampferlinien andererseits. Dieser wurde auf 20 Jahre geschlossen und sollte im Kriegsfall außer Kraft treten. Das geschah schon gut 10 Jahre später, als 1914 das deutsche Finanzkapital den Krieg als Mittel der Politik wählte, um seine Weltherrschaftspläne zu verwirklichen. Carl Carstens reiste 1950 mit dem Bremer SPD-Bürgermeister Wilhelm Kaisen in die USA, „um in Washington meine Wünsche für die Freigabe der deutschen Schiffahrt und des deutschen Schiffbaus vor(zu)tragen... Das Ziel mußte schließlich die *völlige* Handlungsfreiheit auch auf dem Meer wieder sein“ (Kaisen-Memoiren). Carstens stieg vom Bevollmächtigten Bremens in Bonn in den Bundesdienst im Auswärtigen Amt auf, dann in das Verteidigungsministerium und schließlich als Chef in das Bundeskanzleramt. Seine dabei gesammelten Erfahrungen und Einsichten veröffentlichte er unter dem Titel „Politische Führung“. Im Kapitel „Maßstäbe, Methoden und Mittel der auswärtigen Politik“ zählt er dazu „vor allem psychologische Faktoren wie z.B. die Bereitschaft, vorhandene militärische Macht zur Erreichung bestimmter außenpolitischer Ziele... einzusetzen.“ Daneben werden „die politischen Führer eines Volkes... unter Umständen nicht umhin können, sich Bundesgenossen zu suchen, die nicht in jeder Hinsicht den Idealvorstellungen eines freiheitlichen demokratischen Rechtsstaates entsprechen.“ Zurecht zählt sich Carstens zu den politischen Führern der BRD: „Weder in der Korea-Krise, noch in den Nahostkrisen 1956 oder 65, noch im Vietnamkonflikt, noch in der Kubakrise des Jahres 1962 hat (die BRD) eine führende Rolle gespielt... Hier haben die jeweiligen Bundesregierungen in weiser Selbstbeschränkung vermieden, sich zu exponieren. Sie haben erkannt, daß ihre Einwirkungsmöglichkeiten gering waren, und sie sind – wie ich glaube, zu Recht – den Risiken ausgewichen, die mit einer Beteiligung an den Konflikten für die Bundesrepublik verbunden gewesen wären. In der Berlinkrise des Jahres 1958-1962 hat die Bundesregierung als unmittelbar Beteiligte eine wesentlich größere Rolle gespielt. Aber sie hat auch hier die Grenzen ihrer Möglichkeiten erkannt.“ Aber „es gibt Probleme, die – wenn überhaupt – nur in einer ganz bestimmten Konstellation lösbar sind, welche vielleicht nur wenige Tage dauert.“



die Grenzen ihrer Möglichkeiten erkannt.“ Aber „es gibt Probleme, die – wenn überhaupt – nur in einer ganz bestimmten Konstellation lösbar sind, welche vielleicht nur wenige Tage dauert.“



z.hku. **Die VR Polen verlangt die Auslieferung von Akten und Dokumenten aus Archiven der BRD.** Es handelt sich um Dokumente der Geschichte – in deutscher Bezeichnung – Ostpreußens, Westpreußens, Pommerns und Schlesiens, die aufgrund der kolonialen Vergangenheit in westdeutschen Archiven gehalten werden. Polen beansprucht sie nach dem Prinzip des „Austausches von Archivalien nach ihrer territorialen Zugehörigkeit“. So liegen im Münchner Kirchenbuchamt die Matrikel der Danziger Kirche von 1593 an, eine wertvolle Quelle für die gesamte Geschichte Polens. Die Hauptmasse hat das „Geheime Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz“ in Westberlin an sich gezogen; 90% ihrer Bestände sind nach Angaben der polnischen Presse Materialien der preußischen Provinzialbehörden oder betreffen in der einen oder anderen Weise die Kolonialgeschichte des preußischen Staates. Noch nach 1945 sind solche gerafft worden, z.B. die Akten der „Ansiedlungskommission für Posen-Westpreußen“. – Die Bundesregierung lehnt die gerechten Forderungen Polens ab und verweist darauf, daß die Warschauer Verträge „keine Rechtsgrundlage für die heute bestehenden Grenzen geschaffen haben.“ „Das Deutsche Reich besteht fort ...“

Staatliche Unterstützung des Ausbaus zum Arbeitshaus

Arbeitsamt weist der Vereinigten Kammgarnspinnerei Asylsuchende zu

r.wik. Rund 100 ausländische Arbeiter, die nach den geltenden Ausländergesetzen Anspruch auf eine allgemeine Arbeitserlaubnis hatten, haben umgehend bei der Vereinigten Kammgarnspinnerei Delmenhorst gekündigt, als Mercedes und Klöckner Bremen erfahrene Industriearbeiter suchten. Nicht das Contischicht angenehmer wäre als das Dreischichtsystem bei der VKS, sondern der elend niedrige Lohn in der Textilbranche treibt die Arbeiter, die die Möglichkeit haben, in Branchen der Industrie, die höher entlohnt werden. Allein aufgrund des ökonomischen Drucks, der von gezahlten Pfennigbeträgen der imperialistischen Bourgeoisie in ihren Fabriken in den Ländern der Dritten Welt ausgehen, hätten es die Textilkapitalisten nicht vermocht, den Arbeitern in der Textilbranche die niedrigste Entlohnung aufzuzwingen. Die politische Entrechtung eines Teils der beschäftigten Arbeiter durch die Ausländergesetze, insbesondere durch solche Bestimmungen, das ausgewiesen werden kann, wer in der BRD von der Sozialhilfe leben muß, wie auch die Vergabe von Arbeitserlaubnis in der BRD bis zu fünf Jahren ausschließlich für einen bestimmten Betrieb, ist das Mittel, um die Elendslöhne aufrecht zu erhalten.

Circa 50% beträgt der Anteil der ausländischen Arbeiter an der Gesamtbelegschaft der Vereinigten Kammgarnspinnereien in Delmenhorst. Nur auf die Arbeiter bezogen sind es gut zwei Drittel. Zwischen 6,69 DM und 8,68 DM liegen die Tariflöhne im Tarifbezirk Niedersachsen/Bremen (ohne Osnabrück). Diese Tariflöhne sind der VKS-Betriebsführung noch zu hoch. Sie ist der Auffassung, daß im Akkord der Lohn „nach oben und unten unbegrenzt“ sei. Auf dieser Grundlage ist es ihr gelungen, große Teile der Arbeiter in Dauernachtschicht zu zwingen. In der Mischerei sind es 16 bis 20 von 60 Arbeitern. Zumindest teilweise ist so die Schranke, die das Nachtarbeitsverbot für Frauen dem Zugriff auf die Arbeitskraft setzt, umgangen – bei 20 Männern in Dauernachtschicht lassen sich tagsüber 40 Frauen in Früh- und Spätschicht vernutzen. So ist dreischichtiger Betrieb bei gleichzeitiger Anwendung weiblicher Arbeitskraft möglich. Und es sind insbesondere die Ausländicschen Arbeiter, die in Dauernachtschicht gezwungen sind.

Die Arbeitsintensität ist in einem Maße gestiegen, daß sie nur noch von jungen Arbeitern durchgestanden werden kann. In der Färberei sind von etwa 60 Arbeitern drei über 60 Jahre alt, drei weitere sind zwischen 30 und 50, alle anderen sind unter 30. Die Absetzerkolonne in der Ringspinnerei besteht ausschließlich aus jungen ausländischen Arbeitern

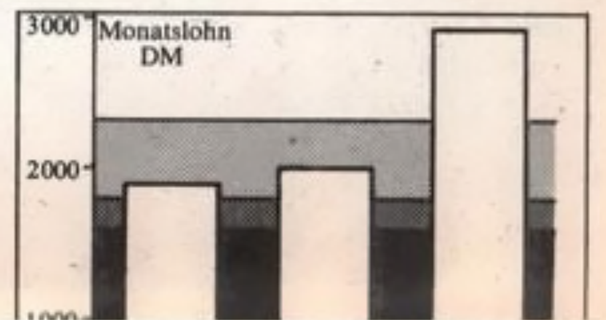
Seit 1968 liegt der durchschnittliche Krankenstand der Textilbetriebskrankenkassen über dem Durchschnitt aller Krankenkassen. Im Sommer letzten Jahres erhielten allein in der Ringspinnerei 26 Arbeiter Drohbriefe mit der Aufrechnung ihrer Fehltage, im wesentlichen Krankheit und auch Schwangerschaft: „Wir müssen uns künftig von Mitarbeitern, die ihren Pflichten als Arbeitnehmer nicht nachkommen können oder wollen, trennen... Wir wollen Ihnen aber noch einmal Gelegenheit geben, Ihre Einstellung zur Arbeit und zu unserem Unternehmen zu prüfen.“

Der imperialistische Staatsapparat ist findig darin, durch politischen Zwang und pure Unterdrückung, den Textilkapitalisten noch entrechteteres und billigeres Menschenmaterial zur Vernutzung einzuweisen. Asylsuchende, vor allem aus der Türkei und arabischen Ländern, werden durch die Arbeitsämter in die VKS eingewiesen. Etwa 150 dieser Arbeiter sollen es inzwischen sein. Sie dürfen den ihnen zugewiesenen Wohnort nicht verlassen und nur in der VKS arbeiten. Arbeiten sie nicht, setzt der Staat sie auf Sozialhilfe, was die Befürchtung der Ablehnung ihres Asylantrags hervorruft, wenn sie die Arbeit ablehnen. Arbeitshäuser dieser Art werden von Landes- wie von Bundesregierung eifrig subventioniert, erneute Verhandlungen mit der Betriebsführung sind vor kurzem wieder gelaufen. Für 12 Millionen müßte das Kämmereigebäude durchrationalisiert werden, für Lohnforderungen sei da kein Platz mehr. Vorhanden ist es schon und holen kann man es sich auch. Ohne politisches Programm, das die völlige Gleichberechtigung von Ausländern, die in der BRD leben, fordert, sowie die kostenlose obligatorische Einbürgerung nach drei Monaten verlangt, wird es wesentlich schwerer gehen.

Betriebsrat lehnt Einführung der Contischicht ab

r.ots. Nordhorn. Der Betriebsrat der Emslandstärke in Emlichheim/Krs. Grafschaft Bentheim hat die von der Geschäftsleitung geforderte Einführung der Contischicht vorerst bis zum Herbst für die Arbeiter in der Weizenstärkeproduktion einstimmig abgelehnt. Bisher läuft die Produktion im Dreischichtbetrieb. Nachdem der





Betriebsrat lehnt Einführung der Contischicht ab

r.ots. Nordhorn. Der Betriebsrat der Emslandstärke in Emlichheim/Krs. Grafschaft Bentheim hat die von der Geschäftsleitung geforderte Einführung der Contischicht vorerst bis zum Herbst für die Arbeiter in der Weizenstärkeproduktion einstimmig abgelehnt. Bisher läuft die Produktion im Dreischichtbetrieb. Nachdem der Nährmittelkapitalist Jäckering die Mehrheitsbeteiligung an dem im letzten Jahr „in bäuerliche Hand überführten“ Betrieb übernommen hat, ist die Weizenstärkeproduktion ausgedehnt worden. Eine neue Anlage zur Weizenstärkeproduktion ist in Betrieb genommen worden. Um der Konkurrenz kurzfristige Aufträge abzujagen, muß möglichst schnell geliefert werden. Und wenn die Anlage nicht nur Tag und Nacht, sondern auch am Wochenende unbezahlte Mehrarbeit einsaugen, wirkt das positiv auf die Profitrate. Für die Arbeiter hätte das bedeutet, daß sie nur noch jedes vierte Wochenende frei haben. Die Ablehnung der Contischicht in der Belegschaft war daher einhellig. Ohnehin wird jedes Jahr in der Kartoffelkampagne am Wochenende durchgearbeitet, nach vier Sieben-Tage-Wochen hat ein Arbeiter gerade ein Wochenende frei.

Anstelle der Contischicht hat die Geschäftsleitung mit dem Betriebsrat jetzt jedoch vereinbart, daß bis zur Kartoffelkapagne jedes vierte Wochenende gearbeitet wird, also eine weitere Ausdehnung der Arbeitszeit um mindestens 16 Stunden im Monat. Dabei sind die zahlreichen Überstunden, die bei der Emslandstärke überall gearbeitet werden, oft zehn Stunden täglich und am Sonnabend dazu „freiwillig“, wie es heißt, noch gar nicht berücksichtigt. Die Grundlage ist der niedrige Lohn. 10,33 DM ist der Stundenlohn eines angelernten Arbeiters in der Produktion, 10,47 DM der eines Facharbeiters in der Werkstatt.



3000 Monatslohn DM
2000
1000
Jan. – April Mai - Aug. Sept. – Dez.
Lohn (Facharbeiter, Jahresdurchschnitt)
Lohn plus Überstunden (Jahresdurchschnitt)
Lohn plus Überstunden und Schichtzulagen (Jahresdurchschnitt)

Mit Contischicht für die Arbeiter und aus der Überarbeit der Bauern streben die Emslandstärke Kapitalisten nach Höchstprofit

In dem Schaubild haben wir den Monatslohn eines Arbeiters in der Produktion dargestellt, jeweils berechnet für die Monate Januar – April, wobei 40 Stunden/Woche ohne Überstunden angenommen sind, für Mai – August mit 1 bis 2 Überstunden/Woche und September – Dezember, in der Kartoffelkampagne, mit 266 Stunden/Monat. Die Spätschichtzulage beträgt 7,5%, Nachtschichtzulage 22%, Zulage für Samstagsarbeit 50% und sonntags 100%. Man sieht, nur durch enorme periodische Ausdehnung der Arbeitszeit kommen die Arbeiter überhaupt auf einen halbwegs erträglichen Lohn.

Zum 30.4. hat die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten den Lohn- und Gehaltstarifvertrag für die Stärkeindustrie im Tarifgebiet Niedersachsen gekündigt. Die ersten Verhandlungen sollen Anfang Mai stattfinden. Die Gewerkschaft fordert 6,5%. Der Tariflohn beträgt in der Lohngruppe 1, der höchsten Lohngruppe (Facharbeiter und Handwerker) 9,21 DM/Stunde, in Lohngruppe 2 (angelernte Arbeiter) 8,87 DM/Stunde, also nur zu 85 – 90% ist der Lohn bei der Emslandstärke tariflich abgesichert.

6,5% ergibt auf den Facharbeiterlohn bei der Emslandstärke 68 Pfennig/Stunde bzw. 118 DM/Monat bei den Produktionsarbeitern entsprechend 116 DM, ohne Schichtzulagen und Überstunden. Unter diesem Betrag für jeden Arbeiter darf nicht abgeschlossen werden, wenn der Zwang zur Überstunden- und Schichtarbeit nicht noch weiter erhöht werden soll.

z.res. **Nicht Akkordhetze und Überstundenschinderei, nicht der Druck des Arbeitslosenheeres sind es, die die Arbeiter daran hindern, einen Arzt aufzusuchen, sondern „Schwellenangst und Trägheit“, meint der Landesverband der Betriebskrankenkassen in Hessen.** Die Arbeiter würden quasi die Ehrenbergsche Kostendämpfungspolitik von sich aus praktizieren. So läuft das ideologische Manöver, das mit der Veröffentlichung einer Reihenuntersuchung von rund 3500 Arbeitern im Alter von 40-65 Jahren aus 10 Metall- und Chemiebetrieben in Hessen verbunden ist. Die Untersuchung des Landesverbandes ergab, daß 80% der Untersuchten behandlungsdürftig waren. 103 Personen (3%) mußten sofort ins Krankenhaus eingeliefert werden. Die Steigerung gegenüber den beiden vorausgegangenen Jahren beträgt jeweils 1%. 724 Personen (21%) waren sanatoriumsreif, 8% mußten zum Zahnarzt. Sehfehler, Schwerhörigkeit, Bluthochdruck, Leistenbrüche, Nierenschädigungen, Nieren-Tb und Krebs, waren nur einige der festgestellten Erkrankungen. Die festgestellten Krankheiten spiegeln nur die verschärfte Ausbeutung in den Betrieben wieder. Nach Angaben der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege stiegen die gemeldeten Fälle von Gelbsucht z.B. von 141 (1950), über 267 (1960) und 930 (1970) auf 1245 Fälle im Jahre 1976.

z.anu. **In der Zeitschrift „Zivilverteidigung“ 1/79, läßt die imperialistische Bourgeoisie durchblicken, wie sie die „Rechtsgrundlagen“ vervollständigen will, um die Volksmassen ihrem militärischen Oberkommando im imperialistischen Krieg zu unterwerfen.** Wie die eingeplanten 21 000 Ärzte aus freien Praxen an die Front beordern? Neue Rechtsverordnungen, gestützt auf Art. 12 a Abs. 3 GG und §§ 2 und 4 des Arbeitssicherstellungsgesetzes (ArbsG), nach dem alle Wehrpflichtigen in ein Arbeitsverhältnis gezwungen werden können, sollen das ermöglichen. Für die „Beschäftigten in Krankenanstalten“ ist durch Anwendung des § 2 ArbsG an die Aufhebung „des Rechts auf Beendigung eines Arbeitsverhältnisses“ gedacht. Weiter: Abkommen zwischen Hilfsorganisationen (wie dem DRK), um „Schwesternschülerinnen und andere einsatzfähige Schwestern ... auch nach dem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst“, bereits vor Eintreten des „Verteidigungsfalls“, heranziehen zu können; – Ausweitung des § 29 des ArbsG, um Frauen zur Ausbildung als Notschwester zwangsverpflichten zu können, karteimäßige Registrierung der Schwesternhelferinnen, wie auch der ZDLs, Ärzte und anderem medizinischem Personal, beim Arbeitsamt, das als zuständige Behörde die Einberufung und Zwangsverpflichtung aussprechen soll.

z.eve. **Mehrere Abkommen der Internationalen Arbeitsorganisation IAO, einer Sonderorganisation der UNO, über Arbeitsbedingungen der Seeleute liegen der Bundesregierung zur Ratifizierung vor.** 2 Abkommen sehen Regelungen zur Registrierung von arbeitslosen Seeleuten und ihre Zuweisung an die Reedereien vor, um längere Arbeitslosigkeit zu verhindern. Die Bundesregierung ist gegen diese Abkommen. „Strukturelle Anpassungsprozesse“ könnten „behindert“ werden. Sie will, daß die großen Reedereien freie Hand bei Entlassungen und Rationalisierung behalten. Das 2. Abkommen sieht für die Seeleute einen bezahlten

„Planen mit EDV, Steuern mit Leitstand"

Westberlin: AEG führt Leitstand ein / Betriebsführung DIAG-FWW kündigt Leitstandvereinbarung

r.müj. Im Werk Fritz Werner der bundeseigenen DIAG (Deutsche Industrieanlagen Gesellschaft) in Westberlin wurde vor zwei Jahren gegen den Widerstand der Belegschaft ein Fertigungsleitstand eingeführt. Einen weiteren Fertigungsleitstand wollen die AEG-Kapitalisten in Westberlin im Werk AEG-Brunnenstraße ab 1. Juni in Betrieb nehmen. In beiden Fällen wurden Betriebsvereinbarungen zwischen Betriebsrat und Betriebsführung darüber abgeschlossen. Die Betriebsvereinbarung bei DIAG-Fritz Werner wurde Ende letzten Jahres von der Betriebsführung gekündigt. Mit dem bisherigen Ergebnis sind die Kapitalisten unzufrieden.



Zur Funktionsweise des Leitstandes: Beginnt ein Arbeiter eine Arbeit, so muß er diese über ein eigens dafür eingerichtetes Telefonnetz ans Leitstandbüro melden. Die gleiche Arbeitsbegleitkarte, wie sie der Arbeiter hat, wird nun dort in ein Plantaschensystem an der Wand gesteckt, und zwar an der Stelle, wo nach Vorgabezeit die Arbeit beendet sein sollte. Dieses Hängetaschensystem ist mit einem Zeitlot verbunden, welches über ein akustisches Signal angibt, daß die Arbeit beendet sein müßte. Es entstehen der Betriebsführung enorme Möglichkeiten der Kürzung von Vorgabezeiten.

Darüberhinaus soll der Leitstand den jederzeitigen Überblick über den Stand in der Produktion, wo sich welches Teil befindet, was fertig ist usw., gewährleisten.

Die Umstellung der Fertigungssteuerung mit Leitstand ist für die Kapitalisten ein schwieriges Problem. Über die letzten zwei Jahre Einsatz des Leitstandes ist die Betriebsführung Fritz Werner äußerst unzufrieden. Anfangs über Meldung der Anwesenheit, dann Fertigmeldung und später auch Anfangsmeldung ging die Einführung des Leitstandes an den betroffenen Arbeitsplätzen vonstatten. Die Arbeiter setzten eine Bezahlung von 1,5 Min./Arbeitskarte für An- und Abmeldung durch. Die ehemaligen Teileverfolger wurden später abgezogen und ins Leitstandbüro versetzt. Vor Monaten mußte dies in vielen Fällen wieder rückgängig gemacht werden. Es herrschte ein Chaos in der Produktion. Die Betriebsführung hatte die Belegschaft nicht den Kommandos ihres Leitstandes gefügig machen können. Die Erwartungen der Betriebsführung bezüglich schnelleren Produktionsverlaufs wurden nicht erfüllt.

Mit Hilfe einer neuangeschafften EDV beabsichtigt die Betriebsführung den noch relativ ungeordneten Produktionsablauf zu beseitigen, denn er hemmt die volle Anwendung des Leitstandes. In der Zeitschrift „Werkstatt und Betrieb" schreiben zu diesem Problem der Kapitalisten die Ingenieure H. Wenzel und R. Baumanns Folgendes: „Man sucht nun die hohen Leistungen, die eine EDV bei der Bewältigung von Massendaten bringt, mit dem leicht zu handhabenden und praktischen Arbeitsmittel Leitstand zu kombinieren, um eine optimale Möglichkeit zur aktiven Steuerung zu erhalten... Aus den Erkenntnissen... zeigte sich, daß... die Grundsatzentscheidung ‚Planen mit EDV, Steuern mit Leitstand' richtig war."

Die Kapitalisten wissen von den Schwierigkeiten derartiger Produktionsumstellungen. Demnach gestalten sie auch ihre Taktik bei der Durchsetzung derartiger Maßnahmen gegen die Belegschaften. Sie wissen, daß sie eine längere Erprobungsphase benötigen. So konnten sie die sozialdemokratischen Betriebsräte in beiden Belegschaften zur Zustimmung über einen Leitstand durch Betriebsvereinbarungen bewegen. Die Laufzeit der Vereinbarungen beträgt 1 bzw. 2 Jahre, also ziemlich genau die Anlaufphase. Darüber hoffen sie den Widerstand der Belegschaften zu entschärfen, um dann nach vollbrachter Umstellung der Produktion Zug um Zug den Leitstand voll zur Anwendung zu bringen. Dies wird sich auch in dem neuen Vorschlag der Betriebsführung über die Leitstandvereinbarung niederschlagen. Die Belegschaften lernen aus ihren Erfahrungen. Die Betriebsräte von AEG und DIAG-FWW haben bereits gemeinsame Gespräche geführt.

Irische Regierung beschließt Kontrolle der Ölversorgung

z.rül.London. Am 11. April ermächtigte die irische Regierung den Wirtschaftsminister, ab sofort die Vorräte und den Vertrieb von Rohöl und Ölprodukten zu kontrollieren. Der Beschluß ist auf drei Monate befristet. Halten die Ölkonzerne die Verordnungen des Ministers nicht ein, so drohen ihnen schwere Geldstrafen. Bisher liegt die Ölversorgung in den Händen von US- und britischen Konzernen, vor allem ESSO, BP, Texaco, Shell und Burmah Oil. Sie kontrollieren die einzige Raffinerie in der Republik, die zudem nur 40% des irischen Bedarfs an raffiniertem Öl liefert. In den letzten Wochen versuchten sie, mit Liefersperren die irische Regierung zur Genehmigung einer Preiserhöhung von 4,24 bis 5,09 Pfennig je Liter Benzin zu erpressen. Unter dem Vorwand, der Streik von Lotsen, Schlepperbesatzungen und Kranfahrern in Dublin verhindere jede Löschung von Tankschiffen, stellten sie die Lieferungen ein und behaupteten, ihre Vorratslager in Irland seien fast erschöpft. Bereits einen Tag nach dem Beschluß der Regierung stellte sich heraus, daß die Vorräte an Ölprodukten doppelt so groß waren, wie die Ölkonzerne behauptet hatten. Die Regierung prüft jetzt, eine eigene Ölversorgungsgesellschaft zu errichten und mit den ölproduzierenden Ländern direkte Verträge abzuschließen.

Arbeiter der US-Energiebetriebe bekämpfen das Energieprogramm

Gesundheitsschäden in Kernkraftwerken und Urangruben / Kohlebergarbeiter gegen Produktivitätsklausel

z.mif. 1000 Kernkraftwerke im Jahr 2000, das war der Plan der US-Bourgeoisie zur Zeit von Nixon. Der Kampf der Arbeiter und der Volksmassen gegen das imperialistische Energieprogramm hat diese Rechnung durchkreuzt und die Bourgeoisie in der Frage der Kernenergie gespalten, derzeit plant die Regierung, in 20 Jahren wenigstens 260 Kernkraftwerke stehen zu haben.

70900 Arbeiter und Angestellte beuteten die US-Kernkraftwerkskapitalisten 1977 aus. 4807 dieser Arbeiter wurden mit mehr als 2 rem bestrahlt. Immer mehr Fälle hoher Bestrahlung werden aufgedeckt, bis zurück zu den Anfängen des Atombombenbaus. Die Bourgeoisie sieht sich genötigt, wissenschaftliche Kommissionen einzusetzen. In einer Untersuchung der Arbeiter in der Plutonium-Produktion von Hanford, Washington, über den Zeitraum von 1944 bis 1972 wurde festgestellt, daß 442 an Krebs starben. Diese Arbeiter waren durchschnittlich mit einer Dosis von 1 rem bestrahlt worden (5 rem pro Jahr sind nach heutiger Vorschrift zulässig). Die untersuchenden Wissenschaftler kamen nicht umhin, 6-7% der Krebsfälle auf die Strahlendosis zurückzuführen, das bedeutet, daß das Krebsrisiko durch Bestrahlung 10-25fach höher ist, als bisher von der Bourgeoisie behauptet. 1 rem hatte die Bourgeoisie als „harmlos" bezeichnet.

Aber eine harmlose Strahlung gibt es nicht. Wird die Zelle durch die Strahlen nicht getötet, so wird der Zellkern beschädigt. Behält die Zelle aber ihre Fähigkeit zur Zellteilung, so werden weiterhin beschädigte Zellen erzeugt. Nach zehn Jahren Latenzzeit tritt Leukämie auf, nach 25 Jahren andere Tumore. Den Kapitalisten sind selbst die erlaubten 5 rem pro Jahr zu wenig; zunehmend stellen sie für Arbeiten mit hohem Strahlenrisiko nur zeitlich befristet Arbeiter ein. Als das Kraftwerk Three Mile Island den Metropolitan-Edison-Kapitalisten außer Kontrolle geriet, wollten sie die Arbeiter zwingen, weiterzuarbeiten. Wer an der Evakuierung teilnahm, mußte Urlaub nehmen. Arbeiterleben zählen nicht für die Bourgeoisie. In der Begründung für die Baugenehmigung des Kernkraftwerks Bailly 1, das direkt neben das Stahlwerk Bethlehem Steel in Chesterton, Indiana, gestellt werden soll, hat die Genehmigungsbehörde die 8000 Arbeiter von Bethlehem Steel nicht als Teil der gefährdeten Bevölkerung mitgerechnet. 250 Stahlarbeiter haben jetzt gegen den Bau des Kraftwerks demonstriert.



Sicherheitsinspektion der Gewerkschaft der Atom-, Öl- und Chemiearbeiter in einem Uranbergwerk in Neu-Mexiko.

Eine strategische Stärke der US-Imperialisten liegt in ihrem Uran-Monopol. Sie lassen etwa die Hälfte der Weltproduktion fördern, in Kanada ein weiteres Viertel. Durch doppelten Raub haben sie sich in den Besitz der Lagerstätten gebracht: im Krieg gegen Mexiko 1848, und im Krieg gegen die Indianer, denen sie 1868 und 1886 durch „Verträge" die Gebiete der heutigen Staaten New Mexico, Arizona, Colorado und Utah abnahmen. Ein paar „Reservate" mußten sie ihnen lassen; gerade dort fand sich später das meiste Uran. Das Städtchen Grants in New Mexico, von Reservaten umgeben, nennt sich „Welthauptstadt des Uran". Die Indianer sagen: „Die Kapitalisten müssen indianisches Land rauben, ehe sie an Uran kommen". Sie fordern die Arbeiter und Volksmassen auf, sie in ihrem Kampf um ihre Vertragsrechte zu unterstützen. Immer haben sich die Indianer geweigert, in den Bergwerken der Kapitalisten zu arbeiten. Die Arbeitsbedingungen, denen die Uran-Bergarbeiter unterworfen sind, sind mörderisch. Es gibt keinen Stundenlohn, sondern ein Kontraktsystem, wonach die Arbeiter für die geförderte Menge Uranerz bezahlt werden. Um auf einen ausreichenden Stundenlohn zu kommen, müssen die Arbeiter alle Sicherheitsvorschriften außer acht lassen. Sie räumen das gesprengte Gestein ohne Schutz vor Abbruch weg, sie arbeiten oft ohne Atemschutzgeräte. Strahlenmeßgeräte haben sie nicht. Lungenkrebs gilt als Berufskrankheit. Kein Arbeiter macht das lange mit. Sie holen die Gewerkschaft Oil, Chemical and Atomic Workers (OCAW) zu Sicherheitsinspektionen. 1976 streikten die Uran-Arbeiter von New Mexico über sechs Monate lang.

Was die Kohle betrifft, so schrieb Carter 1977 in sein Energieprogramm: Ausweitung der Förderung von 100 auf 400 Millionen Tonnen bis 1985. Die Kohlebergwerksarbeiter setzten in ihrem 110-tägigen Streik 1978 Lohnerhöhungen von 42% durch. Zwar gelang es den Sozialdemokraten, in den Tarifvertrag eine Produktivitätsklausel einzuschleusen, nach der die Arbeiter bei erhöhter Produktion bis zu 4800 Dollar im Jahr mehr verdienen können.

Aber das Monopol Consolidation Coal hat eine solche Regelung bisher erst in vieren seiner 52 Bergwerke durchsetzen können, im fünften stimmten die Arbeiter bereits dagegen.

Große Streiks in Brasilien Schmidt fordert Lohnsenkung

z.acr.London. 160000 Grundschullehrer der brasilianischen Region Sao Paulo sind am 9.4. in den Streik getreten. Sie fordern eine Lohnerhöhung von 70%. Im März erkämpften 200000 Metallarbeiter nach 15 Tagen Streik 63% mehr Lohn. Seit Anfang April streiken außer den Lehrern in Sao Paulo die Lehrer des Bundesstaates Rio Grande do Sul, die Lehrer und Ärzte in Rio de Janeiro und die Beschäftigten des Gesundheitswesens in Sao Paulo. Um der hohen Inflationsrate (1. Quartal 79: 13,8%; 1978: 40,8%) Einhalt zu gebieten, so die Regierung, wolle sie die Preise für Grundnahrungsmittel ab sofort für 60 Tage einfrieren. Die großen Supermarktketten seien einverstanden. Offensichtlich will die Regierung den angeblichen Preisstopp gegen die Lohnkämpfe wenden. Kanzler Schmidt forderte auf seiner Brasilienreise Anfang April Lohnsenkung. In frecher Imperialistenmanier sagte er dem Metallarbeiterführer da Silva, „kein Mensch werde in Brasilien investieren, wenn die Lohnstückkosten zu hoch seien". Eitel sonnt sich Schmidt in dieser Rolle, „er fühlt sich als der anerkannte Führer einer großen Industriemacht, von dem die Präsidenten, Minister und Generale viel lernen können, wenn er über Investitionen, Inflationsraten und terms of trade doziert" (Spiegel 16/79 über seinen Brasilienbesuch). Davon unbeeindruckt streiken die Arbeiter in Brasilien weiter.

Kanadische Nickelarbeiter treiben US-Konzern in die Enge

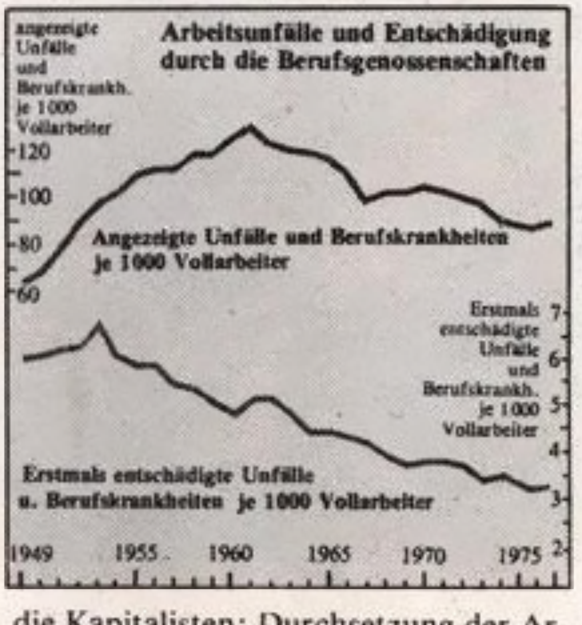
z.güv. Über 7 Monate stehen die kanadischen Minenarbeiter des US-Konzerns INCO im Streik für Lohn- und Rentenerhöhung, gegen Entlassungen und die mörderischen Arbeitsbedingungen, die zu einem ständigen Anwachsen der Frühverrentung geführt haben. Weltweit beutet der INCO-Konzern die Nickelvorräte aus; vor allem in Kanada, daneben in Neu-Kaledonien, Australien, Zimbabwe, Azania, Guatemala. Die kanadischen Bergarbeiter produzieren mehr als ein Viertel des Nickels in der Welt. Für die US-Imperialisten ist das kanadische Nickel stets unverzichtbar gewesen. Jeder neue Streiktag treibt den Konzern mehr in die Enge, weil seine Nickel-Vorräte knapp werden und die Preise für Nickel und die zur Nickelverarbeitung benötigten Metalle Kupfer und Kobalt in den letzten Monaten auf dem kanadischen Markt in die Höhe geschnellt sind. Die Imperialisten versuchen, neue Nickelvorkommen zu erschließen, z.B. in Guatemala, wo sie die Minenarbeiter mit Hungerlöhnen abspeisen (0,60 Dollar am Tag). Trotz solcher Manöver steht die Streikfront, finden Solidaritätsveranstaltungen und Spendenaktionen für den Streik-Fonds in ganz Kanada, in den USA und sogar in Übersee statt. Bergarbeiter der Kohlengruben in Süd-Wales, Großbritannien, schickten den Streikenden 2000 Dollar.

Jahresurlaub von 30 Tagen vor, auch hier ist die Bundesregierung nicht für Ratifizierung. In der BRD beträgt der bezahlte Jahresurlaub 18 Tage, und man wolle nicht „in die Tarifhoheit eingreifen". Die 3. Empfehlung über den Schutz junger Seeleute stimmt, nach Aussage der Regierung, mit den Grundsätzen und Zielen des innerstaatlichen Rechts überein, nur müsse der Jugendliche 4½ Stunden ohne Pause arbeiten, statt 2 wie in der Empfehlung vorgesehen. Auch könne er nicht sofort abheuern und kostenlos aus dem Ausland die Heimreise antreten, sondern müsse bestimmte Kündigungsfristen einhalten. Dieses Abkommen soll offensichtlich auch nicht übernommen werden.

z.ine. **„Bei Maurern blüht die Schwarzarbeit", meldet das „Handelsblatt" am 12.4.1979 auf Seite 1.** 2,793 Mio. DM verdiente der bürgerliche Staat durch Bußgelder an der Schwarzarbeit mit, am meisten bei den Maurern (716396 DM), aber auch bei Dachdeckern (39000 DM), bei Malern und Lackierern (26900 DM) und anderen Bauarbeitern. Der Kapitalistenklasse entgeht unbezahlte Mehrarbeit, wenn die Arbeiter den dauernden Lohnsenkungen nicht durch vermehrte Nacht- und Sonntagsarbeit beim Kapitalisten – diese hat der bürgerliche Staat bekanntlich nicht verboten – zu begegnen suchen, sondern für die eigene Tasche arbeiten. Das drückt auf den Profit und verdirbt gleichzeitig die Löhne. Für die Kapitalisten schlägt der bürgerliche Staat so zwei Fliegen mit einer Klappe: Bußgelder zur Aufbesserung des Staatshaushaltes und Druck auf die Arbeiter, ihre Arbeitskraft an die Kapitalisten zu verkaufen.

z.svm. **Mit Erfolg hat die Besatzung des Billigflaggenschiffs „Sohanlal" den Abschluß eines Tarifvertrages erstreikt.** Das Schiff war von den 16 Seeleuten in Hamburg ‚festgemacht' worden. Die Internationale Transportarbeiter-Föderation (ITF) und die ÖTV haben den Streik unterstützt. 180000 DM Heuer muß nachgezahlt werden. Der Lohn für westdeutsche Matrosen liegt bei 1566 DM monatlich, der ITF-Tarif bei 1342 bis 1400 DM. Die Imperialisten zahlen auf den Billigflaggen-Schiffen ohne Tarifvertrag 100 bis 200 US-Dollar und haben deren Welthandelsanteil auf 28,7% hochgeschraubt.

z.kea. **Keine Lohnfortzahlung für die Zeit der Arbeitsunfähigkeit bekommt ein Metallarbeiter durch Urteil des Arbeitsgerichts Bielefeld.** Beim Schleifen ohne Schutzbrille „habe er gröblich gegen das Verhalten verstoßen, das man von einem verständigen Menschen im eigenen Interesse erwarte". Damit liege „Selbstverschulden" nach § 1 Lohnfortzahlungsgesetz vor. Zu bemerken ist, daß auf Kapitalistenseite der Prozeß vom „Unternehmerverband der Metallindustrie Bielefeld" übernommen wurde und daß in letzter Zeit häufiger diese Urteile gefällt werden. Die Bourgeoisie hat die Zahl der Anerkennungen für entschädigungspflichtige Arbeitsunfälle seit Jahren gesenkt. (Schaubild). Jetzt schreien



die Kapitalisten: Durchsetzung der Arbeitsschutzbestimmungen! – Ausgerechnet. – Das erkämpfte Recht der Arbeiter auf Lohnfortzahlung greifen sie an.

Hannover-Messe: Unfertige Maschinen, Stagnation

„Antreiben, Steuern, Bewegen" – den Arbeiter! / Grenzen der Automatisierung

z.brp. Noch bevor man die erste Messehalle betritt, spürt man, unter welchem Kommando die Investitionsgüter-Ausstellung steht: Ein großes Polizeiaufgebot kontrolliert den Besucherstrom, schikaniert die, die nur gucken wollen, aber keine Bestellungen tätigen werden, und läßt die Bourgeois mit ihren Wagen vor den Haupteingang fahren. Schüler und Studenten arbeiten als Parkplatzwächter, 12 Stunden am Tag, 90 DM brutto; die Kassierer an den Kassen sind ebenfalls Schüler oder Studenten und vor allem Rentner, ohne Pause bis 18 Uhr, Essen zwischendurch, wenn es möglich ist, in zugiger Kälte arbeiten sie. Es ist das Kapital, das sich hier präsentiert. Die Arbeiterjugendlichen, die gekommen sind, um Wissenswertes über die ausgestellten Maschinen zu erfahren, werden mit billigen, nichtssagenden Glanzpapierbroschüren abgefertigt; den Arbeitern, die sich einen Überblick über den neuesten Stand der Produktion verschaffen wollen, stellen sich die Maschinen genauso feindlich gegenüber wie in der Fabrik: Man hört ein Verkaufsgespräch: „24 Stunden am Tag, abgeschrieben in einem Jahr, ... Gewinnsteigerung". Maschinen, wie von Geisterhand bewegt, produzieren Schrauben, schweißen, stapeln, sprühen Lacke, spucken Endlostexte aus. Arbeit erscheint hier nicht. Nur einmal, in ihrer widerlichen, verstümmelten Form, bei völliger Degradierung des Arbeiters: Junge Mädchen müssen eine neue, besonders schnelle Methode des Schreibmaschine-Erlernens vorführen: Vor ihnen an der Wand befindet sich ein vergrößertes Schreibmaschinentastenfeld, der Buchstabe, den sie tasten sollen, leuchtet auf, eine Stimme spricht ihn mit, sie müssen die Befehle ausführen.

Wir sind zur Hannover-Messe gefahren, um uns zu unterrichten, ob die westdeutsche Monopolbourgeoisie nach der technischen und Preisrevolution bei den Mikroprozessoren, die eine gewaltige Umwälzung und Rationalisierung in der gesamten Steuerungs- und Programmiertechnik ermöglicht hatten, durchschlagende Ergebnisse in der weiteren Ökonomisierung der Produktionsmittel zu verzeichnen hat. Die Kassandra-Rufe der Kapitalisten: Ungenügende Kapazitätsauslastung, Investitionslücke von 240 Mrd. DM in der Bundesrepublik, erschwerende Exportbedingungen durch den Aufwertungseffekt der DM, Importdruck durch ausländische Kapitalisten, Preisdruck durch die Ölpreiserhöhung der OPEC-Länder ... verdeutlichen, unter welchem Zwang zur Verbilligung der Produktion die Kapitalisten stehen. „Auch ist beispielsweise die vielgenannte Mikroprozessortechnik nicht der Nagel zum Sarg weiterer Branchen unserer Industrien, sondern sie eröffnet wie andere Entwicklungen ungeahnte technische Möglichkeiten mit gewaltigen Chancen für neue Produkte, die neuen Schwung in erstarrende Märkte bringen können. Die in Hannover ausstellenden Firmen gehören in positivem Sinne Wachstumsbranchen an und sind Schrittmacher für strukturelle Veränderungen in unserer Wirtschaft", stellte der Präsident des Vereins Deutscher Maschinenbau-Anstalten (VDMA), Bernhard Kapp, bei der offiziellen Eröffnung der Messe fest. Bereits am Donnerstag reagierte die Börse: „freundlich und zuversichtlich" kommentierte sie den leichten Anstieg der Aktien von Fahrzeugbau und Maschinenbau. Freitag hieß es bereits: „kräftiges Anziehen": Klöckner-Humboldt-Deutz zog mit plus 4,50 DM pro Aktie am stärksten an. Also doch „Konjunkturbarometer Hannover-Messe"? Jedenfalls verzeichnen die Maschinenbaukapitalisten, die im vorigen Jahr Umsätze von 104,04 Mrd. DM erreicht hatten, bei einer Steigerung der Produktivität um 3,6% pro Arbeitsstunde ein Auftragsplus, wenngleich die Auftragsentwicklung seit 1976 insgesamt gefallen ist.

In Hannover ist der gesamte Maschinenbau mit allen seinen Sparten vertreten: Werkzeugmaschinen ~~zur~~ spanabhebenden und spanlosen Bearbeitung von Werkstücken, fördertechnische Anlagen und Einrichtungen, Gießerei-Maschinen, Präzisionswerkzeuge, Schweißgeräte und -maschinen, sowie deren Einzelbestandteile und der Bereich der Textverarbeitung und Datenfernübertragung. Wir konzentrieren uns auf die Sonderausstellung „Antreiben, Steuern, Bewegen", man denkt dabei an den Refa-Spezialisten, der einen Vortrag über Rationalisierung hält: ... Antreiben, Steuern, Bewegen ...

Am entwickeltsten ist der Einsatz von mikroprozessorgesteuerten Anlagen nach wie vor in der Text- und Datenverarbeitung. Kleine, relativ billige Computer mit branchenspezifischen Standardprogrammen zur Auftragsabwicklung, Lager- und Fertigungs- und Kostenkontrolle wurden angeboten, außerdem Buchhaltung in der klassischen Form und computerkontrollierte Kassensysteme. Die kleinen Geräte zielen einerseits auf einen Kundenkreis, der diese Geräte bisher nicht eingesetzt hat: kleine Kapitalisten, Rechtsanwälte, Ärzte. Heute gibt es rund 2,5 Mio. Beschäftigte, die schreiben müssen, also auch rund 2,5 Mio. Schreibmaschinen. Hier wittern die Elektrokapitalisten einen neuen Markt mit ihren Speicherschreibmaschinen, sie rechnen damit, bis 1985 93000 Stück, also das Neunfache des jetzigen Verkaufsstandes, unterzubringen. Über die kleinen Computer wird den Monopolkapitalisten ermöglicht, ein flexibles, nach dem Baukastenprinzip geordnetes Computersystem anzuschaffen mit Datenfernübertragung, womit die Verwaltungsarbeit dezentralisiert flexibler gestaltet werden kann, gleichzeitig ist die Überwachung der Angestellten einfacher, und mehr Arbeit kann aus ihnen herausgeschunden werden, während ein Großteil entlassen werden könnte.

Mit Mikroprozessoren können inzwischen fast alle Maschinen bestückt werden, im wesentlichen wird damit das menschliche Bedienen der Maschine überflüssig gemacht. Möglich ist ebenfalls, über mit Mikroprozessoren gesteuerte Anlagen Werkstücke auf ihre Präzision hin zu kontrollieren. Auf der Messe wurden Verfahren gezeigt, bei denen über Fotozellen der richtige Papierlauf einer Druckmaschine kontrolliert wurde oder wo ein Sensor ein Werkstück umkreist und über Oszillograph die Oberflächendaten aufzeichnet. Dieses Steuerungs- und Kontrollverfahren wenden die Kapitalisten an, es ist billig vom Material her, und es verbilligt die Arbeitskraft, weil Ausbildungskosten wegfallen. In der Entwicklung befinden sich Maschinen, die die vielseitige Bewegung der menschlichen Hand nachahmen sollen. Die Fraunhofer Forschungsgesellschaft stellte eine solche Maschine aus.



Den „nötigen Durchbruch" in der erbitterten Schlacht mit ihren größten Konkurrenten, dem US-Maschinenbau, versprechen sich die BRD-Imperialisten von der „Mittleren Technologie". Die UNIMAN ist eine Zeitungsdruckmaschine, ausgerichtet auf Standardzeitungsformate und zeitungsähnliche Werbeblätter, aus Serienteilen anderer Maschinen unter „Verzicht auf aufwendige Automatik" hergestellt, für mittelständische Betriebe und Länder der Dritten Welt.

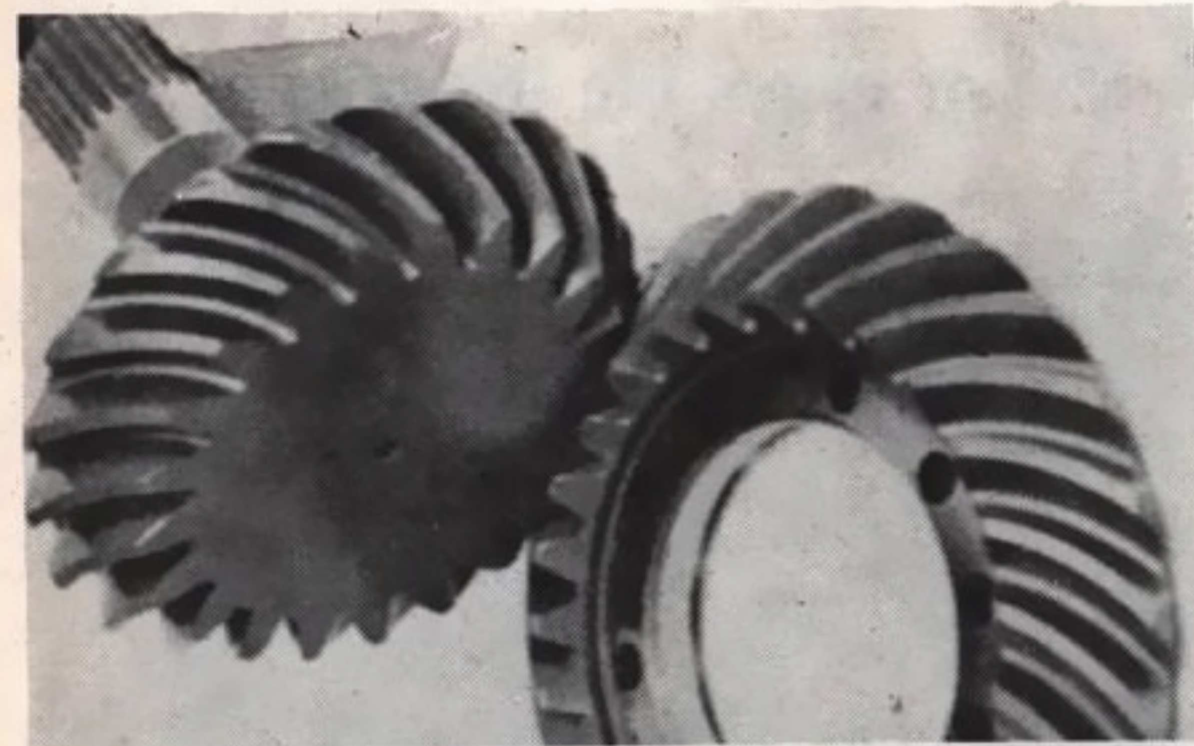
Es ist ein „Roboter", der mit dem Programm „Schrauben montieren" gefüttert ist. Der „Roboter" holt sich zuerst einen Greifer, einen Magneten, mit dem er Muttern aufnehmen kann. Er kann sich nach links und rechts um die halbe Achse drehen, vorwärts und rückwärts gleiten, eine Stange ausfahren, sie senkrecht und waagerecht stellen. Mit diesen Bewegungen befördert er sechs Muttern auf die „Werkbank", holt Schrauben und läßt sie in die Muttern gleiten. Legt den Magnetgreifer ab und nimmt eine Zange auf, mit der er eine Ölflasche greift und so die Schrauben ölt: mit einer ruckartigen Bewegung stülpt der „Roboter" die Ölflasche auf die Mutter und drückt sie nach unten. Bei einer Mutter funktioniert das nicht: Die Öffnung der Ölflasche befindet sich nicht exakt über der Mutter, es dauert einige Zeit, in der der „Roboter" „probiert", wie er die Flasche halten muß, ehe er die richtige Position gefunden hat. „Der Roboter fühlt", erklärt ein Mitarbeiter der Fraunhofer Gesellschaft, „er kann lernen". Wie das? Über Kamera wird jede Bewegung des „Roboters" festgehalten und auf Bildschirm aufgezeichnet. Der Bildschirm ist mit einem Rechner verbunden, dieser steuert den „Roboter". Über verschiedene Grautöne – die Werkstücke selbst erscheinen in Schwarz auf dem Bildschirm – wird errechnet, ob der „Roboter" die richtigen Handgriffe ausführt, ansonsten wird er neu gesteuert. „Ein Forschungsauftrag für die Industrie, noch nicht anwendungsreif, aber gedacht für kleine Montageserien bis 1000 Stück". Für die sechs Muttern, sechs Schrauben und sechsmal Ölen braucht der „Roboter" eine volle Viertelstunde. Der zweite „Roboter", der die Schrauben und Muttern zurück in den Materialkasten transportieren soll, ist kaputt. Was soll der Vorteil sein? „Er kann ohne Unterbrechung arbeiten, außerdem kann ein neues Programm einfach eingegeben werden über ein Magnetband". Ohne Unterbrechung muß der Arbeiter unter der Knute des Lohnsystems auch schaffen. Und die programmierten Hantierungen des „Roboters" erscheinen armselig gegenüber den von Arbeitergeneration zu Arbeitergeneration weitergereichten Fähigkeiten in der Handhabung der Werkzeuge, um sie entsprechend den Naturgesetzen anzuwenden und um die Natur zu beherrschen. An der vollständigen Automation haben die Kapitalisten kein Interesse, damit würden sie ihre Existenz untergraben, die unmittelbar abhängt von der Ausbeutung der Lohnarbeiter. Nur ausnahmsweise und in bestimmten einzelnen Fällen kann es sein, daß die Lohnarbeit nicht billiger und vielseitiger ist als eine solche Maschine. Die Kapitalisten versuchen stets, mittels Maschinen mehr Arbeit flüssig zu machen. Neue Maschinerie „soll die Waren verwohlfeilern und den Teil des Arbeitstages, den der Arbeiter für sich selbst braucht, verkürzen, um den anderen Teil seines Arbeitstages, den er dem Kapitalisten umsonst gibt, zu verlängern. Sie ist Mittel zur Produktion von Mehrwert", schreibt Karl Marx im Kapital I. Was der „Roboter" produziert hat, liefert dem Kapitalisten keinen Funken Mehrwert, das Produkt selbst enthält keinen neugeschaffenen Wert, nur vergangene Arbeit und deren Wert wird auf das neue Produkt übertragen.

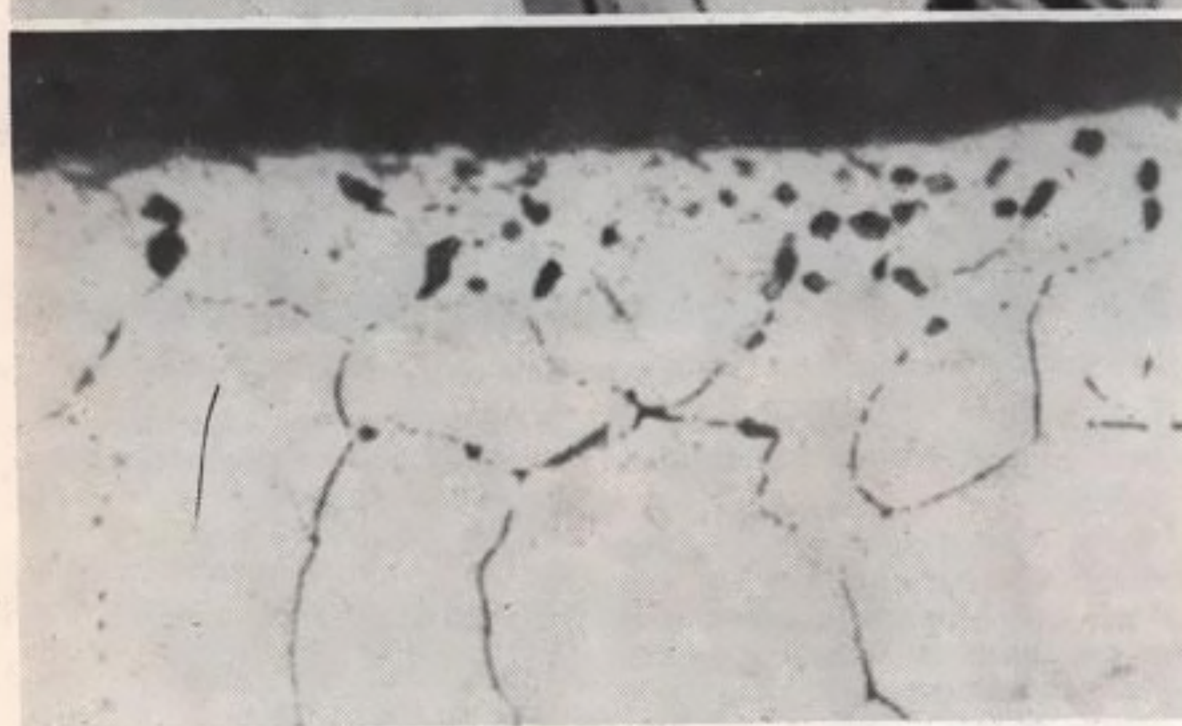
Der „Roboter" erinnert uns an den Plan, den die Kapitalisten haben: der Arbeiter soll funktionieren wie ein „Roboter", ohne Ausfall, rund um die Uhr, gesteuert vom Expansionsdrang der Kapitalisten. Was sagte der Fiat-Kapitalist Agnelli in seinem Grußwort an die Messe-Aussteller? „Der einzuschlagende Weg ist wahrscheinlich ein anderer und läuft auf die Einführung eines großräumigen Freiheitsgrades im System hinaus: Freiheit für den einzelnen und das Unternehmen, sich differenzierte Schemen für Voll- und Teilzeitarbeit zu wählen, oder bestimmte Ablösungsmechanismen zwischen Schule, Arbeit, Berufsfortbildung einzugliedern. Freiheit für den einzelnen, sich selber die Menge Arbeit zu bestimmen, die er zu leisten wünscht. Freiheit für ihn, festzulegen, wann er in den Ruhestand versetzt werden möchte. Selbstverständlich soll eine derartige Vielfältigkeit von Arbeitsschemen mit einer Differenzierung von Lohn und Last einhergehen. Heutzutage ergibt sich nämlich die Peinlichkeit der Arbeit – im echten Sinne des Wortes – aus der aufgezwungenen Notwendigkeit, daß alle dasselbe und mit der gleichen Dauer tun müssen, wobei Schranken auferlegt werden, die den einzelnen beim Ausüben seiner Fähigkeiten behindern". Die „Freiheiten" preisen die Kapitalisten an: mehr „Arbeitsinhalt" durch zusätzliche Arbeitsgänge, mehr „Flexibilität" des Arbeiters, denn er kann überall eingesetzt werden und kennt keine Pausen mehr zwischen den einzelnen Arbeitsgängen.

Diese „Flexibilität" kann nur vollständig ausgeschöpft werden, wenn die Kapitalisten einen fließenden Arbeitsprozeß organisieren. Das stellt besondere Probleme an den Transport der Werkstücke von einem Arbeiter zum anderen. In den Hallen zur Förderungstechnik werden Fließbänder mit Pufferzonen ausgestellt: im Puffer sammeln sich teilbearbeitete Werkstücke, die langsam oder schnell weitertransportiert werden können. Damit wird ein Arbeitsgang weiter losgelöst vom nächsten. Eventuelle Unterschie-



Anläßlich der größten imperialistischen Investitionsgüterschau in Hannover taxieren die Kapitalisten ihre jeweiligen Positionen in der Konkurrenzschlacht. Mit allem „Nachdruck" verlangte denn auch BDI-Präsident Rodenstock, der besonderen „Herausforderung" zu begegnen, die die BRD-Imperialisten in ihren Expansionsbestrebungen behindert: den „zu hohen Löhnen" der westdeutschen Arbeiterklasse und der „politischen Unruhe in weiten Teilen der Dritten Welt".





Eine Kette staatlicher Forschungsinstitute läßt die Bourgeoisie an der Entwicklung neuer Werkstoffe arbeiten, die eine verbesserte Verschleißfestigkeit aufweisen. Speziell für den Bereich der Antriebsmaschinen kann durch Verminderung der im unteren Bild dargestellten Randoxidation an der Oberfläche von Zahnrädern eine Erhöhung der Belastbarkeit von mehr als 20% erzielt werden. Oben: Kegelräder aus dem neuen Gußeisenwerkstoff ,,Kymenite".

de in der Bearbeitungsgeschwindigkeit können ausgeglichen werden, und jede Arbeitsgruppe kann fortlaufend, ohne Stockungen, weiterarbeiten. Einzelne Arbeitsprozesse finden außerhalb des Fließbandes statt, der Arbeitsgang wird noch weiter zerlegt, der Wert der Arbeitskraft weiter gedrückt. Die Materialzufuhr wird über ein programmiertes Lager ausgeführt: In den Rechner eines mit einem Greifarm versehenen Gabelstaplers muß der Lagerarbeiter die Kennummer der Materialien eingeben, das Material lagert in wabenähnlichen Regalen, die die gleiche Kennummer haben. Über Mikroprozessoren wird ebenfalls hier eine Umwälzung eingeleitet: wenige Lagerarbeiter verrichten die Arbeit von vielen.

Eine gewaltige neuerliche Rationalisierung deutet sich nochmals im Bereich der Werkzeugmaschinenherstellung an, zusammen mit einer weiteren Verbilligung der Produktion. ,,Kosten senken durch Gießen": Ausgestellt werden gegossene Werkzeugmaschinenteile, die durch Härteverfahren die gleichen, teilweise bessere Materialeigenschaften aufweisen wie geschweißte, gefräste oder gedrehte Werkzeugmaschinenteile. Die Fachzeitschrift ,,Konstruieren und Gießen" enthält weitere Informationen. Über die Vorteile einer gegossenen Wasserkammer für Turboverdichter erfährt man: ,,Durch Gießen konnten ohne weiteres größere Wanddickten als früher ausgebildet werden; damit wird einmal eine höhere Schwingungsdämpfung erzielt und zum anderen eine größere Materialreserve gegen chemischen Angriff geschaffen, also die Korrosionsbeständigkeit erhöht bzw. die Einsatzdauer verlängert.... Endergebnis: Stückkosten der geschweißten Kammer 2923 DM, der gegossenen Kammer 2275 DM; das sind 22% oder 648 DM weniger, so daß bei zwanzig Stück durch diese Substitution rd. 13000 DM gespart werden" (Nr. 2/79). Damit könnte die Maschinerie beträchtlich verbilligt werden, selbst Nacharbeiten fällt in den meisten Fällen weg. Angewandt wird das Gießen von Werkzeugmaschinenteilen bisher im wesentlichen für Getriebeteile: Gehäuse, Schaltgabel, Laufräder, Kolben, Zylinder-Kurbelgehäuse. Neuerdings werden Werkzeugköpfe für Kugelkopfrevolver für NC-Drehmaschinen gegossen. ,,Mit diesem Werkstück galt es, sehr hohe Anforderungen sowohl fertigungs- als auch anwendungstechnischer Art zu erfüllen; dabei ist zu bemerken, daß kein anderes Fertigungsverfahren eine vergleichbare Wirtschaftlichkeit hätte bieten können. Nur durch Vorgießen der Konturen kann der ohnehin große Zerspanungsaufwand auf das unbedingt notwendige Minimum beschränkt bleiben", schreibt die Hersteller-Firma Heidenreich & Harbeck aus Mölln. Hemmnis zur umfangreichen Anwendung dieses Verfahrens ist die relativ aufwendige Härtungstechnik der Metalle. Bei den bisher praktizierten Verfahren müssen längliche Materialberechnungen vor der Härtung stattfinden, der Härtungsprozeß selbst ist zeitaufwendig, und das gehärtete Metall muß vor der Weiterverarbeitung gründlich kontrolliert werden, wobei diese Kontrollverfahren am wenigsten entwickelt sind.

Trotzdem sind die westdeutschen Maschinenbaukapitalisten weltweit führend. Kommt den Kapitalisten der Frühphase des Kapitalismus das geschichtliche Verdienst zu, die Produktivität der Arbeit durch die Vervollkommnung der Werkzeuge gesteigert zu haben – Marx schreibt: ,,Als Maschinerie erhält das Arbeitsmittel eine materielle Existenzweise, welche Ersetzung der Menschenkraft durch Naturkräfte und erfahrungsgemäßer Routine durch bewußte Anwendung der Naturwissenschaft bedingt" – so entwickeln die Kapitalisten jetzt kaum noch die Werkzeuge weiter. Wenn sich Extraprofit realisieren läßt auf überalterten,
profit realisieren läßt auf überalterten,
aber längst abgeschriebenen Industrieanlagen, bei hohem Ausbeutungsgrad einer geschulten und vielseitig einsetzbaren Arbeiterklasse, bei niedrigem Lohnstandard, dann scheut die Kapitalistenklasse Neuinvestitionen in Industrieanlagen. Zudem erhöht sich bei einer Investition in neue Industrieanlagen das konstante Kapital gegenüber dem variablen Kapital, die Masse des Profits kann durch schnelleren Produktenausstoß gesteigert werden, aber die Profitrate fällt tendenziell. Da muß die technische Veränderung mit einer Preisrevolution einhergehen, sonst ist den Kapitalisten außerdem der moralische Verschleiß einer Maschine, die vielleicht in einem Jahr schon überholt ist, zu risikoreich.

Bleibt zu gucken, ob es Veränderungen in der Antriebstechnik gibt, ob dort eine Ökonomisierung der Produktionsmittel, z.B. über bessere Kraftausnutzung und Energieeinsparung, stattfindet. Wirtschaftsminister Lambsdorff hatte in seiner Eröffnungsrede im Sinne der Finanzbourgeoisie den Maschinenbaukapitalisten ausgerichtet: ,,Über die bisherigen Anstrengungen hinaus erwarten wir von der Industrie die beschleunigte Entwicklung energiesparender Technologien und deren Markteinführung". Bekanntlich verschleißen Metalle, die mit Öl geschmiert werden, rasch, das Metall ermüdet schnell, was beim Einsatz synthetischer Schmierstoffe überwunden werden kann. Bei MAN/Demag fragten wir nach, dort ist ein neuer Kompressor entwickelt worden, der kompakter und leistungsfähiger ist als die herkömmlichen. Er wird mit Öl gespeist. Der Verschleiß? ,,Ein Jahr lang wartungsfrei, dann müssen einzelne Teile ausgetauscht werden".

Theoretisches zum Programm der ,,Zukunftsinvestitionen" des BRD-Imperialismus

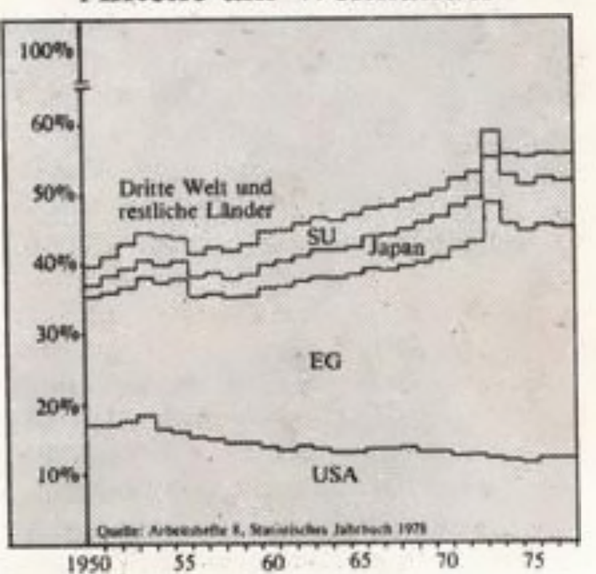
z.dik. Die ,,Welt der Arbeit" hat am 12.4.79 den ,,wertvollsten und umfassendsten volkswirtschaftlichen Beitrag von Wissenschaftlern, der bisher in der Bundesrepublik geleistet wurde", entdeckt: die Vorschläge des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung, wonach mit staatlichen Mehrausgaben in Höhe von 130 Mrd. DM bis 1985 rund 2 Mio. Arbeitsplätze mehr geschaffen werden können.

Verwendet werden sollen diese Mittel zur ,,Wiedergewinnung und Verbesserung der Umweltqualität" und zum ,,Ausbau der Lebensqualität unserer Städte", zur ,,Durchsetzung neuer Technologien zur rationellen Verwendung von Energie und Rohstoffen und zur Anwendung alternativer Energie- und Rohstoffquellen" sowie zur ,,Integration und besseren Versorgung benachteiligter Gruppen". Weiterhin halten die Wirtschaftsforscher ,,eine jährliche Verringerung der Arbeitszeit um rund 1,4 vH für erforderlich". Den Kapitalisten werden ,,auch im Jahre 1985 noch genügend Finanzierungsmittel aus Gewinnen, staatlichen Vermögensübertragungen und Abschreibungen" garantiert.

Für die staatlichen Mehrausgaben sind die Kapitalisten allemal. Nicht umsonst schafft die sozialliberale Koalition mit ihrem Ausplünderungsprogramm auf die Taschen der Volksmassen die erforderlichen Einnahmevoraussetzungen für die Ausgaben. Auch die vorgeschlagene Mittelverwendung wird bereits tatsächlich zum Wohle der Kapitalisten praktiziert. Nur heißt eben manches anders.

Der Umwelt und der Städte nimmt sich die Bundesregierung mit der Infrastrukturreform an, um die Standortbedingungen des Kapitals zu verbessern. Für die Entwicklung neuer Technologien zur Rationalisierung der Produktion werden längst vom Wissenschaftsministerium große Summen investiert, geht es doch darum, die Produktionskosten von Kapital abzuwälzen. Entschlossen wird die Eingliederung der ,,benachteiligten Gruppe" der Behinderten und Schwerbeschädigten vorangetrieben, sogar neue Arbeitsplätze werden zu diesem Zweck bereitgestellt, allerdings ausgestaltet als Zwangsarbeitsprogramm. Die vorgeschlagene Arbeitszeitverkürzung ist so, daß die Kapitalisten noch genug gewinnen, wenn ihnen gleichzeitig die Einführung der Contischicht gelingt. Auch ein Betrag zur Vollbeschäftigung, sicherlich!

Anteile am Welthandel



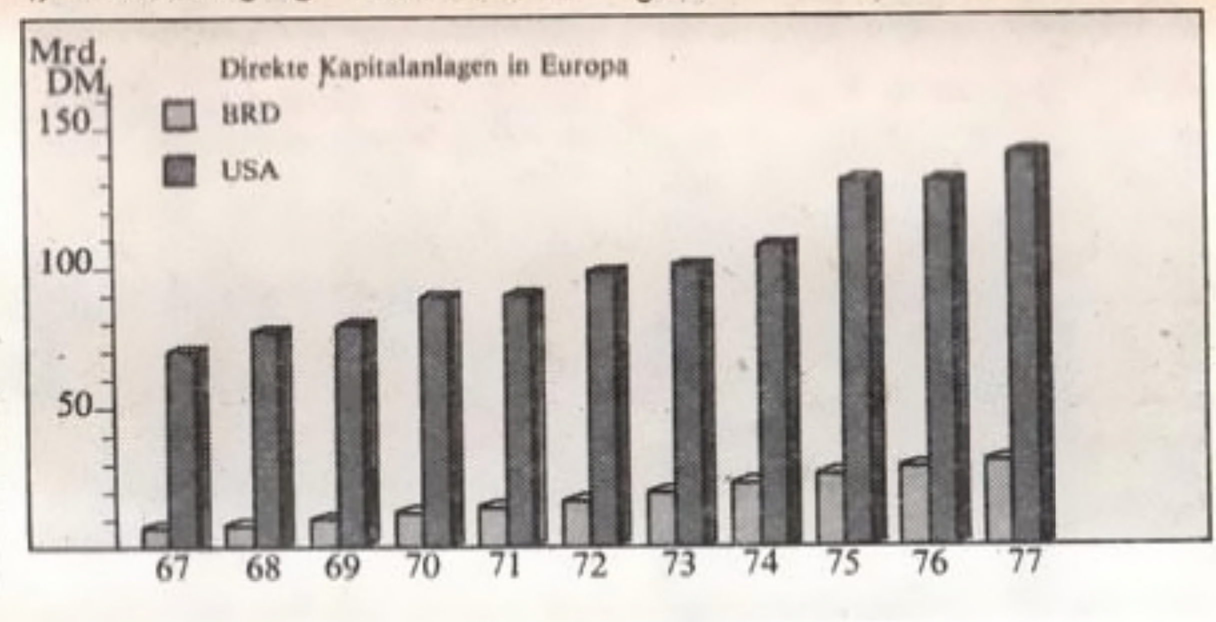
Wolff von Amerongen: ,,Vollbeschäftigung durch Auslandsinvestitionen"

z.gab. Mit dieser ebenso alten wie durchscheinenden Imperialistenlogik empfahl Otto Wolff von Amerongen, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstags, anläßlich der diesjährigen Hannover Messe den westdeutschen Kapitalisten, den ,,Export von Technologie" zu verstärken. Insbesondere in die europäischen Länder, um gegenüber den imperialistischen Konkurrenten innerhalb der EG die Führung zu übernehmen, aber auch stärker noch auf den inneren Markt der US-imperialistischen Supermacht.

Auf insgesamt 58,2 Mrd. DM haben die westdeutschen Imperialisten ihre direkten Kapitalanlagen von 1952 bis 1978 gesteigert, 8,6 Mrd. DM davon in den USA, in den europäischen Ländern zusammen über 30 Mrd. DM. Zur Steigerung des Kapitalexports in die Länder der Dritten Welt hat die Bundesregierung in den vergangenen Jahren umfangreiche Subventionsmöglichkeiten für das westdeutsche Kapital geschaffen: Bundesgarantien, Investitionsförderungsverträge, Finanzierungskredite, Gewährung zinsgünstiger Niederlassungskredite, etc.

Unangefochten ist die Stellung der US-Imperialisten, die nach wie vor mit einer Gesamthöhe von rund 140 Mrd. DM (Umrechnung anhand der durchschnittlichen jährlichen Wechselkurse) direkten Kapitalanlagen in Europa an der Spitze liegt. Untersucht man die Entwicklung während der letzten 10 Jahre, werden die Bestrebungen des westdeutschen Kapitals, innerhalb Europas die Führung zu übernehmen, deutlich: hatten die US-Imperialisten ihre Direktinvestitionen in Europa von 1967 bis 1977 von 71,5 Mrd. DM auf 140 Mrd. DM nahezu verdoppelt, so haben die BRD-Imperialisten ihre Direktinvestitionen in Europa von 1967 bis 1978 von 6,8 Mrd. DM auf über 30 Mrd. DM mehr als vervierfacht.

Amerongens These, durch ,,Erhöhung des Technologieexports" sowohl das ,,Nord-Süd-Gefälle" abzubauen, als auch durch die Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit durch Erhöhung der Direktinvestitionen im Ausland die ,,Vollbeschäftigung" in der BRD herzustellen, ist nicht nur ein Angriff auf den Aufbau der nationalen Wirtschaften in den Ländern der Dritten Welt, sondern auch eine scharfe Waffe der westdeutschen Imperialisten gegen die Arbeiterklasse in der BRD. Während der Lohnkämpfe 1978/79 hatte Daimler-Benz-Direktor Hirschbrunn in Untertürkheim auf einer Betriebsversammlung im Januar 1979 erklärt, um überhaupt eine Konkurrenzchance zu haben, müsse der Kapitalexport beibehalten werden: ,,Deshalb ist es auch vonnöten, sich bei den anstehenden Lohnverhandlungen in maßvollem Rahmen zu halten" (3% Lohnerhöhung hatten die Kapitalisten den Automobilarbeitern angeboten). Um über 30% hatten die Daimler-Benz-Kapitalisten den Kapitalexport seit 1973 gesteigert.



,,Krisenplanung" für Klein- und Mittelbetriebe: Investitionen aus Lohnfonds

z.alb. Das ,,Handelsblatt" hat letzte Woche den kleinen und mittleren Kapitalisten Maßnahmen vorgeschlagen, um ,,Unternehmenskrisen" vorausschauend zu managen. Es sind in Konzernkreisen längst erprobte und für wirksam befundene Schritte – wirksam zur Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit in der Schweißauspressung. Nicht zwischenkapitalistische Nächstenliebe treibt das ,,Handelsblatt" – handfeste Interessen der imperialistischen westdeutschen Bourgeoisie stecken dahinter. Der Produktivitätsrückstand dieser Betriebe drückt auf den Profit. Um ihren Vorsprung innerhalb der EG und auf dem Weltmarkt auszubauen, muß jetzt auch ,,unten" geordnet und strukturiert werden, muß das gesamte Kapital, also auch die in Klein- und Mittelbetrieben gebundenen Kapitalmassen, profitabler eingesetzt werden.

,,Krisen, welche die Existenz eines Unternehmens bedrohen können, sind letztlich immer Krisen der Liquidität oder Kapitalausstattung", stellt das ,,Handelsblatt" fest. Richtig. Denn das eingesetzte Kapital hat seinen Zweck dann nicht erfüllt, wenn es seinen Kreislauf von Geld zu mehr Geld nicht vollendet, daliegt als unverkäufliche Ware, als rückständige Maschinerie, wenn es nicht das Maximum an Arbeitskraft einsaugt. Auch die unverschämteste Ausdehnung des Arbeitstages, die wildeste Antreiberei hat absolute Grenzen – und damit die Steigerung des Profits allein darüber. Zusätzlich: je älter die Maschinerie, desto höher der erforderliche Qulifikationsgrad der Arbeiter, die sie in Bewegung hält. Das aber setzt weiterer Lohnsenkung Schranken.

Das ,,Handelsblatt" rät deshalb, gründlich aufzuräumen: Abstoßen, was veraltet ist, Lagerbestände verscheuern..., insbesondere aber freisetzen, was bisher im Lohnfonds gebunden ist. Also Einstellungsstopp für Angestellte und ,,Fixkostenlöhner"; Kündigung übertariflicher Zahlungen; Einführung von Kurzarbeit; alles hinausrationalisieren, was ,,nicht zwingend notwendig" ist; Beschaffung von ,,Mitarbeiterkrediten". Vorschläge aus dem vollen Leben. Die Braunschweiger Luther-Werke haben Anfang des Jahres 87% der Belegschaft gezwungen, zu unterschreiben, daß sie auf 4% Lohnerhöhung verzichten. Die übertariflichen Zulagen wurden gleich mitgestrichen. In Tönning erreichten örtliche Bourgeois und Politiker zur ,,Rettung" des Eller Garagenbau Zusagen für Mitarbeiterkredite in Höhe von 660000 DM. Steuergelder winken für solche Maßnahmen als Belohnung. Die Luther-Werke erhielten ihre 5 Mio.-Landesbürgschaft nach der Unterschriftenaktion. Denn ,,regionale Wirtschaftsförderung" dient ausdrücklich der ,,Erhaltung *wettbewerbsfähiger* Arbeitsplätze". Im Saarland sind erste Ergebnisse sichtbar: Dort wurde in den staatlich geförderten Betrieben der durchschnittliche Anteil der Facharbeiter und der technischen Angestellten an der Gesamtbelegschaft auf 41% gesenkt – gegenüber noch 53,6% im Bundesdurchschnitt.

Bruttoanlageinvestitionen in der EG (in Mio. ERE)

90, 80, 70, 60, 50, 40, 30, 20, 10 — F, GB, I, NL, DK, IR — 1970, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77

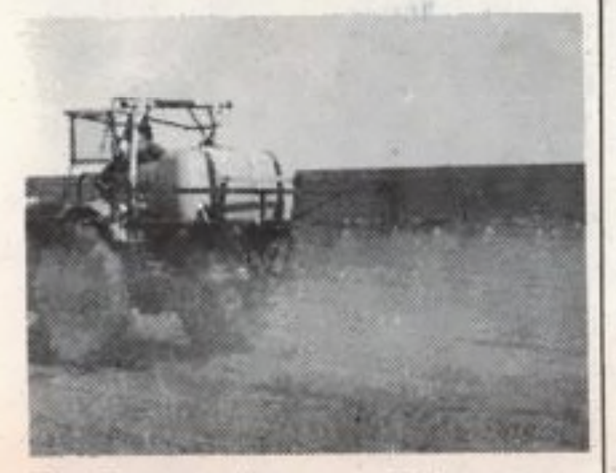


Obwohl erheblich gewachsen, reicht die Investitionshöhe der Klein- (I) und Mittelbetriebe (IV) nicht. Unten: Verwendung der Investitionen.

Rentabel erst ab 80 ha

r.mas.: Im Landkreis Uelzen sind in den Jahren 1949 bis 72 fast die Hälfte der landwirtschaftlichen Betriebe vernichtet worden. In der Größenklasse 0 bis 20 ha sind von 4119 Höfen noch 1194 übrig geblieben. 71% der kleinen Bauern sind also vernichtet worden. Die landwirtschaftlichen Betriebe der Größenordnung 50-100 ha sind gestiegen von 293 auf 474. Am stärksten haben die Betriebe über 100 ha zugenommen, nämlich von 31 auf 79. Durch den Einsatz moderner Maschinerie wird die Produktivität in der Landwirtschaft gewaltig gesteigert. Für die kleinen Bauern ist dies ein entscheidender Hebel ihres Ruins. Die modernen Maschinen können sie sich nicht kaufen und auch nicht anwenden auf den kleinen Feldern. Die Anschaffung eines Mähdreschers rentiert sich z.B. erst ab 80 ha.

Im Landkreis werden hauptsächlich Getreide (65%) und Hackfrüchte (32%) angebaut. Beides erfordert einen hohen Einsatz an Maschinerie. Seit Anfang der 60er Jahre haben sich die Bauern in Maschinenringen zusammengeschlossen, so daß die einzelne Maschine besser ausgelastet wird und Neuanschaffungen aufeinander abgestimmt werden können. Bei einem gut organisierten Maschinenring können die Kosten für Arbeitserledigung und -aufwand um 30-40% gesenkt werden. Im Landkreis sind ca die Hälfte aller Bauern in 2 Maschinenringen organisiert. Die durchschnittliche Betriebsgröße der Mitglieder liegt bei 50 ha.



Ein Bauer spritzt zum Schutz gegen Unkraut das Bodenherbyzid Merpelan, nachdem er die Rüben gedrillt hat. (Bild oben)

Eine moderne Bandspritze auf einem 72 PS-Schlepper (Kosten: 9000 DM). Durch diese Anlage wird beim Bespritzen der Rübendrille bis zu ⅔ Pflanzenschutzmittel eingespart. Die alten Maschinen spritzen das ganze Feld. Die Bandspritzmaschine spritzt direkt über die einzelnen Reihen des Saatguts in einer Bandbreite von 15 cm. Die Bandspritze rentiert sich bei einer Bestellung von 80 bis 100 Morgen.



Die Frühjahrsbestellung gehört neben der Ernte zur Arbeitsspitze in der Landwirtschaft. In diesem Jahr haben die Bauern durch das schlechte Wetter ungünstige Bedingungen für die Aussaat. Bis zum 20. April sollte die Rübendrille abgeschlossen sein. Ca 10-20% sind erst fertig. Die Felder sind noch zu naß, so daß die Rüben drin stecken bleiben. Im Maschinenring werden die Drillmaschinen und Spritzen knapp. Bei der Ernte stellt sich das gleiche Problem mit den Mähdreschern.

Die Bauern können Maschinen nur über Kredite finanzieren. Die Verschuldung der kleinen Bauern (0-20 ha) liegt bei 3553 DM pro ha, bei den Betrieben über 100 ha liegt sie bei 1522 DM pro ha. Die kollektive Nutzung der Maschinen hält zwar den Prozeß der Vernichtung der kleinen Bauern auf, verhindert ihn jedoch nicht. Solange die Fesseln des privaten Eigentums bestehen und die kleinen Bauern nicht selbst kollektiv produzieren, bleiben sie der Ausplünderung durch das Finanzkapital ausgeliefert. Zusammen mit der Arbeiterklasse können sie sich das Ausbeuterpack vom Hals schaffen.

Lehrerbewegung festigt sich im Kampf gegen die Reaktion

r.ols. Was die schleswig-holsteinische Landesregierung noch bis vor den diesjährigen Wahlen zum Hauptpersonalrat durch Entzug des Wahlrechtes für die angestellten Lehrer mit Stundenverträgen verhindern wollte, ist jetzt eingetreten: die gewerkschaftlich organisierten Lehrer haben erhebliche Zugewinne erhalten. Von 76,34% auf 80,6% ist der Stimmanteil im Bereich der Grund-, Haupt-, und Sonderschulen gestiegen, von 49,35% auf 53,5% bei den Realschullehrern, von 21,56% auf 30,5% an den Gymnasien, von 21,54% auf 27,65% an den berufsbildenden Schulen.

Dies ist nur ein statistisch erfaßter Ausdruck der Festigung, die die gewerkschaftliche Lehrerbewegung in der Auseinandersetzung mit dem imperialistischen Staatsapparat im Kampf um den Lohn, gegen überlange Arbeitszeit und politische Bespitzelung und Entrechtung erreicht hat. Streichung der Vergütung für den selbständigen Unterricht bei den Referendaren im sogenannten Katalog für „Maßnahmen zur Erhöhung des Unterrichtsangebotes ..." 1976, niedrigste Bezahlung der stundenweise beschäftigten Lehrer ohne Zahlungen an die Renten-, Kranken- oder Arbeitslosenversicherung, schikanöse Beschränkung der Fahrtkostenerstattung, die seit Jahren versuchte Kürzung der Anwärterbezüge im öffentlichen Dienst – das sind einige der Maßnahmen der Bourgeoisie zur Kürzung des Lohns unter den Lehrern. Einstellung der Zahlung der Mehrarbeitsvergütung durch sogenanntes Abbummeln in unterrichtsfreier Zeit wird seit einigen Wochen als neueste Maßnahme erwogen.

Dagegen, gegen die ständige Ausdehnung der Arbeitszeit über neue Konferenzordnungen, die immer mehr Konferenzen und Dienstbesprechungen vorschreiben, ca. 26 in 36 Schulwochen und über die Anhäufung bürokratischer Verwaltungstätigkeit, sowie gegen die politische Unterdrückung mit hunderten von Anhörungsverfahren, Diskussionsverbot über die Demonstration am 19.2. in Brokdorf, Meldepflicht der Teilnehmer an Schulstreikaktionen, hat sich die gewerkschaftliche Bewegung der Lehrer entwickelt.

Nicht nur die Mitgliederzahl der GEW ist von 8231 Ende 1975 auf 9314 Ende 1978 gestiegen. Vor allem die Wiederbelebung der arbeitenden Einheiten der Ausschüsse junger Lehrer und Erzieher (AjLE), von GEW-Betriebsgruppen an den Schulen und z.T. neuer Fachgruppen haben die gewerkschaftlich organisierten Lehrer vorangetrieben, um der Dienstaufsicht Schläge zu versetzen. Von Anfang an hat diese Bewegung der Isolierung der Lehrer von der übrigen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung entgegengearbeitet. Zahlreiche Beschlüsse für Festgeldforderungen im Lohnkampf wurden gefaßt; 1976 hat die GEW die 135 DM Festgeldforderung der ÖTV unterstützt. Regelmäßig haben die gewerkschaftlich organisierten Lehrer an den Demonstrationen und Kundgebungen zum 1. Mai teilgenommen. In diesemm Jahr hat der AjLE Schleswig-Holstein einstimmig Mai-Demonstrationen in allen Kreisstädten gefordert.



GEW-Kundgebung gegen den Maßnahmenkatalog der Landesregierung 1976.

Die Reaktion antwortete darauf mit dem weiteren Ausbau ihrer Maßnahmen, die die Schule zu einer Zwangsanstalt machen sollen. Schon im „Maßnahmenkatalog" von 1976 hatte Kultusminister Braun die Durchführung der Personalversammlungen und Versammlungen der Berufsverbände während der Dienstzeit eingeschränkt. Mit dem Schulgesetz vom Juli 78 hat die Landesregierung dann alle wesentlichen Fragen der Schulgestaltung, der Lehrpläne, der Zulassung von Lehr- und Lernmitteln an sich gezogen. Die Schulleiter sind ausdrücklich den Lehrern gegenüber weisungsberechtigt, und sie sind gesetzlich verpflichtet, Unterrichtsbesuche, d.h. Kontrollen vorzunehmen. Mit dem § 4 des Schulgesetzes ist die Wahrung des „Schulfriedens" zur allgemeinen Aufgabe der Schule erklärt. In den Textausgaben des Schulgesetzes der Landesregierung mit „Erläuterungen für den Schulgebrauch" wird den Lehrern unmißverständlich mitgeteilt, daß damit der „Schulfrieden Bestandteil der Rechtsordnung" sei. Und da dem Schulleiter das Recht eingeräumt ist, Beschlüssen der Schulkonferenz zu widersprechen, welche gegen die „Rechtsordnung" verstoßen, ist somit geregelt, daß „der Schulleiter gemäß § 84 einem Konferenzbeschluß widersprechen... kann..., der gegen den Schulfrieden verstößt."

Damit kein Lehrer auf die Idee kommt, die Verpflichtung auf die „Wert- und Ordnungsvorstellungen des Grundgesetzes" gemäß § 4 nicht ernst zu nehmen, wird klargestellt: „Soweit ihr Inhalt (der ... der Vorstellung des Grundgesetzes, d. Red.) in der politischen Diskussion umstritten ist, kommt es auf die Auslegung durch das Bundesverfassungsgericht an. Der Lehrer ist nicht befugt, seine Auslegung oder die der Schüler für den Unterricht an die Stelle des Gerichts zu setzen."

Und um den Lehrern einzubläuen, was sie sonst noch für Befugnisse haben, wird die Bestimmung des Schulgesetzes über die Notenvergabe, an der der Schulleiter „im Rahmen seiner Aufgaben" teilnimmt, wie folgt präzisiert: „Die Vorschrift stellt jedoch klar, daß unabhängig von diesen Zuständigkeitsregelungen der Schulleiter in seiner durch § 72 Abs. 2 festgelegten Eigenschaft als weisungsberechtigter Vorgesetzter die von den Lehrern oder Klassenkonferenzen Vorgesetzter die vo den Lehrern oder Klassenkonferenz vorgenommene Bewertung der Schülerleistungen ändern kann." Und „... Eine Reihe von Umständen, die der Schulleiter... besser beurteilen kann, können zur Änderung der Bewertung von Schülerleistungen führen, z.B. ...auffällige Häufung guter oder schlechter Noten in einer Klasse, Verstoß gegen verbindliche Rechtsvorschriften." Mit Zwang sollen die Lehrer von der Unterstützung des Kampfes der Schüler gegen das Notensystem abgehalten werden.

Auf alle Tätigkeiten der Gewerkschaftsbewegung schlägt die Schulaufsicht zunehmend ein. Eine Veranstaltung von Referendaren des Studienseminars Flensburg gegen die Ministerpräsidentenbeschlüsse hat das Landesschulamt sogleich mit Raumverbot belegt und der Stadtbildstelle das Ausleihen eines Filmvorführungsgerätes untersagt. Mit Unterstützung des AjLEs wurde die Veranstaltung mit über 80 Teilnehmern trotzdem durchgeführt. Beschlüsse gegen die Ministerpräsidentenbeschlüsse und für die Vernichtung der Verfassungsschutzunterlagen wurden verabschiedet. Auf den Demonstrationen und Kundgebungen zum 1. Mai werden diese Forderungen zusammen mit den übrigen Forderungen ihrer Maibeschlüsse von den gewerkschaftlich organisierten Lehrern erhoben werden.

Aus den Gemeindehaushalten bereichern sich die Kapitalisten. Die Werktätigen werden ausgeplündert.

z.gug. Die Kapitalisten sind unzufrieden mit dem Umfang der Senkungen der Steuern, die sie an die Gemeinden zahlen. „Bei einer Gesamtwürdigung des sog. Maßnahmenpaketes darf auch nicht übersehen werden, daß wesentliche Teile der Steuerentlastungsmaßnahmen insbesondere bei der Gewerbebesteuerung erst ab 1980 (Abschaffung der Lohnsummensteuer, Erhöhung des Freibetrages auf 36000 DM oder 1981 die Erhöhung des Freibetrages für die Hinzurechnung von Dauerschulden bei der Gewerbekapitalsteuer in Höhe von 50000 DM) wirksam werden", heißt es in der Zeitschrift „Gemeindehaushalt" 1/79. Während die Kapitalisten relativ immer weniger in die Kassen der Gemeinden einzahlen, plündern sie dieselben immer fleißiger. Aus den Gemeindekassen lassen sie sich ihre Industrieansiedlungen finanzieren, die lassen sich die Straßen und Brücken bauen, die sie zum Transport ihrer Waren benötigen, die Sicherung ihrer Wasser- und Stromversorgung ist selbstredend. Innerhalb von 7 Jahren stiegen die Ausgaben der Gemeinden für derlei Investitionen um fast 40%, in den Straßenbau investierten sie in der Zeit von 1970-77 50 Mrd. DM, in Abwasseranlagen z.B. 26 Mrd. DM. Bestritten werden diese Ausgaben durch die Plünderung der Volksmassen über Steuern und Gebühren. 35,1% der Einnahmen der Gemeinden stammen aus Steuern, 22,5% aus Gebühren, hinzukommen die Steuergelder, die die Gemeinden aus dem Bundeshaushalt erhalten. Neben Steuereinnahmen wie Hundesteuer, Kinosteuer, Gaststättensteuer füllt sich die Finanzbourgeoisie ihre Gemeindekassen seit 1969 durch einen 14%igen Anteil an der Einkommensteuer. „Die Entwicklung der kommunalen Steuereinnahmen", schreibt die Bundesregierung in ihrem Finanzbericht 1979, „ist primär bestimmt worden durch die Dynamik des Einkommensteueraufkommens."

Während sich der Anteil der Einkommensteuer an den Steuereinnahmen der Gemeinden fast verdreifacht hat, ist die Grundsteuer, die auf Wohnungen und Grundstücke erhoben wird, im gleichen Zeitraum von 0,44 auf 0,42 Mrd. DM gesunken. Die Lohnsummensteuer ist mit der Steuerreform der Regierung vom Anfang dieses Jahres beseitigt. „Es ... bedarf eines weiteren Abbaus insbesondere der kapital- und vermögensabhängigen Steuern, die bei anhaltend verlangsamtem Wirtschaftswachstum und damit einhergehender Ertragsverschlechterung immer schwerer tragbar sind", fordern die Kapitalisten erneut (Gemeindehaushalt 1/79). Wachsende Plünderung der Kassen durch die Kapitalisten bei gleichzeitig sinkenden Einnahmen bei der Besteuerung der Kapitalisten, diesen Widerspruch lösen die Bourgeois, indem sie laufend die Gebühren erhöhen und damit ihre Einnahmen, wobei allgemein bekannt ist, daß die Kapitalisten die Vergünstigung von Sondertarifen genießen.

	Steuereinnahmen d. Gemeinden ges. Mrd. DM	Gemeindeanteil an d. Einkom.steuer Mrd. DM
1970	16,7	6,28
1971	19,3	7,71
1972	23,2	9,27
1973	27,4	11,35
1974	29,6	12,56
1975	30,3	12,94
1976	34,2	14,71
1977	38,5	16,40

Alle Angaben aus: Finanzbericht 1979, Bonn

Einnahmen der Gemeinden aus Gebühren in Mrd. DM

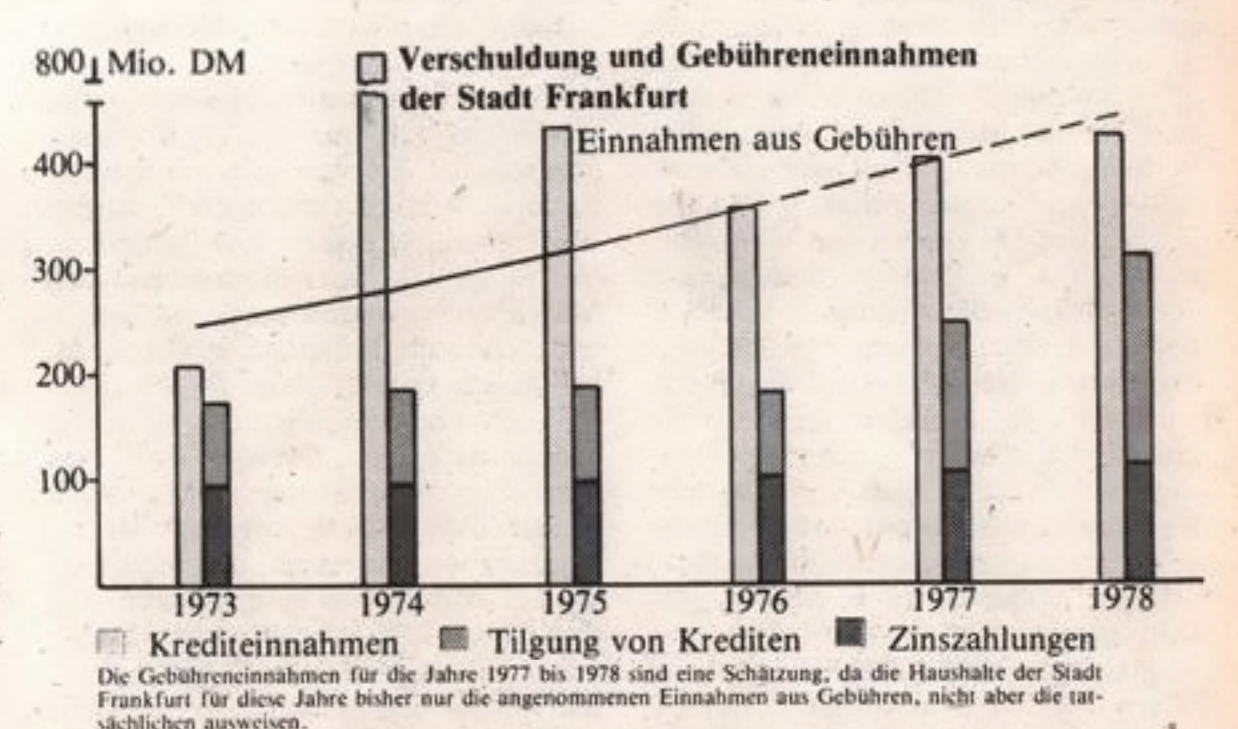
1970	9,26	1974	15,35
1971	9,91	1975	16,88
1972	11,71	1976	19,6
1973	13,27	1977	21,5

	Verschuldung an Banken Mrd. DM	Verschuldung je Einwohner DM	Zinszahlg. d. Gemeinden Mrd. DM
1970	34,6	609	2,8
1971	41,4	730	3,4
1972	48,8	856	4,2
1973	56,0	976	4,9
1974	60,7	1054	5,3
1975	67,7	1181	5,6
1976	73,3	1282	5,6
1977	75,5	1324	5,8

Die Gebühren steigen mit der wachsenden Verschuldung der Gemeinden. Um ihre Ausgaben decken zu können, müssen die Gemeindehaushalte das Geld, das sie für die Kapitalisten ausgeben, zum Teil zunächst mal von diesen leihen, eine weitere Bereicherungsquelle der Kapitalisten, die sich hohe Zinsen dafür zahlen lassen.

Zinszahlung der Gemeinden und Gebührenerhöhungen durch Gemeinden und Stadträte sind nur zwei Seiten einer Medaille.

Gegenwärtig stellt die Bourgeoisie, außer der geplanten Streichung von Luxussteuern für die Kapitalisten, die Überlegung an, ob nicht der Anteil der Gemeinden aus den Lohnsteuern erhöht wird und zusätzlich eine Beteiligung an der Ausplünderung der Werktätigen über die Mehrwertsteuer möglich sei. Im Gegenzug soll dann die Gewerbesteuer ganz beseitigt werden. „Dabei mag dahingestellt bleiben, inwieweit die Gewerbebesteuerung, namentlich die Ertragsbesteuerung, aufrechterhalten werden kann. Eine Beteiligung der Kommunen an der Mehrwertsteuer hat jedenfalls grundlegende Vorteile gegenüber der Gewerbebesteuerung" (Gemeindehaushalt 1/79).



Die Gebühreneinnahmen für die Jahre 1977 bis 1978 sind eine Schätzung, da die Haushalte der Stadt Frankfurt für diese Jahre bisher nur die angenommenen Einnahmen aus Gebühren, nicht aber die tatsächlichen ausweisen.

In Städten wie Offenbach, Frankfurt, Hannover, Koblenz, Düsseldorf, Mainz, Trier, Köln lag die Pro-Kopf-Verschuldung 1975 schon über 2000 DM. Zunehmende Verschuldung und Zinszahlung ... Der grundlegende Vorteil besteht darin, daß die Kosten der Kapitalisten zunehmend auf die Werktätigen abgewälzt und die Gemeindekassen mit Lohngeldern aufgefüllt werden.

Kampagne zur „Rettung der deutschen Textilindustrie“

Neuer Lohnraubabschluß in Vorbereitung / Fette Profite / Ausbeutung des ländlichen Proletariats

z.tit. 6,2% mehr Lohn und 6 Wochen Urlaub in „zwei Stufen“ hat die Führung der Gewerkschaft Textil und Bekleidung (GTB) dieses Jahr als Forderung für die Textil- und Bekleidungsindustrie erhoben. „Unserer Forderung ... wird man das Prädikat ‚behutsam‘ sicherlich nicht absprechen können ...“, meldet stolz Hermann Schumacher, Mitglied des Geschäftsführenden Hauptvorstandes der GTB und Leiter der Tarifabteilung in der Gewerkschaftszeitung „textil und bekleidung“ vom April.

Bezogen auf die Bruttolohn- und Gehaltssumme in der Textilindustrie von 617 Mio. DM im Dezember 78, wären die 6,2% in Festgeld 121 DM pro Beschäftigtem. Um eine solche Forderung können sich die Textilarbeiter zusammenschließen. Nicht so Schumacher und Konsorten. Ist die spalterische Prozentrutsche aufgebaut, propagieren die Sozialdemokraten auch schon etwas weniger „behutsam“ den Lohnabschluß: der Vorstand hat sich geeinigt, „kein Abschluß unter 4,3%“. Ist die „4“ erst im Gespräch, werden die Kapitalisten kaum Schwierigkeiten haben, darunter zu landen. „Unsere Gewerkschaft hat aber zu keiner Zeit eine rein quantitative Tarifpolitik betrieben, deren Ergebnisse allein in Mark und Pfennig nachzurechnen sind“, leitet Schumacher die Begründung eines Abschlusses unter 4% ein. 6 Wochen Urlaub – die sind nötig, das weiß jeder Arbeiter – der Wurm dabei ist: ein Tag Urlaub wird flugs 0,8% Lohnerhöhung gleichgesetzt, plus 3,5% ergibt die Marke 4,3%, na also! Weder 121 DM noch 6 Wochen Urlaub, geschweige denn 35-Stunden-Woche – laut Gewerkschaftsführung eine „Belastung“ der Kapitalisten um

sind“, leitet Schumacher die Begründung eines Abschlusses unter 4% ein. 6 Wochen Urlaub – die sind nötig, das weiß jeder Arbeiter – der Wurm dabei ist: ein Tag Urlaub wird flugs 0,8% Lohnerhöhung gleichgesetzt, plus 3,5% ergibt die Marke 4,3%, na also! Weder 121 DM noch 6 Wochen Urlaub, geschweige denn 35-Stunden-Woche – laut Gewerkschaftsführung eine „Belastung“ der Kapitalisten um

12%, die „unzumutbar“ wäre.

Mehr noch, „Rettung der deutschen Textilindustrie“ haben die Sozialdemokraten in der GTB-Führung vor. Rechtzeitig zum Lohnkampf haben sie eine Kampagne gestartet zu dieser Rettung und gegen die Aufnahme der Volksrepublik China in die Zollpräferenz der Europäischen Gemeinschaft. Denn: „Durch die ungezügelte Einfuhr von Textilwaren gingen in der Vergangenheit zahlreiche Arbeitsplätze in der BRD verloren“, schrieben sie in „textil und bekleidung“ schon 1977 und veröffentlichten dazu eine „schwarze Liste“ der Länder, „die einen besonders hohen Anteil am Import von ... Textil- und Bekleidungserzeugnissen in der EG haben“: 19 Länder der 3. Welt, darunter an erster Stelle von den Imperialisten unterjochte Länder: Hongkong, Südkorea und die chinesische Insel Formosa (Taiwan).

Steigerung der Ausbeutung, Maximierung der Profite, Expansion auf dem Weltmarkt, das ist die Devise der Textilkapitalisten. Dabei wird eine große Zahl von Textilarbeitern, und vor allem Textilarbeiterinnen, die auf Grundlage des niedrigen Lohnniveaus in den von der Textilindustrie bevorzugten ländlichen Gebieten in die Produktion gepreßt wurden, wieder auf den Arbeitsmarkt geworfen. Die Textilkapitalisten haben schon ziemliche Fortschritte gemacht: von 1968 bis 1979 stieg der Umsatz um 9,9 Mrd. DM auf 31,1 Mrd. DM, während die Zahl der Beschäftigten von knapp 500000 auf 315000 gesunken ist und sich der Umsatz pro Beschäftigtem auf 98521 DM mehr als verdoppelt hat.

Was hinter der Propaganda steckt,

den Arbeitsmarkt geworfen. Die Textilkapitalisten haben schon ziemliche Fortschritte gemacht: von 1968 bis 1979 stieg der Umsatz um 9,9 Mrd. DM auf 31,1 Mrd. DM, während die Zahl der Beschäftigten von knapp 500000 auf 315000 gesunken ist und sich der Umsatz pro Beschäftigtem auf 98521 DM mehr als verdoppelt hat.

Was hinter der Propaganda steckt,

ist schnell geklärt: die imperialistische Konkurrenz hat schneller als die westdeutschen Konzerne die Produktion zu horrenden Ausbeutungsbedingungen in diesen Ländern, wie Hongkong, aufgenommen (s. KVZ 16/79); die so zusammengeschundenen Extraprofite sollen in Westdeutschland realisiert werden, während die westdeutschen Textilkapitalisten dem durch Einfuhrbeschränkung Schranken setzen und gleichzeitig selber auf diesen profitablen Markt einsteigen wollen. Genau diese Absicht sehen sie aber bezüglich der VR China nicht, deshalb jaulen sie so. Die Volksrepublik China will einen geringen Teil ihrer Textilprodukte verkaufen, um den Ankauf von Textil- und anderer Maschinerie ohne Verschuldung betreiben zu können, und so den selbständigen Aufbau ihrer Wirtschaft stärken. „Leider kann man in der Volksrepublik China nicht investieren“, meinte der Bourgeois von der Pressestelle von Gesamttextil, das ist für sie der Haken. Die Sozialdemokratie soll die Angelrute auswerfen und die Arbeiterklasse als zappelnden Fisch an die Kapitalisten ausliefern – das wird nicht gelingen.



Baumwolltrocknung in einer Volkskommune in Tianmen (VR China). 1972 gelang die Zucht einer Baumwollsorte mit 30% höherem Ertrag als gewöhnliche Baumwolle. Die Baumwoll- wie die Textilproduktion dient der Deckung der Bedürfnisse des Volkes, nicht dem Profit.



Baumwolltrocknung in einer Volkskommune in Tianmen (VR China). 1972 gelang die Zucht einer Baumwollsorte mit 30% höherem Ertrag als gewöhnliche Baumwolle. Die Baumwoll- wie die Textilproduktion dient der Deckung der Bedürfnisse des Volkes, nicht dem Profit.

147600 polnische Bauern zur Aufgabe ihres Hofes gezwungen

z.rua. Das ZK der revisionistischen PVAP zog Ende März zerknirscht Zwischenbilanz. *Erst* 147600 „alte und kranke“ Privatbauern haben seit Oktober 1977 „freiwillig“ ihren Landbesitz von durchschnittlich 2,7 ha. an den Staat abgetreten, um rentenberechtigt zu sein. Bis 1980 sollen 709296 Privatbauern mit 1/10 der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche enteignet werden. Mit dem Gesetz „Über die Rentenberechtigung von Privatbauern“ vom Oktober 1977 sollten die über 60jährigen, in deren Besitz 60% der landwirtschaftlichen Nutzfläche ist, geködert werden und staatlichen Produktionsgenossenschaften weichen. Bevor sie ihr „ruhiges Alter genießen können“, sollen sie aus Muskel, Nerv, Hirn und Boden rausholen, was rauszuholen ist. Denn: rentenberechtigt ist nur, wer in den letzten 5 Jahren Erzeugnisse für mindestens 15000 Zloty (1 Zloty = 0,63 DM) an staatliche Aufkaufstellen geliefert hat. Der Wert der landwirtschaftlichen Produktion gilt als Bemessungsgrundlage der Renten. 1976 sicherte sich die polnische Bourgeoisie das Recht, private Betriebe bei „schlechter Bewirtschaftung“ gegen den Willen der Besitzer zu enteignen. Das gleiche gilt für Nebenerwerbsbetriebe, die ⅓ aller Höfe mit 3,2 Mio. ha. ausmachen. Der jahrelange Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion kann *so* nicht aufgehalten werden.

Österreichische Volkspartei: die besseren Bauernleger?

z.pek. Wien. Drei Wochen vor den Parlamentswahlen hat die Österreichische Volkspartei (ÖVP) ihr Landwirtschaftsprogramm vorgelegt. „Schärfere Importkontrollen“ und „Exporthilfen“ seien notwendig, da „das heimische Preisniveau durch Importe von Plantagen, die von Bloßfüßigen bearbeitet werden, unterlaufen“ werde. Die Landarbeiter und Bauern in den

Österreichische Volkspartei: die besseren Bauernleger?

z.pek. Wien. Drei Wochen vor den Parlamentswahlen hat die Österreichische Volkspartei (ÖVP) ihr Landwirtschaftsprogramm vorgelegt. „Schärfere Importkontrollen“ und „Exporthilfen“ seien notwendig, da „das heimische Preisniveau durch Importe von Plantagen, die von Bloßfüßigen bearbeitet werden, unterlaufen“ werde. Die Landarbeiter und Bauern in den
Ländern der Dritten Welt sollen also an der elenden Lage der österreichischen Kleinbauern schuld sein. Dabei wissen die Bauern aus eigener Erfahrung, daß es die staatlichen Schlachthöfe waren, die die Preise für Schlachtkühe seit Januar 1978 von 18,18 Schilling (2,61 DM) pro Kilo auf 17,61 Schilling (2,44 DM) gedrückt haben. Auch die von der ÖVP gepriesene „Exportförderung“ ist bekannt: 1977 waren es 700 Mio. Schilling (100 Mio. DM), die den Agrarkapitalisten vom Staatsapparat zugeschoben wurden, u.a. für den Bau von Fleischverarbeitungsfabriken und Schlachthausrationalisierung. Bereits 61% der österreichischen Bauern können vom Verkauf ihrer Produkte nicht mehr leben und müssen ihren Hof im Nebenerwerb bewirtschaften. Was die sozialdemokratische Regierung Kreisky nicht durchsetzen konnte – die endgültige Ruinierung dieser Bauern – will die ÖVP jetzt fertigbringen: „Möglichst billige Produktion, bei der etwa die Bergbauern ihre Betriebe einstellen müssen“, sei das Ziel ihres Programms, erklärte ÖVP-Agrarsprecher Riegler.

Portugal: Regierung erhöht Nahrungsmittelpreise um 18%

z.pel. Die portugiesische Regierung hat zum 13.4. die Erhöhung der Preise für 14 Grundnahrungsmittel des amtlichen Warenkorbes um 18% verfügt. Für Reis beträgt die Erhöhung sogar 33%, für Brot 22%. Das System der „garantierten Preise“ ist 1977 unter dem Vorwand des Kampfes gegen die Teuerung eingeführt worden. Seit 1975 sind die Nahrungsmittelpreise um 87% gestiegen, 43% davon wurden in den letzten beiden Jahren staatlich dekretiert. Das übertrifft den Anstieg bei den industriellen Produkten um ein Viertel. Regierungschef Mota Pinto, dessen Haushaltsentwurf am 22. März im Parlament niedergestimmt worden war, nutzt mit Unterstützung aller bürgerlichen Parteien die Zeit bis zu den Neuwahlen dazu, der Reproduktion der Volksmassen weiter Waren zu entziehen und so den Preis der Arbeitskraft auf das vom IWF geforderte Niveau zu senken. Erwünschte Nebenwirkung: Die Landarbeiter des Alentejo, die ihre Vertreibung vom Land weiterhin wirksam bekämpfen, sollen für die Preiserhöhung verantwortlich gemacht und isoliert werden. Tatsächlich ist die Getreideproduktion 1978 aufgrund von Kreditverweigerung der Banken und Polizeiübergriffen auf die Kooperativen um 30% zurückgegangen und mußten Lebensmittel für 2 Mrd. DM importiert werden.

Kapitalkonzentration in der sowjetischen Landwirtschaft

Verordnung über landwirtschaftliche Produktionsvereinigungen / „Industrialisierung“ der Landarbeit

z.hat. „Was ist das: eine 50 m lange Schlange, die Kohl frißt?“ „Käufer, die nach Fleisch anstehen.“ Der Bart dieses Witzes ist, bildlich gesprochen, fast zwei Jahre lang; er wurde aber im April 1979 wie neu erzählt, in Moskau. Und mit jedem Kilometer weg von der Hauptstadt wird die Schlange länger. Viehzucht, und vorrangig Fleischproduktion, ist dementsprechend mit Beginn dieses Jahres zum besonderen Anstrengungsschwerpunkt für die beiden Restjahre des 10. Fünfjahrplanes erklärt worden (über die rückläufige Produktion vgl. KVZ 7/79).

Am 7.2.79 veröffentlichte die Zeitung „Sel'skaja Shisn“ (Landleben), welchen Hebel der sozialimperialistische Staat zur langfristigen Lösung des Versorgungsproblems anzuwenden gedenkt: die „Verordnung über die Produktionsvereinigung in der Landwirtschaft“. Vereinigen sollen sich die verschiedensten Arten von in der Landwirtschaft angesiedelten Betrieben und Organisationen so, daß die von einem Produkt oder einer Produktengruppe her gegebene Kooperation und die entsprechenden Kapazitäten auf größerer Stufenleiter unter ein einheitliches Kommando gefaßt werden, mit dem Ziel der „größtmöglichen Effizienz“ sämtlicher Tätigkeiten.

So berichtet die Prawda vom 23.3.79, daß in einem der seit einigen Jahren laufenden Musterprojekte, hier in der Autonomen Mari-SSR, 9 Staatsgüter und 6 Kolchosen mit sehr mittelmäßigen Erträgen zusammengefaßt wurden, die dadurch allein über 70000 ha Pflugland und inzwischen über 50000 Schafe in 6 modernen Zuchtkomplexen verfügen. 9 vollmechanisierte Farmen zur Futtermittelproduktion sind im Bau. Bis Ende 1980 soll der Viehbestand verdreifacht, sollen jährlich 5000 t Hammelfleisch, 400 t Wolle und 70-80000 Schafpelzmäntel produziert werden.

Angeblich „behalten die beteiligten Betriebe und Organisationen ihre wirtschaftliche Selbständigkeit“; de facto geht ihr Eigentum (Land, Bauten, Maschinen) ganz oder teilweise in die Vereinigung über, die sämtliche Wirtschaftsfunktionen, von der Organisation der Produktion über die Einstellung der Kader, die Tätigung von Investitionen und die gesamte Rechnungslegung unter dem Kommando eines Generaldirektors zentralisiert.

Die ehemaligen Kolchosbauern tauchen in der Verfügung nur noch als „Arbeitskräfte“ auf, die entsprechend den Organisationsplänen eingesetzt werden. Die Voraussetzung dafür wurde 1969 mit dem zweiten „Musterstatut für Kolchosen“ geschaffen, das mit der Festsetzung Kolchosen auf die Profitwirtschaft (woran dann die staatlichen Kredite gebunden wurden) faktisch die Genossenschaftsbauern enteignet und aus Genossenschafts- staatsmonopolistisches Eigentum gemacht hatte.

Mit den neuen Riesenvereinigungen will die neue Bourgeoisie in der Sowjetunion die Schranken einreißen, die der Ausbeutung der ländlichen Arbeitskraft analog der Industriearbeiterschaft noch entgegenstanden. Die Konzentration von Kapital, die sie darstellen und die weitere umfangreiche Investitionen nachzieht, wie das Beispiel der Maris zeigt, erfordert gleichzeitig die Bewegung durch die menschliche Arbeitskraft rund um die Uhr nach allen Regeln der Akkord-, Nacht- und Schichtarbeit. Einige Erfahrungen, die die Bourgeoisie in den letzten Jahren in Musterprojekten und auch einzelnen Betrieben sammeln ließ, werden derzeit breit in der Presse dokumentiert.

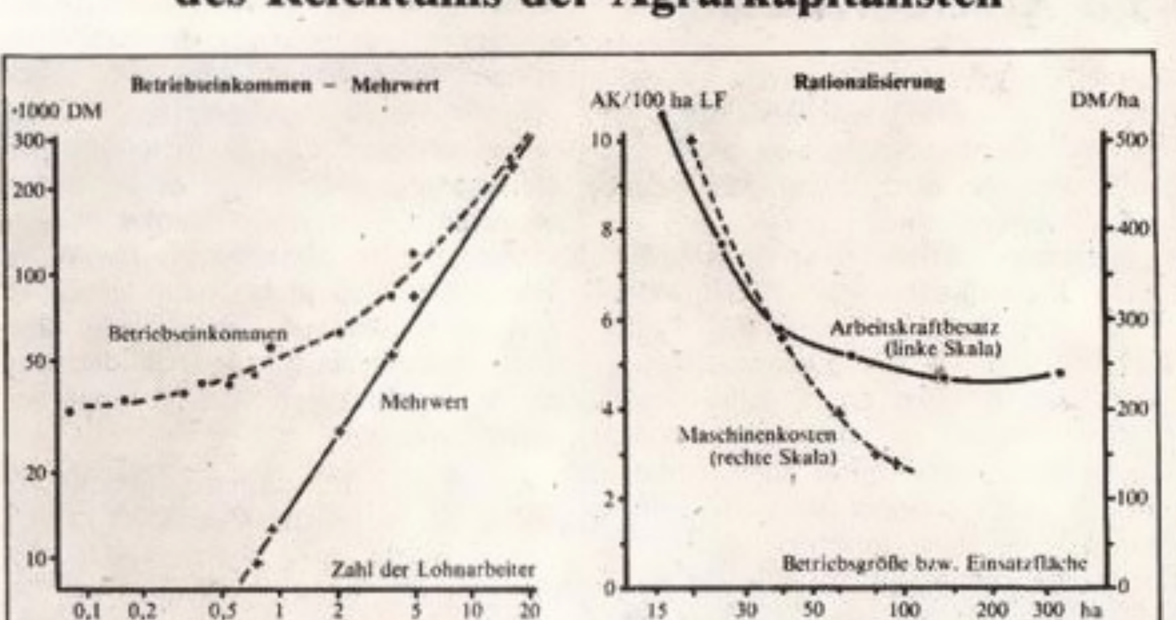
So rühmt sich ein Staatsgut aus der Nähe von Minsk (Prawda 26.2.79), mithilfe von weiterverarbeitenden Nebenbetrieben, darunter einer Konservenfabrik, die saisonbedingte „Unterbeschäftigung“ seiner Arbeiter beseitigt zu haben. Die Arbeiter aus den Nebengewerben werden im Sommer mit auf dem Feld eingesetzt, die Feldarbeiter nach der Ernte und im Winter mit in den Gewerben. Seit 1970 ist so die „Ausnutzung“ der einzelnen Arbeitskraft von rund 180 auf jetzt 249 Arbeitertage pro Jahr gestiegen.

Niedrig gehalten werden konnte die Zahl der nun vollbeschäftigten Arbeiter auch dadurch, daß in Stoßzeiten derzeit nicht produktiv tätige Arbeitskraft mobilisiert wurde: Schüler- und Studentenbrigaden und Rentner. In letzterer Gruppe hat die Führung der Sozialimperialisten ein zuverlässiges Arbeitskräftereservoir entdeckt. Sie vermutet, daß es im nächsten Jahrzehnt um die Hälfte mehr sein werden, als heute (Sel'skaja Shisn 5.12.78), die ihre Minimalrente von 60 Rubel (weniger als 50% des allgemeinen Durchschnittsverdienstes) durch Teilzeitweiterarbeit aufzubessern gezwungen sein werden.

Große Hoffnungen setzt die Bourgeoisie auf die „Einführung wissenschaftlicher Arbeitsorganisation“ und die Revision der „Arbeitsnormung sowie der Normung der Formen und des Systems der Entlohnung“. Seit Jahren beklagen die Sozialimperialisten einen „künstlichen Arbeitskräftemangel“, weil Betriebsleiter auf scharfe Pläne eher mit mehr Beschäftigten als mit Maßnahmen zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität reagieren.

Möglichkeiten der „Revision“ erläutert die Prawda am 17.2.79. Da der Staat Erträge, die über das im Plan festgelegte Verkaufsvolumen hinausgehen, mit Aufschlag bezahlt, konnten die Landarbeiter aus dieser Quelle ihren relativ geringen Lohn aufstocken. Laut Prawda wurden deshalb niedrige Planvereinbarungen, beispielsweise begründet mit schlechten Weiden, „Mode“; oder die Arbeiter wendeten Mühe nicht für die Planübererfüllung, sondern für ihre ertragreicheren privaten Nebenwirtschaften auf. Ein Parteisekretär aus Kirgisien schlägt deshalb vor, die Bezahlung an den Produktions*zuwachs* zu koppeln und überbetriebliche Normen aufzustellen. Für eine Melkerin etwa heißt das: *jeden* Liter Milch bekommt sie besser bezahlt, wenn sie aus einer Kuh im Durchschnitt mehr herausmelkt. Sie wird also ihre Kuh hegen und pflegen, vielleicht Tag und Nacht, und wird gegen ihr Kollegen aufgebracht sein, wenn das Futter nicht gut genug ist. Man kann sicher sein: die Normen werden hoch sein, weniger Arbeitskräfte werden mehr Arbeit leisten, und Mißtrauen und Konkurrenz der Arbeiter untereinander werden gefördert werden.

Ausbeutung der Landarbeiter ist die Quelle des Reichtums der Agrarkapitalisten



z.ger. Der Profit der Agrarkapitalisten wächst proportional zur Zahl der ausgebeuteten Lohnarbeiter (Schaubild links). Große Betriebsflächen sind nur die Voraussetzung, um durch Einsatz von Maschinerie die Rationalisierung voranzutreiben, die Zahl der Arbeiter je ha zu senken. Bei großen Anbauflächen sinken die Betriebskosten je ha der eingesetzten Maschinen, so daß der Agrarkapitalist die erhöhte Ausbeutung der Lohnarbeiter voll als Profit verbuchen kann (rechtes Schaubild). (Wir haben im linken Schaubild vom Betriebseinkommen ein Einkommen für die nicht-entlohnten Familienarbeitskräfte in Höhe des Einkommens der kleinen Landwirte, die praktisch keine fremde Arbeitskraft ausbeuten, abgezogen. Der Rest ist der Mehrwert.) Die industriemäßige Produktion auf großen Anbauflächen ist gegenüber der Kleinproduktion die fortschrittliche Betriebsweise. Die kleinen Landwirte wissen das. Die Agrarkapitalisten haben die Genossenschaften unter ihre Kontrolle gebracht, um den Zusammenschluß der kleinen Bauern zu verhindern. (Quellen: Agrarbericht 1979; Landwirtschaftskammer Kiel 1970)

Belgische Schüler, Eltern und Lehrer bekämpfen Rationalisierungsmaßnahmen im Bildungswesen

z.elb.Brüssel. Am 21.3. demonstrierten 10000 Schüler, Eltern, Lehrer und Kindergärtnerinnen in Brüssel zum Bildungsministerium; am 26.3. streikten die Lehrer im Bezirk Antwerpen und am 2.4. in Brabant; am gleichen Tag demonstrierten erneut 1000 in Brüssel. Die Forderungen sind u.a. die Einstellung von mehr Lehrern und Kindergärtnerinnen – in der Regel liegt die Gruppenstärke in den Kindergärten bei 30, manchmal bei 40 bis 45 Kindern –, Arbeitszeitverkürzung auf 36 Stunden pro Woche, die Aushandlung eines neuen Tarifvertrags für Lehrer für das Schuljahr 1978/1979. Hauptsächlich richtet sich dieser Kampf gegen das Anti-Krisen-Gesetz, in dem u.a. die Verminderung der Unterrichtsstunden für Schüler an traditionellen Mittelschulen von 36 auf 32 und an reformierten von 34 auf 32 zum 1. September 1979 angeordnet ist. Das wird die seit Anfang der 70er Jahre immens angestiegene Zahl der arbeitslosen Lehrer weiter anschwellen lassen. In der Provinz Henegouwen z.B. gab es 1972 58, 1977 schon 880 arbeitslose Lehrer. Verschärfung der Intensivierung der Arbeit sowohl für Lehrer als auch für Schüler bei gleichzeitiger weiterer Verschlechterung der Ausbildung, Druck auf das Lohnniveau der Lehrer ist der Zweck, den die belgische Bourgeoisie mit diesen Maßnahmen verfolgt, nachdem ihr schon einige Erfolge in der verbesserten Auslese der Schüler gelungen waren.

Ende der 60er Jahre begann die belgische Bourgeoisie unter der Losung – wie könnt' es anders sein –, „Chancengleichheit für die Kinder der unteren Schichten" zu schaffen, mit einer umfassenden Reform der Mittelschulen. Diese Schulen werden nach der Grundschule von allen Kindern ab 12 Jahren bis mindestens zum Ende der Schulpflicht mit 15 Jahren besucht; ihr Abschluß nach weiteren drei Jahren berechtigt zum Hochschulstudium. Wie bei der westdeutschen Oberstufenreform wurden vielfältige Fächerkombinationen ab dem dritten Schuljahr der Mittelschulen geschaffen. 84 Wahlmöglichkeiten – welch ein Fortschritt! Ein Fortschritt für die Bourgeoisie in der besseren Sortierung, Auslese und Konkurrenzverschärfung unter den Schülern.

Auf den heftigen Kampf der Schüler und Lehrer reagiert die Regierung mit Zugeständnissen: In ihrem Regierungsprogramm kündigt sie die Verlängerung der Schulpflicht um ein Jahr an, was eine Forderung der Gewerkschaften ist. 1800 neue Lehrerstellen allein an den flämischen Grundschulen sollen geschaffen werden. Das ist nichts anderes, als die Lehrer zu spalten und den Druck auf sie zu verschärfen. Denn immer öfter stellt die Regierung Lehrer mit 1-Jahres-Verträgen ein, die sie nicht verlängert. Für die Zeit nach den Osterferien haben die Gewerkschaften die Verschärfung der Kampfaktionen, einen nationalen Streik der Lehrer, angekündigt.

„Jugend forscht" – Monopolbourgeoisie eignet an

Spaltung der Jugend der Volksmassen / Züchtung von Bourgeoisnachwuchs

z.bil. Im 14. Jahr propagiert das Magazin „Der Stern": „Jugend forscht!" Schirmherren sind die Bundesregierung und die westdeutschen Monopolkapitalisten. Das Anfangsdatum dieser Veranstaltung läßt sich unschwer mit der Parole „Arbeiterkinder an die Universität" verbinden. Das industrielle Kapital konnte seinen Bedarf an Nachwuchs zu diesem Zeitpunkt nicht mehr aus den eigenen Reihen und denen der Töchter und Söhne der kleinen Handwerker und bankrotten Kleinkapitalisten befriedigen. Ende der 50er und Anfang der 60er Jahre erfolgt die „Öffnung der Hochschulen", das heißt, die Ersetzung der gesellschaftlichen Regelung des Nachwuchses über den Besitz durch die bürokratische Auslese an den Universitäten mit Numerus Clausus und schikanösen Prüfungsverordnungen. Die imperialistische Hirnverwindung, daß es die höchste Berufung des „Arbeiterkindes" ist, sich aus der Lage der Arbeiterklasse herauszuabiturieren, -promovieren, letztlich als Ordinarius und gewesenes „Arbeiterkind" die Gedanken der Bourgeoisie zu vertreten, atmet das „Jugend forscht"-Programm aus. Trotz Unterdrückung durch die Kapitalistenklasse ist es die Jugend der arbeitenden Klassen, die die produktiven Potenzen ausbildet. Der eigene Nachwuchs der Bourgeois, geübt in Unterdrückung und Luxusvöllerei, ist unfähig dazu. Der Spruch von der Dummheit der Bourgeoiszöglinge, die sich mit dem Geld der Eltern die Doktorhonorierung kaufen, hat die Festigkeit einer Volksweisheit. Er entspricht der Verfaultheit und Versippung der Kapitalistenklasse. Mit „Jugend forscht" oder dem zweiten Programm „Schüler experimentieren" sucht sich die Kapitalistenklasse die produktiven Potenzen der Kinder und Jugend der Volksmassen anzueignen, und das billig.

„Aufgabe ist allein, etwas zu erforschen, wobei sorgfältiges Beobachten, Fragen stellen, Antworten suchen ja auch Forschung ist. Das Thema muß sich nur in die sechs Fachgebiete Biologie, Chemie, Geo- und Raumwissenschaften, Mathematik / Informatik, Physik und Technik einordnen lassen", wirbt „Schüler experimentieren". Jährlich ca. 1500 Jugendliche nehmen an „Jugend forscht" teil. Die „Partner"kapitalisten vergeben die Aufträge, der Bundesminister für Forschung und Wissenschaft macht den Vorsitz des Kuratoriums der Stiftung „Jugend forscht". Preise von 3000 DM für den Bundessieger bis 1000 DM für den zweiten und dritten Platz werden vergeben. 1977 dazu eine Reise zum König von Schweden, 1976 eine Studienreise durch Persien bis zum Kaspischen Meer.

Die Wünsche der Kapitalisten: Unter dem Thema Chemie wird vorgeschlagen: „Versuche zur Luftverschmutzung und -reinigung", „Vergleich von Nylon und Baumwolle", unter Geo- und Raumwissenschaften: „Berechnung der Umlaufbahnen der Planeten unseres Sonnensystems und deren Monde"; unter Mathematik: „Computersimulation für elektronische Schaltelemente"; in Physik: „Elektrische Leitfähigkeit und Wärmeleitfähigkeit", „Fahren mit Druckenergie"; in Technik: „Zählen mit einer Photozelle", „Untersuchung am Zweitaktmotor", „Bau und Entwicklung eines Datensichtgerätes", der Bau eines Motors auf der Basis des Unterdrucks (Ammoniak); und unter dem „Sonderthema" „Verbesserungen für die Arbeitswelt": „Der Einfluß von Hitze und Klima auf das Verhalten des Menschen am Arbeitsplatz", „Arbeitsumwelt: Klima und Beleuchtung".

Die Ergebnisse: Ein 12-jähriger Schüler entwarf einen Flughafen mit schrägen Start- und Landebahnen. Energieeinsparung durch geringeren Treibstoffverbrauch beim Start, Verkürzung der Start- und Landebahnen und trockene Pisten ist das Ergebnis der Forschung, dessen sich die Direktion des Flughafens München-Riem angenommen hat. In Oberursel betreibt die Stiftung Volkswagenwerk ein Institut für Bienenforschung. Von rund 20000 Bienensorten gibt es nur 3 Honigbienenarten. Die Riesenhonigbiene aus Sri Lanka wird in Oberursel „erforscht". Seit fünf Jahren vernutzen Institutsleitung und Volkswagenstiftung die Arbeitskraft der Schüler der Gesamtschule dort 8 Stunden wöchentlich für Forschungsarbeit (siehe Bild). Einige Schülerinnen verausgaben ihre gesamte Arbeitskraft auch nach der Schule in dem Institut. Sie beteiligen sich mit den Ergebnissen an „Jugend forscht". „Sie liefern uns brauchbare Ergebnisse aus Vorversuchen, zu denen uns die Zeit fehlt", kommentiert der Dozent des Instituts. Eine andere Schülerin untersuchte auf dem bäuerlichen Hof das Legeverhalten der Hühner mit Musik und ohne Musik. Ergebnis: die Hennen mit Musikgeräusch legten in 145 Tagen 950 Eier mehr.



„Patenfirmen" von „Jugend forscht" 1979

Baden-Württemberg	*Nordrhein-Westfalen*
Daimler-Benz AG	Thyssen
IBM Deutschland	Bayer AG
	Adam Opel AG
Bayern	Leybold Heraeus
Messers.-Bölk.-Blohm	Henkel
MAN	Feldmühle AG
Grundig AG	
Augsburger Allgemeine	*Rheinland-Pfalz*
	BASF
Hessen	Bitburger Brauerei
Hoechst AG	Stadtwerke Mainz
Behringwerke	
Honeywell	*Saarland*
	VFW Fokker
Hamburg	Ford Werke
Beiersdorf	AEG Telefunken
Hamb. Elektr.werke	Rank Xerox
	Villeroy & Boch

1. Mai – Die Arbeiterjugend fordert Existenzlohn

r.woh 5 Schülervertreter der Handelslehranstalt II in Münster haben Anfang April erklärt, sie werden die Forderung: „600 DM Existenzlohn für Lehrlinge" auf der Demonstration am 1. Mai tragen. Am gleichen Tag hat die Jugendvertretung des Bremer Vulkan in ihrem Beschluß zum 1. Mai die Forderung erhoben „Existenzlohn für Lehrlinge, heute 700 DM". Der Vertrauensleutekörper des Bremer Vulkan hat diese Forderung auf seiner Sitzung am 11. April ausdrücklich unterstützt.

Während die Arbeiterbewegung darauf geht, den 1. Mai für den Kampf um die Durchsetzung des Existenzlohnes zu nutzen und bereits eine günstige Beschlußlage geschaffen hat, lassen die Kapitalisten nichts unversucht diesen

zu drücken, auf jeden Fall immer dann, wenn der Lehrling nicht in der Gewerkschaft sei oder aber kein allgemeingültiger Tarifvertrag existiere („... das wird häufig der Fall sein", so die IHK).

Die „Ausbildung" ist den Kapitalisten in erster Linie willkommener Anlaß für besonders schlechte Entlohnung der jugendlichen Arbeitskraft. Für die Vulkan-Kapitalisten bringen die Lehrlinge nach einer Berechnung der Jugendvertretung pro Jahr 1555200 DM. Für die Gildemeister Max Müller Kapitalisten in Hannover schafft der Lehrling insgesamt 6155 DM, nach einer vorsichtigen Berechnung. Es wird eher mehr sein. Im

sche Schaltelemente"; in Physik: „Elektrische Leitfähigkeit und Wärmeleitfähigkeit", „Fahren mit Druckenergie"; in Technik: „Zählen mit ei-

ten der Hühner mit Musik und ohne Musik. Ergebnis: die Hennen mit Musikgeräusch legten in 145 Tagen 950 Eier mehr.

1. Mai – Die Arbeiterjugend fordert Existenzlohn

r.woh 5 Schülervertreter der Handelslehranstalt II in Münster haben Anfang April erklärt, sie werden die Forderung: „600 DM Existenzlohn für Lehrlinge" auf der Demonstration am 1. Mai tragen. Am gleichen Tag hat die Jugendvertretung des Bremer Vulkan in ihrem Beschluß zum 1. Mai die Forderung erhoben „Existenzlohn für Lehrlinge, heute 700 DM". Der Vertrauensleutekörper des Bremer Vulkan hat diese Forderung auf seiner Sitzung am 11. April ausdrücklich unterstützt.

Während die Arbeiterbewegung darauf geht, den 1. Mai für den Kampf um die Durchsetzung des Existenzlohnes zu nutzen und bereits eine günstige Beschlußlage geschaffen hat, lassen die Kapitalisten nichts unversucht diesen Kampf zu zersetzen. Dabei gehen die Kapitalisten gleich noch ein Stück weiter. Nicht nur die Durchsetzung des Existenzlohnes wollen sie verhindern, wo möglich sollen die erkämpften Löhne wieder umgestoßen werden. Von den Chemiekapitalisten ist bekannt, daß die Jugendlichen ohne Hauptschulabschluß schon nur noch 90% des tariflichen Lehrlingslohnes im ersten Jahr zahlen. Allein bei der BASF werden so 200 Jugendliche ausgebeutet. Die IHK Niedersachsens kommt in einer Untersuchung vom April 1979 gleich zu dem Schluß es müsse möglich sein den Lehrlingslohn auch um 15% zu drücken, auf jeden Fall immer dann, wenn der Lehrling nicht in der Gewerkschaft sei oder aber kein allgemeingültiger Tarifvertrag existiere („... das wird häufig der Fall sein", so die IHK).

Die „Ausbildung" ist den Kapitalisten in erster Linie willkommener Anlaß für besonders schlechte Entlohnung der jugendlichen Arbeitskraft. Für die Vulkan-Kapitalisten bringen die Lehrlinge nach einer Berechnung der Jugendvertretung pro Jahr 1555200 DM. Für die Gildemeister Max Müller Kapitalisten in Hannover schafft der Lehrling insgesamt 6155 DM, nach einer vorsichtigen Berechnung. Es wird eher mehr sein. Im Handwerk muß diese unbezahlte Mehrarbeit noch erheblich größer sein. Schau man sich die Lehrlingslöhne an: 574 DM bekommt ein Lehrling im 3. Ausbildungsjahr in der Metallindustrie; 687 DM in der Druckindustrie; 577 DM bei Peine & Salzgitter; 1978 bei Klempnern 375 DM und Kfz.-Handwerk 370 DM. Die Löhne sind so niedrig, daß die Eltern erheblich zubuttern müssen und die ungleichen Löhne innerhalb der verschiedenen Gewerke sind obendrein nur für eine Spaltung der Arbeiterjugend gut. Die Forderung nach Existenzlohn für Lehrlinge ist daher vollständig gerecht.

„Patenfirmen" von „Jugend forscht" 1979

Baden-Württemberg: Daimler-Benz AG, IBM Deutschland
Bayern: Messers.-Bölk.-Blohm, MAN, Grundig AG, Augsburger Allgemeine
Hessen: Hoechst AG, Behringwerke, Honeywell
Hamburg: Beiersdorf, Hamb. Elektr.werke
Nordrhein-Westfalen: Thyssen, Bayer AG, Adam Opel AG, Leybold Heraeus, Henkel, Feldmühle AG
Rheinland-Pfalz: BASF, Bitburger Brauerei, Stadtwerke Mainz
Saarland: VFW Fokker, Ford Werke, AEG Telefunken, Rank Xerox, Villeroy & Boch



Ausbau der Heime hin zur Arbeitserziehung

r.klm. Der Birkenhof brachte es an den Tag: Fürsorgeerziehung in Niedersachsen entspricht nicht mehr den Anforderungen der Bourgeiosie. Remmers hat eiligst eine Kommission berufen. Danach sollen geschlossene und offene Formen der Heimerziehung zusammengefügt werden. „Die Größe solcher Heime ist bis zu 200 Plätzen denkbar." Weiter die Kommission: „Man darf nicht – wie heute noch oft praktiziert irgendwann an unterster Stelle der Skala ankommen – bislang heißt das meist: ‚geschlossenes Heim'." Nun also umgekehrt: Erst geschlossenes Heim, dann hochdienen und Lockerungen. Das ist Gefängnis. Durch eine Massierung der Kontrolle sollen mehr Jugendliche der Arbeitserziehung zugeführt werden. Hierzu ist es nötig, daß noch mehr Jugendliche verfolgt werden.

Die Schärfe zeigte erst jetzt ein Richter, der „Milde" walten ließ. Die „Hannoversche Allgemeine Zeitung" (HAZ) versuchte wegzulügen, daß in einem sog. vereinfachten Jugendgerichtsverfahren ein Schuldspruch gegen ein Mädchen gefällt wurde, was schlicht gesetzwidrig ist. Am 19.4. berichtete die HAZ, daß das Mädchen mit einer Verwarnung davon gekommen sei, tatsächlich wurde sie aber zur Bewährung abgeurteilt, was praktisch eine ständige Bedrohung bei neuer „Auffälligkeit" bedeutet.

Remmers Kommissionäre wollen für diese Jugendlichen ein „Verbundsystem verschiedener Erziehungs- und Lebensformen" mit „großer Bandbreite am gleichen Ort." Also Knast für die Jugend mit der Möglichkeit, durch Arbeitserziehung und Anpassung in lockere Form des Lebens entlassen zu werden. Remmers im Landtag: „Heimerziehung muß aus der Rolle heraus, die sie hat." Die Unterdrückung und Ausbeutung alter birkenhofscher Art, aus dieser Rolle muß sie raus. Sie bringt nichts und kostet nur (Gesamtkosten der Heimunterbringung in der BRD 1976 1044 Mio. DM). Dabei soll aber für die Kapitalisten was rausspringen. Das ist das Geschäft, das Remmers zu besorgen hat. Die Kommission schlägt ihm auch entsprechendes vor: Man solle „... in diesem Bereich neue und in Bezug auf das Arbeitsrecht unkonventionelle Gedanken... entwickeln ...". Arbeitslager für die Jugend der Arbeiterklasse werden die Gedanken Remmers dabei sein.

Umwandlung der Ausbildungszeit in Arbeitszeit geplant

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!
Kommunistische Volkszeitung
Spezialnachrichtendienste 06: Ausbildung, Schulen, Schüler / Staatl. u. kirchl. Fürsorge sowie Gefängnisse
Herausgeber: Kommunistischer Jugendbund Südostniedersachsen
Kreisausgabe Braunschweig
9.4.1979
Jg. 2 Nr. 7

jib. Der Lohnabschluß im Öffentlichen Dienst hat für die Masse der Beschäftigten eine erneute Lohnsenkung gebracht. Er liegt noch unter dem Abschluß der Metallindustrie. Außerdem wurde die von der ÖTV geforderte Rücknahme der 1977 beschlossenen absoluten Lohnsenkung der Krankenpflegeschüler von 11,1%, d.h. über 100 DM, nicht durchgesetzt, sondern es wird lediglich die 4%-Erhöhung auf die zuletzt geltenden Sätze angewendet. Damit werden die Krankenpflegeschüler weiter abgedrückt, denn die 4% sind brutto nicht mehr als 27,71 DM im 1. Lehrjahr. Sie erhalten also noch weniger als die Auszubildenden, die durchschnittlich 40 DM mehr bekommen sollen.

Gleichzeitig mit diesen Lohnsenkungen ist der staatliche Dienstherr in den letzten Jahren dazu übergegangen, die Lernzeit der Krankenpflegeschüler in möglichst viel Arbeitszeit zu verwandeln. In den Braunschweiger Krankenhäusern sind 65 Stellen im Stellenplan durch Krankenpflegeschüler abgedeckt. 3 Krankenpflegeschüler ersetzen eine Vollkraft. Rund 200 Krankenpflegeschüler werden auf diese Weise billig vernutzt. Seit November letzten Jahres plant die Dienstaufsicht, die Schüler auch Nachtwache machen zu lassen. 42 Nächte sollten die Schüler in drei Jahren wachen. Die Schulstunden sind auf 190 Tage in 3 Jahren gekürzt worden (früher konnten die Schulschwestern unbegrenzt Unterricht ansetzen).

Gegen diese Maßnahme der Dienstaufsicht hat es scharfe Proteste gegeben. Mehrere Kurse der Krankenpflegeschule in Braunschweig und auch die Personalversammlung im Herbst letzten Jahres haben sich gegen den Einsatz als Nachtwache und gegen die Anrechnung der Krankenpflegeschüler auf den Stellenplan ausgesprochen. Auch die Rücknahme der Senkung des Krankenpflegeschülertarifs wurde so stark gefordert, daß die ÖTV-Tarifkommission diese Forderung mit aufnehmen mußte. Der staatliche Dienstherr kommt dadurch in starke Bedrängnis. Er sucht seine Ziele deshalb mit Hilfe von Gesetzesmaßnahmen durchzusetzen.

Er wollte ursprünglich die weitere Lohnsenkung der Krankenpflegeschüler durch die Bezahlung nach BAFöG erreichen, denn der BAFöG-Höchstsatz liegt heute bei 580 DM, während heute eine Lernschwester 911,69 DM bekommt. Diese Senkung zusätzlich zu der letzten von 1977 konnte der Dienstherr nicht durchsetzen. Deshalb versucht er jetzt verstärkt, die Lernzeit in Arbeitszeit zu verwandeln. Am 16.2.79 wurde ein neues Krankenpflegegesetz im Bundestag in 1. Lesung behandelt. „Die Auszubildenden in der Krankenpflege nähmen dabei im wesentlichen die gleichen Aufgaben wahr wie das ausgebildete Krankenpflegepersonal, eine Anrechnung auf den Stellenplan sei allgemein üblich. Ihre Tätigkeit habe für den Ausbilder einen gewissen wirtschaftlichen Wert im Gegensatz zu den Schülern, die sich vor allem auf das Lernen beschränken" (wird als Begründung angeführt). Die Auszubildenden werden deshalb nicht als „Schüler" behandelt, weil ihr Einsatz als Arbeitskraft dadurch rechtlich nur eingeschränkt möglich ist. Damit entfällt zwar die Bezahlung nach BAFöG. Aber der uneingeschränkte Einsatz von Auszubildenden als frische Arbeitskräfte wäre gesichert.

Die Forderungen der Krankenpflegeschüler:
– Kein Nachtwacheneinsatz für Schüler
– Schüler runter vom Stellenplan
– Rücknahme der Senkung des Krankenpflegeschülertarifs

sind den Plänen der Kapitalisten nach Lohnsenkung und rascher Vernutzung der jugendlichen Arbeitskraft entgegengesetzt. Deshalb müssen sie am 1. Mai unterstützt werden.

IG Metall für Lernmittelfreiheit

Bruchsal. 2.4.79. Eine Aktion zur Durchsetzung der Lernmittelfreiheit haben Jugendvertreter von Siemens Bruchsal und SMG Wiesental, unterstützt von der IG Metall, an der Gewerbeschule Bruchsal durchgeführt. Diese Aktion richtete sich gegen jährlich zu zahlende 25000 DM für Fotokopien sowie gegen das sogenannte Bonussystem, wonach 50% der Kosten für Lernmittel von Eltern und Schülern, 50% vom Landkreis, dem Schulträger, bezahlt werden. In einem offenen Brief fordert die IG Metall auf, „dafür zu sorgen, daß Kopien und Bücher an den Berufsschulen kostenlos zur Verfügung gestellt werden". Gegen die Aushöhlung der Lernmittelfreiheit hat die Klasse III Mmrl durchgesetzt, daß sie den „Pneumatik-Lehrgang" (4,55 DM) jetzt kostenlos bekommt.

Besatzertruppen – Reserven gegen den Klassenkampf im fremden Land und eigenen Land

z.scc. Daß die westdeutsche und Westberliner Arbeiterklasse keinerlei Interesse an der Stationierung femder Truppen in der BRD und in Westberlin hat, ist allemal richtig. Die über 350000 Mann starken US-amerikanischen, britischen, französischen, belgischen, niederländischen und kanadischen Truppen sind ein gefährliches Faustpfand gegen die proletarische Revolution.

Nicht nur gegen die Revolution in Westdeutschland. Stationiert auf fremdem Boden, von allen Verbindungen zu den arbeitenden Klassen, denen sie in ihrer Mehrzahl ja entstammen, nahezu vollständig abgeschnitten, als Besatzertruppen in doppelt feindlichem Gegensatz zu den westdeutschen Volksmassen, dienen sie als Reservetruppen gegen den Klassenkampf im eigenen Land.

Als sich im Winter 1960/61 die belgische Arbeiterklasse gegen das „Einheitsgesetz", ein wahrhaft gewaltiges Ausplünderungsprogramm, erhob, die Reichswache den Generalstreik, die Demonstrationen von Hunderttausenden nicht niederschlagen konnte, rief die Regierung die belgischen Truppen aus Westdeutschland zurück. Als im Mai '68 die französische Regierung unter dem revolutionären Ansturm der Arbeiter und Studenten wankte, eilte de Gaulle nach Westdeutschland, um mit den Generälen der französischen Besatzertruppen – bis auf den heutigen Tag erfahrene Kolonialoffiziere – den möglichen Einsatz eben dieser Besatzungstruppen vorzubereiten.

Vom Ende des zweiten Weltkriegs an bis 1973 war praktisch das gesamte belgische Landheer in Nordrhein-Westfalen, Hessen und Niedersachsen stationiert. Erst 1973 wurde eine erste Brigade nach Belgien verlegt. Knapp 30000 Soldaten, die Hälfte von ihnen Wehrpflichtige, sind heute noch in Westdeutschland stationiert, dazu rund 28000 Angehörige der Berufssoldaten, dazu ein paar hundert Pfaffen, Lehrer usw. Praktisch jeder belgische Wehrpflichtige kann nach Westdeutschland gezwungen werden, und tatsächlich werden drei von acht zu den Besatzungstruppen gezogen. Um den rechten „Anreiz" zu geben, hat die Bourgeoisie für diese Wehrpflichtigen die 10monatige Dienstzeit auf acht Monate verkürzt. Doppelt unerträglich jedoch sind die Kasernenisolierung, der niedrige Sold, die politische und ideologische Unterdrückung.

75 bfr (10 bfr = 63 Pfg.) pro Tag in den ersten zwei Monaten, dann 100 bfr bekommt der eingezogene junge Arbeiter, der vorher das 15- bis 16-fache verdient hat. Noch weniger bekommt sein französischer Klassengenosse, nämlich 242,35 F im Monat, nicht einmal 110 DM, dazu 12 DM „Auslandszulage" für die über 38000 Wehrpflichtigen bei den französischen Besatzertruppen in Westdeutschland (Gesamtstärke: 67600). Und selbst diesen Elendssold konnte die französische Soldatenbewegung erst nach langen, verbissenen Kämpfen Anfang 1977 durchsetzen. Bis dahin bekamen die Soldaten ganze 2,50 F am Tag: 1,30 DM.

Schon der Sold also macht es den Wehrpflichtigen praktisch unmöglich, die Kasernen, in denen sie zu sechs Mann auf dem Zimmer eingepfercht leben, zu verlassen. Die Vorschrift, daß in den ersten Monaten ihrer Dienstzeit die Soldaten nur in Uniform das Kasernengelände verlassen dürfen, tut ein Übriges. Wer gibt sich, ist er nicht ein ausgemachter Reaktionär, schon gern als Angehöriger einer Besatzungstruppe deutlich erkennbar unter die Volksmassen? Die Verbindungen zu den Angehörigen, Freunden, Kollegen aufrechtzuerhalten, ist für die im Ausland stationierten Soldaten nahezu unmöglich. Zehn Tage Urlaub haben z.B. die belgischen Wehrpflichtigen. Sind sie in Belgien stationiert, können sie in der Regel fast jedes Wochenende nach Hause. Sind sie nach Westdeutschland eingezogen, durchschnittlich ein Wochenende im Monat.

Mit einem bis zu sechs Monaten Gefängnis bestraft die belgische Bourgeoisie, wenn ein Soldat einen höheren Dienstgrad beleidigt, mit bis zu zwei Jahren, wenn er es während des Dienstes tut. Drei Monate bis drei Jahre stehen auf Gehorsamsverweigerung; Mord an einem höheren Dienstgrad, und nur diesen Fall, verfolgt die Militärjustiz mit der Todesstrafe. Disziplinverstöße, Desertationen usw. sind bei den Besatzertruppen in einem höheren Maß als gewöhnlich in den imperialistischen Armeen an der Tagesordnung – entsprechend drakonisch sind die Strafen, mit denen die imperialistischen Staaten, die sich Besatzertruppen halten, jede Form der Rebellion zu unterdrücken suchen.

Daß die Rebellion in ihren vielfältigsten Formen zunimmt, bewußter wird, daß sich die wehrpflichtigen Soldaten unter politischen Forderungen zusammenschließen, können sie dabei nicht verhindern. Den Anfang 1976 veröffentlichten „Appell der 100" unterschrieben binnen kurzem 5000 französische Soldaten: Freie Wahl des Datums des Einzuges innerhalb eines Alters zwischen 18 und 25 Jahren! Kündigungsrechte für Freiwillige! Keine Einziehung ins Ausland! Vollständige Informationsfreiheit und Freiheit der politischen Meinungsäußerung! Abschaffung aller Militärgerichte! Auflösung der Militärpolizei! Einen Sold entsprechend den Mindestlöhnen! Kostenlose Heimfahrt!

1. Maivorbereitung in der Frieslandkaserne

Lohnfortzahlung, Kündigungsrecht, 1500 DM Steuerfreibetrag

r.wik. Die Manöver des Kriegsministeriums gegen die Forderungen der Soldaten nach Erhöhung des Spottgeldes Wehrsold, wie auch gegenüber dem zunehmenden Verlangen nach „Dienstausgleich", nehmen vielfältige Formen an. „Der Dienst an Bord muß bei der Bundesmarine attraktiver werden," der Marineadmiral Luther nannte einen Grundbetrag von 120 DM, mit dem, zusätzlich zur gezahlten Bordzulage von 105 DM, die Marinesoldaten für die imperialistischen Ziele auf den Weltmeeren geködert werden sollen. Bei der Luftwaffeneinheit in Aurich werden 60 – 70 Stunden Dienst pro Woche abgeleistet. Seinen Vorschlag der „Überstundenabgeltung" will Apel am 1. Mai in Aurich propagieren um mit Pfennigbeträgen den Dienst ins Uferlose zu steigern und auf die absolute Zwangsverpflichtung im Kriegsfall vorzubereiten.

Spaltung oder Einheit zwischen Wehrpflichtigen und Zeitsoldaten, so stellt sich die Frage bei der Erhebung der Forderungen nach der Erhöhung des Wehrsolds und gegen die Ausweitung des Dienstes über 40 Stunden hinaus. In der Friesland-Kaserne in Varel haben acht Soldaten eine Resolution unterstützt, die sich gegen die Absicht der Spaltung zwischen Zeitsoldaten und Wehrpflichtigen richtet und die enge Verbindung mit der Arbeiterbewegung sucht: „Am 1. Mai, dem Tag, an dem Millionen Arbeiter auf der ganzen Erde ihre Forderungen gegenüber ihren Fabrikherren vertreten, müssen auch die Soldaten für ihre Rechte eintreten. Zum einen deshalb, um zu zeigen, daß die Soldaten zum größten Teil in Uniformen gesteckte Arbeiter sind, die die Forderungen des Volkes unterstützen, zum anderen deshalb, um gegen die besondere Unterdrückung der Soldaten anzugehen. Darum fordern wir:

– Lohnfortzahlung für Wehrpflichtige – jederzeitiges Kündigungsrecht für längerdienende Soldaten.
– vollständiger Dienstausgleich für Dienst über 40 Stunden.
– freie politische und gewerkschaftliche Betätigung.
– gegen die dauernden Lohnsenkungen ist es richtig, die Lohnforderungen der Arbeiter zu unterstützen – um der Steuerausplünderung Schranken zu setzen, ist ein Steuerfreibetrag von 1500 DM richtig.
– Um die Unabhängigkeit der kämpfenden Völker zu unterstützen, ist es richtig, von der Bundesregierung die Einhaltung der Beschlüsse der UNO-Generalversammlung zu fordern, die den Abbruch der Beziehungen zu den rassistischen Regimes in Südafrika beinhaltet. Desgleichen muß ein Lieferstopp für deutsche Militärlastwagen, die einen Kranz für schwere MG haben, über Südafrika verhängt werden."

Diese Resolution mit der sich die Soldaten an den DGB und die Betriebsräte wenden und die auf der DGB-Versammlung in Varel und Hannover von Soldaten verlesen werden soll, ist nur durch vorzeitige Auflösung nicht auf der Mannschaftsversammlung der Instandsetzungskompanie verabschiedet worden. In den Kasernen wird jetzt in den verschiedenen Einheiten über die Teilnahme an den gewerkschaftlichen Maidemonstrationen in Uniform gesprochen. Dies wird die Einheit zwischen Arbeiterbewegung und Soldatenbewegung fördern und gleichzeitig die passende Antwort auf die von Apel direkt nach dem 1. Mai im Nord-Westraum Niedersachsens großangelegte öffentliche Vereidigung der in die Bundeswehr gepreßten jungen Arbeiter geben.

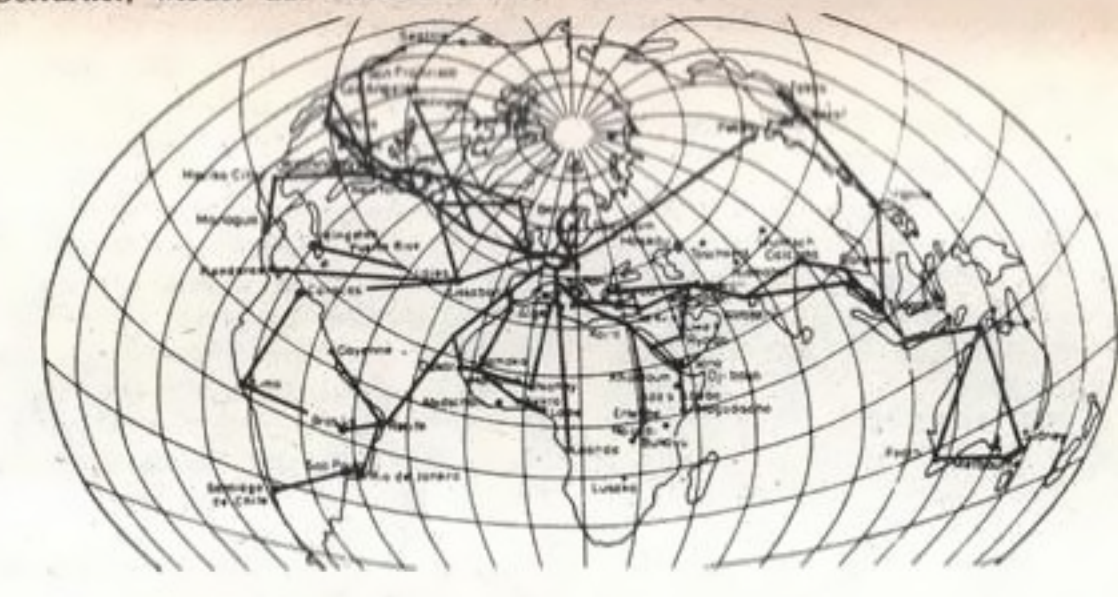
„Lufttransportgeschwader (LTG) 61"

z.job. „Der Einsatzraum des Lufttransportgeschwaders 61, stationiert auf dem Fliegerhorst Landsberg, umspannt einen großen Teil des Globus", beginnt die Offizierszeitschrift „Truppenpraxis" im Aprilheft einen Artikel über die Geophysikalischen Beratungsstellen der Bundeswehr, die u.a. die Flugwetterberatung durchführen. Routineflüge gehen nach Sardinien, Portugal, Kreta und USA, für Personalaustausch und Versorgung der dort stationierten westdeutschen Armeeeinheiten. In Afrika werden „häufig" angeflogen: Niger, Obervolta, Mali, Senegal und Mauretanien (im Rahmen der „Dürrehilfe").

Dem Lufttransportkommando in Münster sind neben dem LTG 61 in Landsberg das LTG 63 in Hohn (Schleswig-Holstein), ein Hubschraubertransportgeschwader, die „Flugbereitschaft BMVg" (Flüge bei Staatsbesuchen u.dgl.) sowie die Flugzeugführerschule (FFS) ‚S' der Bundeswehr in Wunstorf unterstellt. Der FFS ‚S' obliegt die Pilotenausbildung, soweit sie nicht in NATO-Ausbildungsstätten in den USA stattfindet.

„Die Bedeutung der teilweise weltweiten humanitären Hilfsflüge der Transportgeschwader für das Ansehen der deutschen Luftwaffe und der Bundesrepublik im Ausland kann nicht hoch genug eingeschätzt werden", schrieb die „Truppenpraxis" 1978, als das 20jährige Bestehen des LTG 61 gewürdigt wurde. Es war der erste fliegende Verband der Bundeswehr nach dem verlorenen imperialistischen Krieg. Die Liste der (bekannten) Einsätze ist lang und umfaßt alle fünf Kontinente: Seit 1958 regelmäßige Versorgungsflüge in die Türkei; „Erdbebenhilfe" in Marokko 1959; 1963 „die ersten Wüstenerfahrungen gesammelt" bei Einsätzen nach Lagos, Conakry und Khartoum; Juni 1967 „schneller Einsatz nach Kreta, um deutsche Staatsangehörige aus Nah-Ost zu evakuieren"; 1976 Errichtung der bisher größten Luftbrücke in die Osttürkei, wieder zur Erdbebenhilfe; 1977 Flüge zur „Hilfe" für Rumänien. Das Amt für Wehrgeophysik der Bundeswehr in Porz-Wahn stellt für diese Flüge genaue Angaben über Geographie und Orographie (Oberflächenformen) von Flugstrecken und Zielgebiet und über die klimatologischen Verhältnisse der Landeplätze und Ausweichplätze zur Verfügung und wertet die Erfahrungen aus.

Die zentralen militärischen Aufgaben der Lufttransportgeschwader sind, Einsatzverbände zu verlegen und zu versorgen und Luftlandetruppen abzusetzen und zu versorgen. Dafür können sicher die Einsätze über den ganzen Globus „nicht hoch genug eingeschätzt werden".



Wachsender Druck der Supermächte auf Skandinavien

Sowjetunion probt die Invasion Schwedens / US-Vizepräsident lockt

z.coi. Ohne die Beherrschung der nördlichen Flanke Europas ist für beide Supermächte eine siegreiche Entscheidung in Mitteleuropa, dem Brennpunkt ihrer imperialistischen Interessen, nicht möglich. Über die NATO-Mitgliedschaft Dänemarks und Norwegens mit der so gewonnenen Kontrolle über den Zugang zur Ostsee und zur Barentssee im nördlichen Teil hat sich der US-Imperialismus sowohl einen Schutzschild gegenüber der imperialistischen Konkurrenz geschaffen, als auch gleichzeitig die Ausgangspositionen, um im Kriegsfall gegen dessen Nachschublinien in der Ostsee zuzuschlagen und dann selbst den gesamten Ostseeraum zu beherrschen. Die Bemühungen der Sowjetunion zielen darauf ab, ihre Nordmeerflotte bei Murmansk weiter aufzubauen, um die Hegemonie des US-Imperialisten im Nordatlantik zu brechen und Europa von den amerikanischen Nachschublinien abtrennen zu können. Die Proteste der norwegischen Regierung gegen den Raub von norwegischem Territorium im Nordmeer lassen sie kühl, müssen sie eh das Länderdreieck Schweden, Finnland und Norwegen im Ernstfall besetzen, um den Zugang ihrer Flotte zum Atlantik zu sichern.

Gleichzeitig bauen sie ihre Ostseeflotte auf. Auch hier liegen die militärischen Notwendigkeiten auf der Hand. Im Ernstfall wird die Ostsee zum sowjetischen Binnenmeer erklärt.

Die gegenwärtige Expansion der Sozialimperialisten stößt zwangsläufig auf den Widerstand der Länder Skandinaviens. Auf die Einschleusung von sechs mit atomaren Raketen bestückten U-Booten in die Ostsee hat Schweden, unterstützt von Norwegen, mit der Forderung nach einer atomwaffenfreien Zone einschließlich der Ostsee und der Kola-Halbinsel geantwortet. Die Sozialimperialisten haben mit ihrer inzwischen notorischen Gangsterlogik erklärt, die SU sei „eine Nuklearmacht und deshalb könne ihr Territorium oder ein Teil davon weder in eine kernwaffenfreie Zone noch in eine angrenzende sogenannte Sicherheitszone einbezogen werden. Man könne nicht die Handlungsfreiheit eines Atomwaffenstaates einschränken nur deswegen, weil dieser an eine atomwaffenfreie Zone grenze". (Neue Zürcher Zeitung, 10.12.78) Stattdessen erklären sie sich bereit, ein kernwaffenfreies Skandinavien mit ihrer Atommacht zu garantieren. Allerdings verlangen sie ergänzend, daß Norwegen und Dänemark ihre nur „einseitig übernommenen Verpflichtungen", in Friedenszeiten keine Atomwaffen auf ihren Territorien zu lagern, „international garantieren sollen. Sie versuchen Kapital aus der Bewegung der dänischen und norwegischen Volksmassen gegen die Kernwaffen und für den Austritt aus der NATO zu schlagen.

Ein Hindernis für das Vormachtstreben beider Supermächte in Nordeuropa sind die bündnisfreien Länder Finnland und Schweden. Die Sozialimperialisten haben aber bereits Fortschritte erzielt, Finnlands Neutralität zu untergraben. Den Beistands- und Freundschaftspakt von 1948 haben sie durch Erpressung verändern können, sodaß die Anerkennung von Finnlands Neutralität aus der Präambel gestrichen ist und daß die SU Finnland „im Bedarfsfall" auf finnischem Territorium „verteidigen" darf. Das Angebot, gemeinsame Manöver durchzuführen, stellte den bisher weitestgehenden Versuch dar, die finnische Armee zu „integrieren".

Gegenüber Schweden haben die Sozialimperialisten bisher keine nennenswerten politischen Konzessionen durchsetzen können. Das läßt sie immer ungenierter die militärische Invasion proben. Im Sommer 1978 führten sie ihr bisher größtes Luft- und Seelandemanöver in der Ostsee durch. Provokativ nahe an der schwedischen Insel Gotland bewegte sich ein sowjetischer Flottenverband rasch auf die vor Riga liegende Insel Ösel zu, um sie im Blitzeinfall einzunehmen. „Die Verteidigungsseite bestand aus leichten Seestreitkräften (u.a. Torpedobooten und Raketenbooten), U-Booten und Flugzeugen" (Flygvappennytt 4/78), was der Zusammensetzung der schwedischen Marine entspricht. Nicht von ungefähr stellte also der schwedische Befehlshaber in seinem im Februar herausgegebenen Perspektivplan für die 80er und 90er Jahre fest: „Das militärische Interesse der Supermächte für das Gebiet wächst ... die Großmachtblöcke organisieren Verbände, rüsten und bilden sich für die Invasion aus ... Wir müssen mit einer Invasion als realer Möglichkeit, uns zu bezwingen, rechnen." Eine Invasion ist tatsächlich ein Risiko. Schweden hat eine entwickelte Rüstungsindustrie mit moderner Kampfflugzeugproduktion (Saab) als Rückgrat. Innerhalb von 72 Stunden kann die Armee von 65000 auf fast 80000 Mann mobilisiert werden.

Der US-Imperialismus seinerseits will das schwedische Potential an seine Seite und Finnland aus dem Einzugsbereich der Sowjetunion ziehen. Die Hebel sind ökonomischer Natur. Der US-Vizepräsident Mondale hat bei seinem Besuch in Stockholm letzte Woche der dortigen Bourgeoisie Handelspräferenzen für Spezialstahl aus ihren krisengeschüttelten Stahlküchen in Aussicht gestellt und dabei die schwedisch-amerikanische Freundschaft penetrant gepriesen. Von Stockholm ist Mondale nach Helsinki weitergereist.



Britische Metallarbeiter fordern nach 5%-Abschlüssen weitere Lohnerhöhungen

z.acr.London. Vom 6.4. bis 19.4. streikten 7000 Arbeiter der zu Massey-Ferguson gehörenden Perkins-Dieselmotorenwerke in Petersborough und verbarrikadierten das Werk. Sie erkämpften eine sofortige Lohnerhöhung von 18,38% für die höchste und 19,47% für die niedrigste Lohngruppe. Weiter mußten die Kapitalisten endgültig eine Angleichung der Löhne bei Perkins an die der übrigen Massey-Ferguson-Werke zugestehen.

Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst und die LKW-Fahrer hatten Callaghan's 5%-Lohnleitlinie völlig zu Fall gebracht. Zurückhaltung beim Lohnkampf wegen der Parlamentswahlen kann Callaghan auch nicht erwarten. In vielen Betrieben, wo Ende 78 mit 5% abgeschlossen wurde, gibt es bereits erneut eine Bewegung für mehr Lohn.



Fordarbeiterstreik Oktober 1978: 5% sind Betrug

Bei British-Leyland (BL) kämpfen die Arbeiter gegen die Auswirkungen eines Vertrages, den die Gewerkschaft mit den Kapitalisten im November 1978 abschloß. 5% Lohnerhöhung, Paritäts- und Prämienzahlungen zur Angleichung des Lohnstandards innerhalb des Konzerns waren vereinbart worden. 350 Vertrauensleute beschlossen am 18.4., nicht mehr auf Werksebene mit den BL-Kapitalisten über diese Ausgleichszahlungen zu verhandeln, solange diese nur in fünf Werken zahlen wollen, weil die anderen das Produktionsziel nicht erreicht hätten. Mit der gleichen Begründung hatte BL sich schon im Februar geweigert, überhaupt etwas zu zahlen. Für weitere 2,17 Millionen Metallarbeiter fordert die Gewerkschaft eine Grundlohnerhöhung von 60 auf 80 Pfund (320 DM) die Woche. Die Kapitalisten bieten 65 Pfund. Nachdem sie zunächst erklärten, es werde keinen Streik geben, kündigen die Gewerkschaftsführer jetzt für den Fall einen Streik an, daß das Angebot nicht erhöht wird.

Japanische Stahlkapitalisten nutzen die Erfolge ihrer Konkurrenz im Lohnraub

z.dab. In der laufenden Lohnrunde haben die fünf größten japanischen Stahlkapitalisten ganze 5,02% angeboten. Seit zehn Jahren spielen sie die Vorreiterrolle in den Tarifauseinandersetzungen. Der Grund dafür ist ihre große Konzentration an Arbeitskraft und Kapital. So beuten die fünf größten etwa 200000 Arbeiter aus, an deren Spitze Nippon Steel mit einem Umsatz von über 12 Mrd. DM steht. Da noch mehrere Verhandlungen anstehen, ist mit einem Abschluß vor Ende Mai nicht zu rechnen. Die japanischen Stahlarbeiter werden es schwer haben, sich durchzusetzen. Nach der offiziellen Preissteigerungsrate in den vier Monaten bis Februar 1979 um jeweils 2,2% wäre dieser Abschluß die vierte Lohnsenkung seit 1976.

Dies ist das Ergebnis des Paktes der reformistischen und revisionistischen Gewerkschaftsführung mit den Kapitalisten. Mit der Parole „Kampf der Arbeitslosigkeit" hat der Rat der Metallarbeitergewerkschaft mit insgesamt 1205949 Mitgliedern, alles darangesetzt, die Lohnforderung so niedrig wie möglich zu halten, um „die Konkurrenzvorteile der japanischen Wirtschaft auf dem Weltmarkt nicht zu gefährden". Jede Lohnsenkung in den

schaft auf dem Weltmarkt nicht zu gefährden". Jede Lohnsenkung in den

westeuropäischen Ländern ist diesen Lumpen gerade recht, um den Lohnraub im eigenen Land durchzusetzen. Vorbereitet wurde dies in der letzten Frühjahrsoffensive, als der Präsident der Föderation der Eisen- und Stahlarbeitergewerkschaft sagte: 'Für Vollbeschäftigung werden die Gewerkschaften Lohnverluste hinnehmen ... im Einklang mit der nationalen Wirtschaft'.

Die Stahlkapitalisten wissen dies zu schätzen. In der Schlacht auf dem Weltmarkt haben sie sich gut geschlagen. In der Rohstahlproduktion lagen sie 1978 mit 14,30% an vierter Stelle hinter der UdSSR mit 21,22%, der EG mit 18,58%, den USA mit 17,72%. Dies trotz einer „freiwilligen Exportbeschränkung" und einer Auslastung der Hüttenwerke von nur 70%. Die fünf größten Hochofenkapitalisten konnten im ersten Halbjahr 1978 einen Gewinnzuwachs von knapp 48% erzielen bei einem Umsatzrückgang von 1,7%. Wie weit die japanische Bourgeoisie die Ausbeutung der Arbeiterklasse getrieben hat, zeigen folgende Zahlen: Von 1975 bis 77 stiegen die Arbeitsproduktivität um 17,9%, der Reallohn um 4,4% und die Verbraucherpreise um 18,1%.

allohn um 4,4% und die Verbraucherpreise um 18,1%.

Schwedisches Regierungsprogramm zur Ausweitung der „Berufsausbildung"

z.coi.Stockholm. „Gebt der Jugend eine Chance", fordert die Arbeitsmarktsverwaltung (AMS) in einer im Auftrag der Regierung im April gestarteten Kampagne die Bourgeoisie auf. Im Juni werden 114000 16jährige die Grundschule verlassen, von denen ein Teil direkt auf dem Arbeitsmarkt landet. Die Anzahl „offen" arbeitsloser Jugendlicher wird für April mit 23000 angegeben, das sind 10000 weniger als im Vorjahr. So oft haben die Bourgeois zusätzlich ihre „Chance" auf billige Vernutzung jugendlicher Arbeitskraft wahrgenommen, meist in Form von halbjährlichen „Bereitschaftsjobs", zu 75% von AMS bezahlt. Mit dem von der Regierung gleichzeitig vorgelegten „18-Punkte-Programm zur Beschäftigung Jugendlicher" soll diese Form des Arbeitsdienstes ausgeweitet werden. "Ideelle Organisationen" sollen da 90% des Lohns für einen „bereitschaftsarbeitenden" Jugendlichen von AMS bekommen.

Das Kernstück des Regierungsprogramms jedoch ist der Ausbau des berufsbildenden Zweiges des Gymnasiums. 10000 weitere Grundschulabgänger wollen ab nächstes Jahr einen Gymnasiumplatz finden. Ferner sollen den Jugendlichen berufsvorbereitende Kurse angeboten werden, das Arbeitsmarkt-Umschulungssystem (ANU) soll ausgeweitet werden, und Versuche zur Verbindung von „Bereitschaftsarbeits- und theoretischer Ausbildung" sind geplant. AMS soll sogar „Ausbildung bei Unternehmen kaufen, um den Jugendlichen eine Berufsqualifikation zu geben". Der Grund für die verstärkte „Berufsausbildung" der Jugendlichen ist, „daß die Arbeitssuchenden heute zum größten Teil nicht aus gut ausgebildeten Menschen mit Berufsausbildung, sondern aus Jugendlichen, Hausfrauen, Älteren und Einwanderern bestehen." Der Druck auf die Facharbeiter ist der Bourgeoisie noch zu schwach. Mit dem vorgelegten Programm soll eine „berufsqualifizierte" Reservearmee aufgebaut werden, um den Lohnstandard der schwedischen Arbeiterklasse weiter zu senken.



24000 Arbeitsmarktumschüler im Sitzstreik und 750 in einer Demonstration am 4. April vor dem AMS-Sitz in Stockholm gegen die Streichung der zur Erledigung persönlicher Angelegenheiten erkämpften zwei freien Tage im Monat.

Österreichs Stahlmonopol im Ostgeschäft

Niedrige Löhne bei hoher Ausbeutungsrate sind das Erfolgsgeheimnis

z.anb.Wien. „Gegen scharfe ausländische Konkurrenz" sicherte sich der österreichische staatliche Stahlkonzern *VÖEST Alpine* – vor dem Zweiten Weltkrieg als *Hermann-Göring-Werke* bekannt – am 22. September 1978 einen 3,35 Mrd. Schilling-Auftrag (780 Mio. DM) mit der DDR-Gesellschaft *Industrieanlagenimport*. Bei der Vergabe des Auftrags über den Bau eines Quarto-Walzwerkes in Ilsenburg bei Magdeburg mit einer Jahresleistung von 700000 t Grobblech sei entscheidend gewesen, daß *VÖEST* den Umbau der alten Walzanlage „ohne jegliche Betriebsstörung", also bei voller Aufrechterhaltung der Produktion garantiert hat. Man hatte dieses Verfahren im eigenen Haus ein Jahr zuvor „exportreif" getestet.

wälzung des Produktionsapparates sei eine „Lebensnotwendigkeit" angesichts des Protektionismus der „Großen" in der EG, weil die österreichische Stahlindustrie sich von den Fesseln einer „Grundstoffindustrie" befreien und zur „Finalproduktion", dem Anlagenbau übergehen müsse. So Generaldirektor Apfalter.

Der heimische Eisenerz- und Kohlebergbau wurde kontinuierlich eingeschränkt. Im Gespräch ist die Beteiligung am Erzbergbau in Westafrika – jeder weiß, daß es sich um Liberia handelt – jedoch nur dann, „wenn der betreffende Staat keine Abgaben verlangt und die Produktionskosten gering sind". Obwohl Rohstahl und Walzerzeugnisse immer noch den höchsten Anteil am Gesamtexport von 16,7 Mrd. Schilling halten, hat sich das Verhältnis von Hüttenprodukten zu Industrieanlagen von 1973 80:20 auf 1977 60:40 verändert. Und nichts anderes als die enorme Steigerung der Ausbeutung der Arbeiter in den Eisen- und Stahlwerken bildet die Grundlage für

beutung der Arbeiter in den Eisen- und Stahlwerken bildet die Grundlage für

das „Innovationsprogramm". Dort genau haben die österreichischen Finanzbourgeois eine entscheidende Bresche in den Lohnstandard hochqualifizierter Arbeitskraft geschlagen, und das zu einem Zeitpunkt, als die Konkurrenten in der EG von neuerlichen Stagnationserscheinungen der Profitproduktion geschüttelt wurden, und vor allem *bevor* diese zu Rationalisierungs- und Umrüstungsinvestitionen griffen. Das war in den Jahren 1972 bis 1976. Bilanz: 1976 lag die Produktivität in den österreichischen Walzwerken erstmalig über der in der BRD, um 10%. Mit Akribie ließ die Regierung als Geschäftsführung des Stahlmonopols 1976 die Bruttostundenlöhne vergleichen: befriedigt bilanzierte man „73,8 Schilling in der BRD, 47,5 Schilling in Österreich". 1977 waren 35% der Produktionsanlagen im Eisen- und Stahlsektor Österreichs nicht älter als 5 Jahre, über 55% nicht älter als zehn Jahre.

Seither hat die Zahl der Frührentner des VÖEST-Konzerns um 50% zugenommen. Vierschichtbetrieb ist keine Seltenheit; auf fünf Arbeiter kommt ein Arbeitsunfall im Jahr. Die 80000 Arbeiter der Gesamtbelegschaft des Konzerns sind die größte Abteilung der österreichischen Industriearbeiter, die unter einheitlichem Kapitalkommando ausgebeutet werden. Die Tabelle verdeutlicht das Ausmaß der Entwertung ihrer Arbeitskraft, wie es die Kapitalisten selbst bilanziert haben. Sie läßt auch ahnen, welche Wirkung dies für den Lohnstandard der gesamten Klasse hat. Nimmt man die durchschnittlichen *Tariflohn*„erhöhungen" nach den Kollektivverträgen von 1966 bis 1976, wobei die Prozent„erhöhungen" auf die *Laufzeit* des jeweiligen Vertrages umgerechnet wurden, zieht davon nur schon die *offizielle* Steigerung der Lebenshaltungskosten ab, erhält man das bemerkenswerte Ergebnis von 5,39% Lohn„zuwachs" in zehn Jahren. Dabei ist noch kein einziger Schilling für die Progression der *Abzüge* auf Lohn zur Anrechnung gekommen; die haben sich im gleichen Zeitraum nahezu vervierfacht.

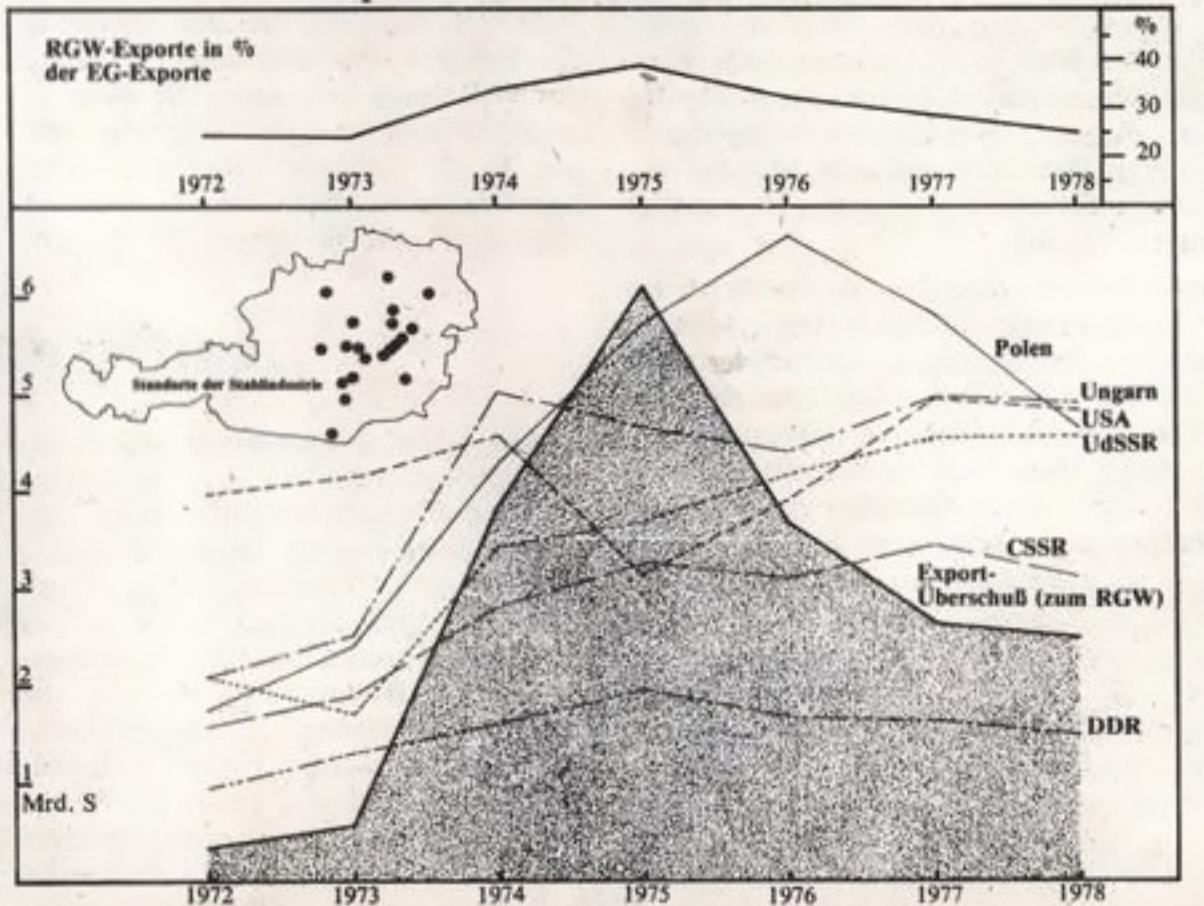
Daß die Metallarbeiter nicht bereits Hungers gestorben sind, liegt daran, daß der *Netto*lohn tatsächlich um einiges über den tariflichen Lohneckmarken steht. In zahllosen harten und erbitterten betrieblichen Schlachten haben die Arbeiter die hunderte Formen von „Überzahlung", wie es die Kapitalisten nennen, also Zuschläge, Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld, verteidigt. Sie betragen teilweise bis zu 50% des Tariflohns und sind gerade deshalb Hauptangriffsziel der Monopolbourgeoisie.

1977 betrug der durchschnittliche Bruttostundenlohn eines Stahlarbeiters in der BRD statistische 12,19 DM, in Österreich 9,28 DM. 1977 kaufte sich VOEST Alpine mit 49% Beteiligung in die westdeutsche KORF Engineering GmbH, Düsseldorf ein. Früher war es meist andersherum gelaufen. Gemeinsam will man der Dritten Welt Eisenhüttenwerke im Direktreduktionsver-

sam will man der Dritten Welt Eisenhüttenwerke im Direktreduktionsver-

fahren verkaufen, die „wegen spezifisch niedriger Investitionskosten" besonders vorteilhaft für den „Aufbau eigener Industrie" seien. Auf der Basis *österreichischer* Stahlarbeiterlöhne die Konkurrenz der EG beim Export derartiger Anlagen zu schlagen, ist die Logik der Kumpanei. Die VOEST-Beteiligung im Kohlebergbau in Kanada hat sich dagegen *nicht* rentiert. Die Streikkämpfe der kanadischen Bergarbeiter sind schuld.

Exporte Österreichs 1972 – 78



Ausmaß der Lohnsenkung im Metallbereich / Österreich

Tarifabschluß	Tariferhöhung in % auf Laufzeit berechnet	Steigerung der Lebenshalt.kosten in %	Differenz
August 1966	5,79	2,94	2,85
Februar 1968	3,25	3,75	–0,50
Juni 1969	4,02	2,83	1,19
Januar 1971	4,86	4,27	0,59
Juni 1972	6,08	5,78	0,30
September 1973	9,42	6,55	2,87
November 1974	10,10	10,10	0
Februar 1976	5,79	7,70	–1,91

Eisen und Stahl rangieren nach wie vor an der zweiten Stelle des österreichischen Exportgeschäfts. Von 1970 bis 1977 hat die Finanzbourgeoisie in den staatlichen Bergbau-, Eisen- und Stahlbereich über 54 Mrd. DM an Umrüstungsinvestitionen gesteckt; solche Summen lassen sich nur rekrutieren,

rüstungsinvestitionen gesteckt; solche Summen lassen sich nur rekrutieren,

wenn der Staatsapparat das Profitgeschäft des Monopols direkt zu seiner Regierungsangelegenheit macht. Nichts anderes war der Zweck der Verstaatlichung der „kapitalarmen" österreichischen Stahlindustrie. Beträchtliche Teile der Investitionssumme sind Lohnbestandteile der Arbeiterbevölkerung. Im Sommer 1978 war die Lohnsteuersumme um ein Fünftel höher als ein Jahr zuvor. Der absolute Vorrang des Stahlsektors bei der Umwälzung des Produktionsapparates sei eine „Lebensnotwendigkeit" …

Beide Supermächte gegen Pakistans Kernenergieprogramm

z.nop. Mit der Behauptung, Pakistan plane die Herstellung einer „islamischen Atombombe", die den Palästinensern gegen Israel zur Verfügung gestellt werden könnte, hat die US-Regierung zugesagte Waffenlieferungen und „Entwicklungshilfe"-Beträge von ca. 85 Mio. Dollar gestoppt. Auch die Sozialimperialisten „warnen" Pakistan vor Atomrüstungsabsichten und berufen sich dabei auf die Sicherheitsinteressen Afghanistans. Die Durchsetzung eines eigenen Kernenergieprogramms durch ein Land der Dritten Welt läuft den Interessen der Supermächte, die in der Atomtechnologie ein Monopol für sich in Anspruch nehmen, völlig zuwider. Besonders wurmt sie, daß Pakistan offensichtlich in der Lage ist, aus eigener Kraft eine hochmoderne Gaszentrifugen-Anlage zur Anreicherung von Uran aufzubauen und sich damit von Erpressungsmöglichkeiten unabhängig zu machen. Nach einem CIA-Bericht soll Pakistan in verschiedenen europäischen Ländern „insgeheim" einzelne Bestandteile für den Bau der Gaszentrifuge gekauft haben. Tatsächlich handelt Pakistan in voller Übereinstimmung mit der Resolution der UN-Vollversammlung vom 8.12.77 (Res. 32/50), wonach „alle Staaten das Recht haben, gemäß dem Prinzip der souveränen Gleichheit ihr Programm für die friedliche Nutzung der Kerntechnik im Dienste der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung entsprechend ihren Prioritäten, Interessen und Bedürfnissen zu entwickeln".

Streik indischer Lehrer für mehr Lohn, gegen Streikverbot

z.rül.London. Seit dem 20.3. streiken 45000 Grundschullehrer im Bezirk von Neu-Delhi gegen einen Gesetzentwurf der Regierung, der den Lohnabhängigen im Gesundheitswesen und an den Schulen das Recht auf gewerkschaftlichen Zusammenschluß und Streik verbietet und die Lehrer, wie die Gesamtindische Vereinigung für Lehrer an Sekundarschulen erklärte, „in den Status von leibeigenen Arbeitern drückt". Sie fordern die Zurücknahme dieses Gesetzentwurfs, die Umwandlung von kurzfristigen Arbeitsverträgen, in denen gegenwärtig etwa 20% der Lehrer angestellt sind, in achtjährige Verträge sowie Änderungen in der gegenwärtigen Lohneinstufung. Der Gewerkschaftsverband von Neu-Delhi, mehrere Einzelgewerkschaften und Studentenverbände unterstützen sie. Die Regierung, die ihre Forderungen als „unhaltbar" abgelehnt hat, hat bereits über 80 Lehrer verhaften lassen. – Seit dem 2.4. streiken 75000 Grundschullehrer in dem ostindischen Staat Orissa für die Angleichung ihrer Löhne an die der Regierungsangestellten. Die Regierung versucht, ihren Streik mit Polizeiüberfällen zu zerschlagen und hat bereits über 1000 Lehrer festgenommen. Für den 23.4. rufen mehrere Lehrergewerkschaften zu einer nationalen Demonstration vor dem Parlament in Neu-Delhi gegen das Anti-Streik-Gesetz der Regierung auf.

Frankreich: Mietstreik im Ausländerwohnheim

z.jon.Paris. Am 10.4. um 6 Uhr morgens überfiel Bereitschaftspolizei die Wohnheime für ausländische Arbeiter Meinau und Koenigshoffen in Straßburg, um den Mietstreik durch die Zwangsräumung von insgesamt 200 Bewohnern zu brechen. Vor allem das

Liberias Volksmassen im Kampf gegen die imperialistische Ausplünderung

z.hef. Tausende von Arbeitern, Bauern, Kleinhändlern und Studenten demonstrierten am 14.4. und an den folgenden Tagen in Liberias Hauptstadt Monrovia gegen die geplante Preiserhöhung für Reis. Polizei und Armee erschossen mindestens 30 von ihnen. Am 18. April gab Präsident Tolbert auf einer Pressekonferenz bekannt, der Reispreis würde nicht erhöht, eventuell gesenkt.

Reis ist das Grundnahrungsmittel der Arbeiter und Bauern. Die Regierung plant seit dem Herbst die Erhöhung des Preises von 22 Dollar auf 25 Dollar pro Sack (45 kg) für einheimisch produzierten Reis, von 22 auf 30 Dollar pro Sack für importierten vorgekochten Reis. Für 1975 gibt das statistische Handbuch des Landwirtschaftsministeriums 101 kg als Jahresdurchschnittsverbrauch pro Kopf der Bevölkerung an. Eine fünfköpfige Arbeiterfamilie muß danach einen Sack pro Monat kaufen. 3 oder sogar 8 Dollar mehr würden eine einschneidende Lohnsenkung bedeuten: Die meisten Arbeiter verdienen weniger als 100 Dollar im Monat, die unteren Regierungsangestellten gerade 120 Dollar.

Seit den fünfziger Jahren muß Liberia immer größere Mengen Reis einführen. Die Rekordmenge betrug damals 16200 Tonnen (1958). Zwischen 1965 und 1974 waren es im Jahresdurchschnitt schon 41200 Tonnen, 1978 47900 Tonnen. Landwirtschaftsministerin Chetnoweth begründete die Preiserhöhungen mit dem benötigten „Anreiz für die Bauern". Die Reisproduktion pro Hektar stagniert seit 1968, die Lebensmittelproduktion insgesamt war 1973 in absoluten Zahlen nicht höher als 1963 und pro Kopf um 14% niedriger. Die Ursache dafür ist nicht, daß die Arbeiter zu niedrige Preise zahlen, sondern daß die Imperialisten – hauptsächlich die US-Imperialisten und die westdeutschen – die Arbeiter und Bauern ausbeuten und das Land ausplündern.

ausplündern.

Die Ausplünderung Liberias besteht hauptsächlich in dem Abtransport großer Mengen von Eisenerz, Gummi und Holz. Die US-Bourgeoisie, die Liberia 1821 als Kolonie gegründet hatte und mit freigelassenen Sklaven – meist gegen deren Willen – gegen die einheimischen Stämme bemannte, konnte nach dem 1. Weltkrieg ihre Vorherrschaft über Liberia wiedererlangen, die sie zeitweise an die britische und deutsche Konkurrenz verloren hatte. Das US-Monopol Firestone setzte 1926 die ersten Konzessionsverträge durch. Firestone erhielt 400000 Hektar zu einem Pachtpreis von 15 Cents pro Hektar für 99 Jahre. 36000 Hektar davon sind inzwischen mit Gummibäumen bepflanzt worden. Firestone beutet 16000 Arbeiter für 1,50 Dollar pro Tag aus. Andere Konzessionäre folgten, nicht nur für Gummi (u.a. Uniroyal, Goodrich und die im westdeutschen Besitz befindliche African Fruit Company), sondern nach dem 2. Weltkrieg auch für Eisenerz und Diamanten.

„Wirtschaftlich ist Liberia mit dem US-Dollar und der Offenen-Tür-Politik für Investitionen eines der stabilsten und attraktivsten Länder Schwarzafrikas", stellt das „Internationale Afrika-Forum 1/79" der westdeutschen Imperialisten zufrieden fest. Vor allem mit der Förderung von Eisenerz konnten die westdeutschen Imperialisten ins profitable Geschäft einsteigen. 24% aller liberianischen Exporte wurden 1977 in die BRD geliefert (mehr als in die USA), und zwar vor allem Eisenerz.

Zum Zweck der gesicherten und billigen Versorgung mit Erz gründeten westdeutsche Stahlmonopole 1958 über das Ankaufkartell „Gewerkschaft Exploration" die „Bong Mining Company" in Liberia. An der Firma beteiligten sich Thyssen (55,5%), Hoesch (23,8%), Krupp (12,7%) und die Rheinischen Stahlwerke Essen 8%). Mit Darlehen der „Kreditanstalt für Wiederaufbau" finanziert, begann

für Wiederaufbau" finanziert, begann

1965 die Erzförderung. Der Vertrag war 1958 auf 70 Jahre abgeschlossen worden. Neben einer Abgabe von 25 Cent pro Tonne war die Aufteilung der Profite im Verhältnis 50:50 zwischen der Regierung Liberias und den westdeutschen Imperialisten vorgesehen, bei einem auf zehn Jahre festgelegten Verkaufspreis des Erzes. Die Imperialisten gaben ihrer Tochterfirma anstelle höherer Kapitaleinlagen hohe Darlehen. Die fälligen Rückzahlungen und Zinsen der Darlehen wurde vom Profit *vor* der Aufteilung abgezogen. Allein zwischen 1965 und 1968 wurde die liberianische Regierung so um 1,8 Millionen Dollar betrogen, bis sie vertraglich das Verhältnis zwischen Aktien- und Leihkapital festlegen ließ.

Die westdeutschen Stahlkapitalisten beuten mehr als 2000 Arbeiter in dem Bergwerk Bong Mine aus und lassen sich zusätzlich zu dessen Jahresproduktion von über 3 Mio. Tonnen noch bis zu 4 Mio. Tonnen jährlich aus dem Nimba-Bergwerk eines schwedisch-amerikanischen Bergwerkskonzessionärs und anderen Gruben liefern.

80% ihrer „Entwicklungshilfe" – die zum größten Teil aus Krediten besteht – verwenden die westdeutschen Imperialisten auf die Entwicklung der Infrastruktur für die *Holzwirtschaft*, vor allem für den Straßenbau. Inzwischen ist Holz der zweitgrößte Exportartikel aus Liberia in die BRD. Von 1962 bis 1967 wurde die „Deutsche Forstmission" in die Wälder Liberias geschickt, um die entsprechenden Möglichkeiten zu untersuchen.

Die Hauptwirkung der Aussaugung des Landes ist die Vernichtung der Bauern durch die Imperialisten. Firestone schloß als erster mit der Regierung Verträge über die Zwangsverpflichtung von Bauern nach Quoten pro Dorf für die Arbeit auf den Plantagen ab. Dazu kam die Erhebung von *Steuern* – wie die der Hüttensteuer (gegenwärtig 20 Dollar pro Jahr) – die die Bauern zwingen, Lohnarbeit anzunehmen.

nehmen.

Über 85% der Arbeiter in Bergwerken und auf Plantagen sind zwischen 15 und 44 Jahren alt. Die landwirtschaftliche Produktion in den Dörfern muß mehr von Kindern und älteren erledigt werden. Die traditionelle Anbauweise in Liberia ist die Urwaldrodung: Die Familie, zwischen vier und sechs Personen, hat kein Privatland, sondern rodet das vom Dorf zugeteilte Stück des Urwalds, bebaut es zwei bis vier Jahre vor allem mit Trockenreis. Nach zwei bis vier Jahren wird das Land für mindestens acht Jahre brach liegen gelassen, ehe es wieder gerodet wird. Die Arbeit ist schwer, vor allem das Roden selbst, das bis zu 50% der Arbeitszeit im Jahr ausmacht. Die von den Imperialisten erzwungene Landflucht der Männer wirkt sich katastrophal auf die landwirtschaftliche Produktion aus.

Die westdeutschen Imperialisten wollen in der „Erschließung" Liberias künftig die Landwirtschaft direkt angehen. Bereits 1972 plante die Bong Mining Company die Aufnahme eines „größeren landwirtschaftlichen Projekts" im Bezirk Bong. In 25 Jahren seien die Erzvorkommen erschöpft, und man müsse an „lohnende Nachfolgeprojekte" denken. Und die Mitteilungen der Bundesstelle für Außenhandel teilen im März 1978 mit: „Die Arbeitsergebnisse einer mit entsprechenden Studien befaßten Beratungsfirma werden zeigen, ob die künftige Entwicklungshilfe der Bundesrepublik Deutschland für Liberia auch einen neuen sektoralen Schwerpunkt (Landwirtschaft und Agrarindustrie) erhalten kann."

Bereits jetzt haben die Imperialisten die „landwirtschaftliche Bevölkerung" auf 50% der Gesamtbevölkerung reduziert (1975: 150000 Familien mit 813000 von 1,6 Millionen Einwohnern). Zusätzlich zu den mehr als 120000 Lohnarbeitern in Arbeit haben sie sich auch eine industrielle Reservearmee aus mindestens 15000 Arbeitslosen geschaffen.

Dew Tuan-Wleh Mayson, einer der Führer der Organisationen, die in der letzten Woche die Demonstrationen organisierte, sagte in einer Rede im September: „Es gibt eine Alternative, die eine wirkliche Lösung für unseren sozialen Morast darstellt. Ihr Ausgangspunkt ist die Notwendigkeit, die Kontrolle über die nationale Wirtschaft wiederzuerlangen, die heute vollständig von den ausländischen kapitalistischen Unternehmen beherrscht wird. In ganz Afrika sehen wir uns heute einer unentrinnbaren Tatsache gegenüber: Wo immer die Ressourcen und die Produktionsmittel von ausländischem Kapital monopolisiert werden, sind das Volk und die Nation zu Armut, Unterentwicklung und Verzweiflung verurteilt."



Eisenerzbergwerke in Liberia. Die Imperialisten versuchen, durch Spaltung und Bestechung die Gewerkschaften der Bergarbeiter zu zerstören. Am 25.1. traten die Arbeiter in den Betrieben Yekepa und Buchanan des Bergwerkmonopols LAMCO in den Streik. Sie stellten Forderungen nach Absetzung des bisherigen Vorsitzenden der Betriebsgewerkschaft und Ausgleichszahlungen für die Zeit, die sie ungerechtfertigt im Gewahrsam der Werkspolizei verbringen müssen, auf. – Rechts: verhaftete Streikführer bei der Liberia Mining, 1976.

Die Bauern von Nordkalimantan kämpfen gegen die malayische Fremdherrschaft

z.mat.Sydney. Über 60000 Bauern der Provinz Sarawak in Nordkalimantan fordern von der Regierung Malaysias die Abschaffung der Pfeffersteuer. Die meisten Pfefferbauern sind Kleinbauern mit Gartenbauflächen zwischen 0,2 und 4 Hektar. Sie müssen den Pfeffer an die staatliche Ankaufbehörde abliefern und dabei eine Exportsteuer zahlen, die auf die Differenz zwischen dem örtlichen Ankaufpreis und dem Exportpreis in Singapur, also auf den Profit der staatlichen Ankaufbehörde erhoben wird. Die Steuer war von den britischen Kolonialisten eingeführt worden. Von der malaysischen Regierung ist sie unverändert übernommen worden.

Die drei Provinzen von Nordkalimantan – Sabah, Brunei und Sarawak

Palmölplantage, einer von der malaysi

Die drei Provinzen von Nordkalimantan – Sabah, Brunei und Sarawak – bildeten bis 1963 die britische Kolonie Nordborneo. Als die Imperialisten sich 1962 unter dem Druck von Massenaufständen und einem sich entwickelnden Befreiungskampf gezwungen sahen, ihre direkte Kolonialherrschaft aufzugeben, gelang es ihnen, durch die Schaffung des Staatengebildes „Malaysia" Sabah und Sarawak unter malayische Fremdherrschaft zu stellen. Seitdem hat der bewaffnete Befreiungskampf unter Führung der 1963 gegründeten Kommunistischen Partei Nordkalimantans große Erfolge erzielt. Die Regierung Malaysias hat versucht, durch die Einrichtung von „Wehrdörfern" und die Zwangsumsiedlung zahlreicher Pfefferbauern dem Befreiungskampf zu begegnen. Die damit verbundene weitere Verkleinerung der Anbauflächen hat den Kampf der Bauern gegen die Pfeffersteuer verstärkt, und die Regierung sah sich im Juli vergangenen Jahres gezwungen, eine Reform der Steuer anzukündigen. Weißer Pfeffer sollte erst ab 130 Dollar pro Picul (60 kg) versteuert werden, schwarzer Pfeffer ab 110 Dollar. Bei gegenwärtigen Preisen von ca. 270 Dollar für weißen Pfeffer bedeutet das eine reale Steuererhöhung. Vor einigen Monaten haben sich deshalb auch die Pfefferbauern verschiedener nationaler Minoritäten der Forderung auf Abschaffung der Steuer angeschlossen. 167 Bauern der Kayan- und Kenyah-Nationalitäten haben einen Brief an die von Malaysia eingesetzte Regierung unterzeichnet, in dem die Forderung erneut erhoben wird.

Unter der malayischen Fremdherrschaft, die den Imperialisten in Nordkalimantan Steuerfreiheit für Investitionen zwischen fünf und zwölf Jahren und Arbeitskraft zu billigsten Preisen garantiert, wird das Land systematisch geplündert. 640 Arbeiter der Sarawak-

geplündert. 640 Arbeiter der Sarawak-

Palmölplantage, einer von der malaysischen Regierung und der britischen Commonwealth Development Corporation gemeinsam betriebenen Gesellschaft, streikten vom 2. bis zum 25. Januar gegen die Entlassung von drei und die Versetzung von drei weiteren ihrer Gewerkschaftsführer während ihres Lohnkampfes. Sie erreichten eine Erhöhung der Löhne von 5 auf 13 malayische Dollar pro Tag. Die Fischer der Hafenstadt Bintawa wehrten sich im März geschlossen gegen den zwangsweisen Einbau teurer Positionslaternen auf ihren Segelbooten, der einen weiteren Schritt zu ihrem Ruin bedeutet. Auch in der nationalen Bourgeoisie treten die Widersprüche gegen die malayische Fremdherrschaft schärfer hervor. Ein Reporter der Penang National Echo aus Malaysia berichtete nach einem Besuch der Hafenstadt Bintulu in Sarawak, wo „mehr Holländer der Sarawak-Shell am Yachthafen waren als Malaysier", beunruhigt: „Obwohl ich zugeben muß, daß sich meine Kontakte auf einige Politiker und Fachleute beschränkten, fand ich einige ihrer Ansichten ziemlich beängstigend".

Heim Meinau leistete mehrere Stunden Widerstand. Als die Polizei gegen 15 Uhr beginnen konnte, die persönliche Habe der Bewohner abzutransportieren, wurde die Straße von mehreren hundert Arbeitern blockiert. Von den rund vier Millionen ausländischen Arbeitern in Frankreich sind 160000 in 800 Wohnheimen kaserniert. 20000 in über 100 Heimen verweigern z.T. seit 1975 die Mietzahlung. Sie fordern: Beendigung der kasernenmäßigen Rechtlosigkeit in den Heimen, Anerkennung der gewählten Bewohnerkomitees und ihres nationalen Koordinationskomitees, 100 F Mietnachlaß. (siehe KVZ 40/78) Mit einer Welle von Zwangsräumungen und Polizeiüberfällen will die Bourgeoisie jetzt diese Bewegung zerschlagen und sie gleichzeitig mit „Liberalisierung" zersetzen. In Zukunft sollen die Bewohner z.B. das Recht erhalten, Besuche zu empfangen. Der Verwaltung genehme Komitees sollen begrenzte „Mitbestimmungsrechte" bei der Ausgestaltung der Kasernen erhalten. Die katastrophalen hygienischen Bedingungen sollen verbessert werden, aber zu „liberalisierten Preisen" durch Mieterhöhungen bis zu 100%. Subventionen werden gestrichen. Die vertriebenen Bewohner der Straßburger Heime haben das Angebot der Verwaltung, bei Verzicht auf ihre Forderungen und Einsetzung eines „zahmen" Komitees wiedereinzuziehen, abgelehnt.

Zersetzung der spanischen Polizeitruppen im Baskenland

z.reb. Am 8.4.79 fand im Baskenland eine Demonstration von 100000 Menschen statt, die die Forderungen nach Selbstbestimmung und Abzug der spanischen Polizei erhoben. Offen unterstützten die Massen die bewaffneten Aktionen der ETA, die allein in diesem Jahr schon 25 der verhaßten Besatzer hingerichtet hat. Die von Suarez angekündigten Manöver, durch Reorganisation und „Demokratisierung" der Polizei, d.h. Aufnahme von Basken in die *spanische* Polizei, das Baskenland zu „befrieden", sind ebenso gescheitert wie die Versuche der bürgerlichen Parteien, eine „Anti-Terror"-Kampagne durchzuführen. Bei den Kommunalwahlen Anfang April erhielt vielmehr die Bewegung Herri Batasuna, die offen den bewaffneten Kampf der ETA unterstützt, 17% der Stimmen. Die Polizeitruppen werden unter diesen Schlägen zersetzt. Während unter den Offizieren z.T. wieder Banden gebildet werden, die in Zivil Überfälle auf die baskischen Volksmassen durchführen, forderten auf einer Beerdigung von drei spanischen Polizisten die Polizistenfrauen in lauten Sprechchören den sofortigen Abzug der Besatzertruppen.

Afrikanische Gewerkschaftsbewegung macht Fortschritte

z.ind. Am Wochenende fand in Tansania ein „Solidaritätskonferenz der afrikanischen Gewerkschaften" statt. Die Delegierten riefen dazu auf, den Kampf gegen die rassistischen Regimes im südlichen Afrika „mit allen Mitteln verstärkt zu unterstützen". Die Konferenz verurteilte die ständigen Aggressionsakte der Rassisten gegen Sambia, Mozambique, Botswana und Angola.

– Die Imperialisten haben immer versucht, die einheitliche Gewerkschaftsbewegung in Afrika zu zerschlagen und stattdessen Scheingewerkschaften einzurichten, die sie entweder direkt als Kontrollinstanz nutzen, so in Südafrika mehr als 180, oder unter die Knute der sozialdemokratischen und revisionistischen Gewerkschaften in den alten Kolonialländern bringen wollen. Dagegen haben die afrikanischen Arbeiter ihre eigenen Gewerkschaften aufgebaut. Mit der Organisierung von Massenstreiks hatten die Einheitsgewerkschaften Guineas, Algeriens und Kenias z.B. großen Anteil an der nationalen Befreiung des Landes. Die Gründung der „Organisation für afrikanische Gewerkschaftseinheit" (OATUU) 1975 war ein weiterer Schritt gegen die Versuche der Imperialisten, die Gewerkschaftsbewegung durch verschiedene Industrie- und Vereinigungsgesetze zu zerschlagen. Immer mehr Arbeiter haben sich organisiert, die UGTA (Algerien) hat inzwischen über 800000 Mitglieder.

Iranische Regierung verkündet Landreform für Turkmenen

z.rül.London. Die iranische Revolutionsregierung kündigte eine Landreform in den Gebieten der Turkmenen an, nachdem es in den vergangenen Wochen mehrfach zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Turkmenen und Regierungstruppen gekommen war. Innenminister Javadi erklärte am 7. April, daß alles Land, das sich das Pahlevi-Regime in der Vergangenheit in den Gebieten der Turkmenen zusammengeraubt habe, bereits in den nächsten Wochen an landlose Bauern verteilt werden soll. Hinzukommt alles Land, das sich im Besitz anderer Feudalherrn oder der früheren Militärkommandeure in den Siedlungsgebieten der Turkmenen befand. Die etwa drei Millionen Turkmenen leben in der Hauptsache im Nordosten des Iran, in direkter Nachbarschaft zu den von der sowjetischen Sozialimperialisten ausgebeuteten und unterdrückten 1,5 Millionen Turkmenen in der „Turkmenischen SSR". In ihren bewaffneten Erhebungen in den letzten Wochen hatten die Turkmenen Autonomierechte, eine eigene Regionalverwaltung, Unterricht in der eigenen Sprache und Landreform gefordert. Nach Aussagen Javadis will die iranische Revolutionsregierung mit dieser Landreform zugleich „eine Diskussion über die Probleme des Gebiets" einleiten. Ob die Turkmenen die geforderte Autonomie erhalten, hat er nicht gesagt.

„10 Gründe" für EG-Direktwahl? Keiner kann überzeugen!

z.xxx. Ein Parlament, von dem man nichts gehört hat, wird heimgeschickt, und ein anderes, von dem man mehr hören soll, wird gewählt. Bisher wurden die Parlamentarier von den Parlamenten der einzelnen Staaten ins europäische Parlament geschickt, im wesentlichen, um Diäten zu sammeln. Mit diesem Parlament war kein Staat zu machen. Man mußte im Gemeinschaftskundeunterricht schon gut aufgepaßt haben, um von seiner Existenz zu wissen und gar zu wissen, daß es in Straßburg tagt. Die demokratisch-parlamentarische Deckung für die Schandtaten, die die Regierungschefs über den EG-Ministerrat und über die EG-Kommission betreiben, war also schwach. Überhaupt ist die Begeisterung für die EG unter den europäischen Volksmassen nicht eben groß. Je enger die Arbeiter der verschiedenen europäischen Länder in der Produktion und im Klassenkampf miteinander in Berührung kommen, um so weniger verwechseln sie ihre eigenen Interessen am gemeinsamen Kampf gegen die Bourgeoisie mit einer Europäischen Gemeinschaft, die sich die westeuropäischen Bourgeois als Rahmen für ihr Schutz- und Trutzbündnis gegeben haben. Gegen die gesunde Nüchternheit der westeuropäischen Arbeiter und Volksmassen soll mit den Direktwahlen für das europäische Parlament etwas unternommen werden. Diese Direktwahlen seien europäische Demokratie, heißt es. Da das europäische Parlament aber keines der üblichen parlamentarischen Rechte hat, keinerlei Gesetzgebungsbefugnisse, kein Budgetrecht und noch nicht einmal das Recht, die EG-Kommission zu wählen und einzusetzen, will diese europäische Demokratie nicht recht verfangen. Doch nicht mal zu einer Schwatzbude kann dieses Parlament taugen, da es keine andere offizielle Aufgabe hat, als Schwatzbude zu sein. Also wird vom „fortschrittlichen Flügel" der europäischen Parlamentarier gefordert, dem Parlament mehr Rechte zu geben, damit es nach Demokratie aussieht. Bekäme jedoch das europäische Parlament mehr Rechte, so ginge das nur über die weitere Entrechtung der europäischen Völker: Die Finanzbourgeoisie der europäischen Hauptmächte hätte direkt das Sagen, statt auf die Einstimmigkeit der Regierungschefs der EG und die Zustimmung der Länderparlamente angewiesen zu sein. Es ist also ein Kreuz mit der Demokratie des europäischen Parlaments: vom Demokratie hat es noch nicht mal einen Anstrich. Hätte es aber mehr Rechte, dann würde es gleich als Instrument der größten europäischen Finanzmagnaten erscheinen. In dieser komplizierten ideologischen Lage hat die Sozialdemokratie die Gewerkschaftsvertreter hervorgekramt und an die Spitze ihrer Liste gestellt. Zehn Gründe hat der DGB gefunden, die einen an die Urne bringen sollen:

1. Der Friede werde gesichert durch die Zusammenarbeit der europäischen Staaten. Als würden sie nicht gerade zusammenarbeiten, um den Handelskrieg besser führen zu können.

2. brauche Europa demokratisch gewählte Institutionen. Aber was Demokratisches kann denn dies Parlament anrichten, das, wenn es Gesetze verabschieden dürfte, bloß eine Anstalt zwecks Vergewaltigung der Demokratie und Unabhängigkeit der einzelnen europäischen Länder wäre?

3. gebe es keine nationalstaatlichen Rezepte zur Überwindung der wirtschaftlichen Krise. Auf Vetters supranationale Rezepte darf man gespannt sein. Sie werden schwarz-rot-golden sein.

4. Die EG müsse sich mehr mit den Arbeitslosen als mit den Bauern beschäftigen. Als ob nicht viele der Arbeitslosen gerade das Produkt der intensiven Beschäftigung mit den Bauern wären, um die industrielle Reservearmee aufzufüllen: Rund 9 Millionen selbständige Bauern hat die EG schon enteignet und auf den Arbeitsmarkt getrieben.

5. Die Freizügigkeit der Arbeitnehmer in Europa sei die Freizügigkeit der Arbeitslosen. Statt dessen brauche man Kapitalexport. Also soll als erstes im „Kampf gegen die Arbeitslosigkeit" die Freizügigkeit fallen.

6. Multinationale Konzerne hätten multinationale Macht. Also brauche man auch multinationale staatliche Macht. Was heißt das anderes als die politische Macht den Konzernen anzupassen und einen europäischen geschäftsführenden Ausschuß der Finanzbourgeoisie zu schaffen? Den gibt's aber schon mit Ministerrat und EG-Kommission. Jetzt geht's nur um die parlamentarische Deckung.

7. Alle Regionen sollten unterstützt werden, das käme allen zugute. Vor allem kommt diese Unterstützung den Konzernen zugute, die zu den billigen Arbeitskräften die notwendige Infrastruktur kostenlos geliefert bekommen.

8. Der Europäische Gewerkschaftsbund brauche einen europäischen Bündnis-

an notwendige Infrastruktur kostenlos geliefert bekommen.

8. Der Europäische Gewerkschaftsbund brauche einen europäischen Bündnis-partner im europäischen Parlament. Da Vetter einen sicheren Listenplatz hat, kann er bald mit sich selber Bündnisse schließen im europäischen Parlament.

9. All das mache aus Europa ein Europa der Arbeitnehmer, weshalb man

10. unbedingt am 10. Juni wählen müsse.

Um dem ganzen Nachdruck zu verleihen, hat der DGB seinen diesjährigen Maiaufruf als Aufruf zu den Europawahlen formuliert.

Das europäische Parlament ist dazu ausersehen, die tönenden Phrasen zu liefern, um die Maßnahmen zu decken, die die europäische Finanzbourgeoisie ergreift. Die westdeutsche Finanzbourgeoisie hat an vielen Punkten Westeuropas das Sagen, und umso mehr wird sie die Straßburger Windmaschine brauchen. Die Sozialdemokratie in den Gewerkschaften ist fest entschlossen, den notwendigen Wind zu machen. Womöglich kann man Vetter bald auf parlamentarischer Bühne der europäischen Arbeiterbewegung in den Rücken fallen und im Rahmen einer Parlamentskommission vielleicht in Frankreich vor Ort untersuchen sehen, ob die französischen Arbeiter in ihrem Kampf gegen die Stahlbarone nicht über die Stränge des demokratisch Erlaubten geschlagen haben.

Die Arbeiterklasse und die Bauern haben den Reichtum Europas geschaffen. Sie vermehren ihn Tag für Tag. Die EG ist ein Mittel, damit dieser Reichtum in den größten Taschen landet und dort gesichert wird. Zweifellos gibt es ein Europa der Arbeiter und Bauern. Zu seinem Recht kann es kommen: durch die proletarische Revolution in den jeweiligen Ländern.

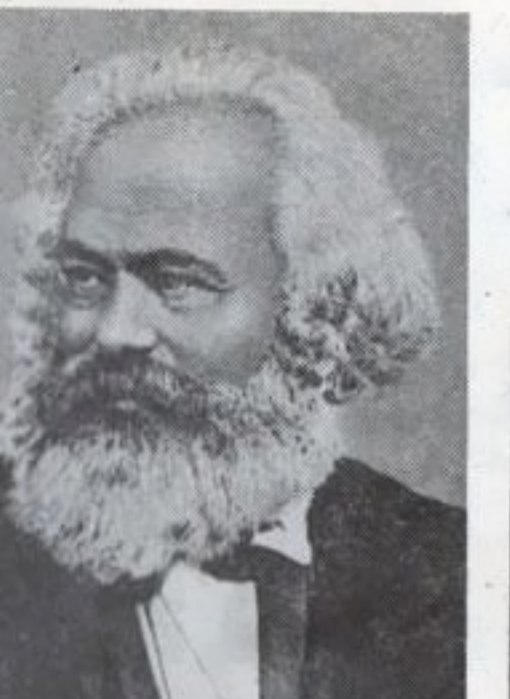
Die europäische Revolution und die europäischen Mächte

z.ges. Die europäische Revolution hat es nicht nur mit der herrschenden Finanzbourgeoisie der einzelnen europäischen Länder, sondern mit der europäischen Finanzbourgeoisie insgesamt, daneben aber und vor allem mit der nordamerikanischen Supermacht und mit der halbasiatischen sozialimperialistischen Supermacht zu tun. Die Geschicke der europäischen Länder sind so eng miteinander verbunden, daß sich bereits im letzten Jahrhundert jede revolutionäre Bewegung des einen Landes auf die anderen Länder auswirkte und daß die Revolution jedes Landes sofort die europäische Reaktion insgesamt auf dem Hals hatte. Gegen die französische Revolution und Napoleon, der aus ihr hervorging, bildete sich die Heilige Allianz, die nach ihrem Sieg über Frankreich gegen jede Regung der Völker die „Legitimität" verteidigte. Die Heilige Allianz war durch die Herrscherhäuser Preußens, Österreichs und Rußlands geschlossen, und ihr Eckstein war das zaristische Rußland. „Worauf stützt sich zunächst die Macht der Reaktion in Europa seit 1815, ja, teilweise seit der ersten französischen Revolution?" fragte Marx 1848 die deutschen Demokraten und antwortete: „Auf die russisch-preußisch-österreichische Allianz. Und was hält diese Heilige Allianz zusammen? Die Teilung Polens, von der alle drei Alliierten den Nutzen zogen. Der Riß, den die drei Mächte durch Polen zogen, ist das Band, das sie aneinanderkettet; der gemeinsame Raub hat sie einer für den anderen solidarisch gemacht. Von dem Augenblick an, wo der erste Raub an Polen begangen wurde, war Deutschland in die Abhängigkeit Rußlands geraten. Rußland befahl Preußen und Österreich absolute Monarchien zu bleiben, und Preußen und Österreich mußten gehorchen. Die ohnehin schlaffen und schüchternen Anstrengungen namentlich der preußischen Bourgeoisie, sich die Herrschaft zu erobern, scheiterten vollends an der Unmöglichkeit, von Rußland loszukommen, an dem Rückhalt, den Rußland der feudalistisch-absolutistischen Klasse in Preußen bot." Als demokratische Revolution auf dem Kontinent hatte die europäische Revolution *zunächst* die Heilige Allianz und vor allem Rußland zum Feind. Da die Revolution auf dem Kontinent fortschreiten mußte zur proletarischen Revolution, deren Bedingungen in England bereits herangereift waren, hatte die europäische Revolution *letztlich* England als Hauptfeind. Ohne Krieg gegen Rußland konnte die Demokratie auf dem Kontinent nicht siegen, und ohne Sieg der Demokratie auf dem Kontinent konnte die proletarische Revolution in England nicht zum Ziel kommen. „Der Krieg mit Rußland war der vollständige, offene und wirkliche Bruch mit unserer ganzen schmachvollen Vergangenheit, war die wirkliche Befreiung und Vereinigung Deutschlands, war die Herstellung der Demokratie auf den Trümmern der Feudalität und des kurzen Herrschaftstraums der Bourgeoisie. Der Krieg mit Rußland war der einzig mögliche Weg, unsre Ehre und unsre Interessen gegenüber unsren slawischen Nachbarn und namentlich gegenüber den Polen zu retten." Da jede wirkliche Revolution auf dem Kontinent auf England übergreifen mußte, wo das Proletariat sofort die Hauptkraft der Revolution bildete, wurde die englische Bourgeoisie an die Seite Rußlands getrieben und konnte die russische Diplomatie England immer wieder auf seine Seite ziehen. Der Denunziation dieses bald heimlichen, bald offenen Bündnisses widmeten Marx und Engels nach der Revolution von 1848 einen beträchtlichen Teil ihrer publizistischen Kraft.

Mit der Niederlage Frankreichs gegen Preußen, der Gründung des Deutschen Reiches und dem Aufkommen der revolutionären, sozialistischen Arbeiterbewegung in Deutschland verschoben sich die Bedingungen der europäischen Revolution. Das zaristische Rußland blieb das Hauptbollwerk der europäischen Konterrevolution. Deutschland aber war zur vordersten Front der sozialistischen Revolution geworden. „Das sozialistische Deutschland nimmt in der internationalen Arbeiterbewegung den vordersten, den ehrenvollsten, den verantwortlichsten Posten ein, es hat die Pflicht, diesen Posten gegen jeden Angreifer bis auf den letzten Mann zu verteidigen", stellte Engels 1891 angesichts des Bündnisses des zaristischen Rußlands mit Frankreich fest. „Ein Krieg, wo Russen und Franzosen in Deutschland einbrächen, wäre für dieses ein Kampf auf Tod und Leben, worin es seine nationale Existenz nur sichern könnte durch Anwendung der revolutionärsten Maßregeln. Die jetzige Regierung, falls sie nicht gezwungen wird, entfesselt die Revolution sicher nicht. Aber wir haben eine starke Partei, die sie dazu zwingen oder im Notfall sie ersetzen kann, die Sozialdemokratische Partei." An diese Auffassungen Engels knüpfte Rosa Luxemburg bei Ausbruch des I. Weltkrieges an, als sie die deutsche Sozialdemokratie kritisierte, statt Maßnahmen der revolutionären Vaterlandsverteidigung ergriffen den Burgfrieden geschlossen zu haben. Aber die Lage hatte sich gründlich geändert. Mit Herausbildung der Monopols als ökonomischer Basis waren die großen europäischen Märkte über nationale Ziele hinaus. Eroberung und Weltherrschaftsstreben nach außen entsprach der Reaktion auf der ganzen Linie im Innern. Rußland hatten innere Krisen daran gehindert, den europäischen Krieg vom Zaun zu brechen, und als es im Fernen Osten auf Japan stieß, holte es sich eine schimpfliche Niederlage, die im Innern die Revolution auslöste. Das Bollwerk der Reaktion war selber zu einem Zentrum der Revolution geworden. Nicht Rosa Luxemburgs Konzeption der revolutionären Vaterlandsverteidigung entsprach den herrschenden Verhältnissen in und zwischen den europäischen Mächten, sondern Lenins Analyse des Krieges als Raubkrieg der imperialistischen Mächte, wo die Arbeiterklasse eines jeden Landes im Interesse der proletarischen Revolution für die Niederlage der eigenen Bourgeoisie eintreten mußte, um diese Niederlage für den Sturz der Bourgeoisie zu nutzen.

Mit der russischen Revolution und der Errichtung der Sowjetunion schuf sich die Arbeiterklasse nach dem I. Weltkrieg die erste eigene Basis, die es auf alle Fälle gegen die imperialistischen Mächte wie gegen die inneren Feinde zu verteidigen galt. Die Bourgeoisie griff in Italien und Deutschland

teidigen", stellte Engels 1891 ange- ... oisie griff in Italien und Deutschland





Positionen westeuropäischer Marxisten-Leninisten zur Europäischen Gemeinschaft

Amada/TPO (Alle Macht den Arbeitern), Belgien: „Europäische Einheit für Unabhängigkeit und Frieden, für Demokratie und sozialen Fortschritt"

Die europäische Einheit ist eine Notwendigkeit, um den Weltfrieden zu sichern. (...)

I. Die russische militärische Bedrohung Europas ist bittere Realität.

1. Die Sowjetunion verstärkt ihre erdrückende Übermacht in Europa auf konventionellem Gebiet. Sie hat mit Amerika gleichgezogen auf dem Gebiet strategischer Kernwaffen. (...)

3. Seit der Niederlage in Vietnam-Laos-Kampuchea verharrt der amerikanische Imperialismus in einem Zustand der strategischen Passivität; er versucht zu behalten, was er besitzt, aber wird durch den russischen Vormarsch zurückgetrieben. Der Schutz des amerikanischen Atomschirms für Westeuropa wird immer weniger glaubwürdig.

4. Nur die Sowjetunion ist heutzutage in der Lage, einen globalen aggressiven Weltkrieg zu entfesseln. (...)

IV. Für eine starke und unabhängige europäische Verteidigung.

Es muß zu einer vollständig anderen Verteidigungspolitik kommen, die auf der Aufklärung, der Mobilisierung und der militärischen Ausbildung des ganzen Volkes beruht.

1. Einbeziehung des ganzen Volkes in die Verteidigung. Allgemeine Bewaffnung, Verbreitung der Waffenkenntnisse und der Ausbildung von Arbeitern und Werktätigen auf freiwilliger Basis. (...) 2. Für eine radikale Demokratisierung des Heeres. Völlige politische Freiheit und Freiheit der Organisierung für die Soldaten. Demokratische Wahlen der Offiziere. (...) Einführung eines vollwertigen Arbeiterlohns für alle Soldaten. (...) Verbot der Intervention der Armee eines Teilstaates von Europa in die internen Angelegenheiten eines anderen europäischen Staates. (...)

Ja zum Europa der Arbeitereinheit und der gewerkschaftlichen Einheit. Für eine europäische Kampffront der Arbeiter und Werktätigen für Arbeit, Wohlfahrt, Gleichheit und Demokratie

1. Ohne die EG wäre die Krise noch viel tiefer und allgemeiner. Die modernen Produktivkräfte haben eine hohe Entwicklung erreicht; große Produktionskapazitäten und starke Spezialisierung verlangen einen weiten Markt. Die Flugzeugindustrie, das Nachrichtenwesen, der nukleare Sektor verlangen ein europäisches Herangehen. (...)

Aus: Programm zur Beteiligung an den Europäischen Wahlen, 13.3.1979

Kommunistik Arbejderpartie (KAP), Dänemark

Dänemarks Mitgliedschaft in der EG ist vor allem gegen die Interessen der Lohnarbeiter gerichtet, ökonomisch, sozial und politisch. Mit der Durchführung der „Vier Freiheiten" des Kapitals ... und mit dem Aufbau eines internationalen Staatsapparates sind sowohl kurz- wie langfristige Interessen der Arbeiterklasse bedroht. Aber auch die Interessen der Kleinbourgeoisie und selbst gewisser Teile der Kapitalisten sind bedroht. Der Kleinbourgeoisie droht die totale Ausrottung unter der Konkurrenz der großen Monopolbetriebe. Gewisse Kapitalisten sehen ihre Profitmöglichkeiten eingeschränkt und wünschen deshalb den Austritt Dänemarks aus der EG. ... Gemeinsam ist der Arbeiterklasse, der Kleinbourgeoisie und einzelnen Kapitalisten, daß ihre jeweiligen Interessen bedroht sind von den Versuchen, die Souveränität des dänischen Staatsapparates zu untergraben und einen internationalen Staatsapparat aufzubauen. Deshalb kann der gesamte Widerstand unter der Parole gesammelt werden: Für nationales Selbstbestimmungsrecht...

Aus: Om det nationale spörgsmaal og campen mod EEC, 1974

Die „Boykottgruppe" versteht sich als Protest gegen die direkten Wahlen. Im Gegensatz zur „Volksbewegung gegen die EWG" und zu den politischen Parteien, die gegen die EWG sind, will die „Boykottgruppe" für eine möglichst geringe Wahlbeteiligung agitieren. Sie will dem Parlament die Unterstützung der Volksmassen entziehen und es damit als oberstes Organ der EWG unmöglich machen. Die „Boykottgruppe" lehnt die EG, das Europaparlament als Tribüne für den Widerstand gegen die EWG zu nutzen, als taktisch vollkommen falsch ab, unter anderem deshalb, weil die Kandidatur einzelner Gruppen und Parteien die Einheitsfront gegen die EWG zerstören wird.

Aus: Arbejderavisen, Zentralorgan der KAP, Nr. 29/79

Organización Revolucionaria de Trabajadores (Revolutionäre Arbeiterorganisation Spaniens, ORT)

Weit davon entfernt, die staatliche Souveränität der Mitgliedsländer real einzuschränken, stärkt und schützt das geeinte Europa, wenn es sich selbständig von USA und UdSSR bildet, diese und schafft bessere Bedingungen für die Verteidigung der nationalen Einheit.

Die Entwicklung der europäischen Einheit ist ein sehr komplexer Prozeß voller Schwierigkeiten und selbst Rückschlägen und wird es auch zukünftig sein. Ihr gegenüber stehen die beiden Supermächte, und in ihrem Innern gibt es Kräfte, die sich entgegenstellen... Die Schwierigkeiten für eine größere und weitere europäische Eini-

zum Mittel der faschistischen Herrschaft. Deutschland, Japan und Italien bereiteten die Neuverteilung der Welt vor. Der Faschismus wurde zur Hauptgefahr für die europäische Revolution, der imperialistische Charakter Englands, Frankreichs und der im Hintergrund lauernden USA hatte sich aber kein Härchen geändert. Erst mit dem Angriff des Hitlerfaschismus auf die Sowjetunion und dem antifaschistischen Krieg der Völker gegen die faschistischen Eroberer wurde der zweite Weltkrieg von dieser Seite her zu einem antifaschistischen Befreiungskrieg. Die Arbeiterklasse Deutschlands, Italiens und Japans hatte wie seit Kriegsausbruch für die Niederlage der Bourgeoisie ihrer Länder im Krieg einzutreten. Die Arbeiterklasse Frankreichs, Englands und der USA mußte den Krieg gegen die faschistische Allianz ebenfalls für die Revolution nutzen, indem sie eine Reihe revolutionärer Forderungen erhob, darunter vor allem sofortige Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Kolonien, die allgemeine Volksbewaffnung und Wahl der Offiziere und das Bündnis mit der Sowjetunion. Die Arbeiterklasse mußte eine selbständige bewaffnete Stellung erkämpfen. Stattdessen gelang es der Bourgeoisie selbst in Frankreich, die Arbeiterklasse nach der Niederlage des Faschismus ihrer Rechte und Waffen zu berauben. Ab dato hatte die europäische Arbeiterklasse die US-Supermacht zusätzlich im Genick.

Mit der Niederhaltung der Arbeiterklasse und dort, wo sie wie in Frankreich und Italien den bewaffneten Widerstand gegen den Faschismus geführt

reich und Italien den bewaffneten Widerstand gegen den Faschismus geführt

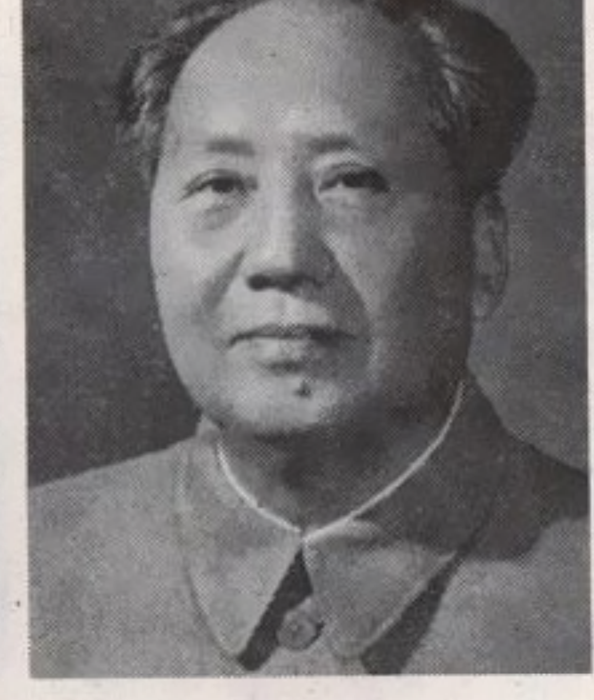
hatte, mit ihrer Entwaffnung, sowie mit der Errichtung seines Besatzerregimes in Westdeutschland sicherte der US-Imperialismus die Herrschaft der Bourgeoisie in Westeuropa und gleichzeitig seine Vorherrschaft, die nach Osten ausgedehnt werden sollte. Unter der Vorherrschaft des US-Imperialismus und im Bündnis mit ihm einigte sich die westeuropäische Finanzbourgeoisie über die Römischen Verträge. Ein gemeinsamer Markt wurde geschaffen und dieser gemeinsame Markt wurde vor allem auch ein Markt für die US-Konzerne. Amerikanisches Kapital wurde exportiert, um den europäischen Arbeitsmarkt zu nutzen und die vergleichsweise billige Arbeitskraft mit fortgeschrittensten Methoden auszubeuten. Wurde so die ökonomische Vorherrschaft über Westeuropa gesichert, so sorgen die US-Truppen dafür, daß dies Kapital nicht enteignet wird. Noch ehe im Osten die neue sozialimperialistische Supermacht entstand, hatte die europäische Revolution schon den US-Imperialismus zum unerbittlichen Feind. Mehr noch als durch das Bündnis der europäischen Mächte untereinander ist die europäische Revolution heute durch die zwei großen Militärpakte bedroht, denen die beiden Supermächte Europa unterworfen haben.

Diese Militärpakte der beiden Supermächte stützen sich auf die in den europäischen Ländern herrschende Finanzbourgeoisie, die im Innern der jeweiligen Länder der Hauptfeind der proletarischen Revolution ist. Die Frage entsteht, ob die europäische Revolution die EG im Kampf gegen die beiden Supermächte nutzen kann und ob die westeuropäische Arbeiterklasse zum Vorkämpfer der europäischen Gemeinschaft werden soll, um sie im Kampf gegen die beiden Supermächte zu revolutionären Maßregeln zu zwingen und die europäische Revolution mit Hilfe der EG zu verteidigen? Wir denken nicht. Die EG selber ist das beste Mittel der westeuropäischen Hauptmächte, um im Bündnis mit der einen oder anderen Supermacht die Revolution zu unterdrücken und die vereinigte Europäische Reaktion der Revolution entgegenzustellen, die auch heute wahrscheinlich nicht im Zentrum der europäischen Mächte, sondern in den Extremitäten der europäischen bürgerlichen Gesellschaft beginnen wird, selbst wenn ihre Ursachen nicht dort konzentriert sind, sondern in den europäi-

wenn ihre Ursachen nicht dort konzentriert sind, sondern in den europäi-

schen Hauptmächten und in den beiden Supermächten. Die EG wirkt als Reserve der europäischen Finanzbourgeoisie im Kampf gegen die Arbeiterklasse der europäischen Länder, ohne die beiden Supermächte aus dem Kampf um Europa herauszuhalten. Mit Hilfe der EG wurden bereits die spanische und die portugiesische Revolution unterdrückt und der Klassenkampf in Griechenland der Kontrolle der europäischen Hauptmächte unterworfen. Die Eingliederung in die EG ist die Quittung dafür. Nur die europäische Revolution kann die Vorherrschaft der beiden Supermächte brechen. Die europäische Revolution wird die EG jedoch sprengen müssen. Unvermeidlich wird sie auf die beiden Supermächte übergreifen.





gung überschneiden sich mit der existierenden und anhaltenden wirtschaftlichen Krise. Aber ein entschlossener Wille zu einheitlicher Politik kann ihnen ein Ende setzen, einschließlich denen, die sich durch die Aufnahmeanträge Griechenlands, Portugals und Spaniens ergeben.

Aus: Rede des Generalsekretärs der ORT Aldes vor dem „Club siglo XXI" am 20.12.1978

Partido del Trabajo de Espana (Partei der Arbeit Spaniens, PTE)

1. Die Einheit der EG entspricht dem Bedürfnis der europäischen Monopole, den Abstand zu den Supermächten zu verringern. Das erklärt ihren doppelten Charakter: ein imperialistisches Verhalten gegenüber der Dritten Welt, andererseits einen objektiv antihegemonistischen Gehalt.

2. In der gegenwärtigen Situation konnte die Propaganda der Monopole unseres Landes unter den Massen die Idee verbreiten, daß die Integration in die EG eine Lösung der grundsätzlichen Probleme unserer Wirtschaft bedeuten würde. Jedoch kann man diese Integration nicht als tatsächliche Lösung verstehen, denn unser Land würde nicht auf der Grundlage vollständiger Gleichberechtigung eintreten, vielmehr als abhängige Wirtschaft.

3. Die Stellung unserer Partei zu den Beziehungen zwischen Spanien und der EG ist durch folgende Feststellung bestimmt: Dem monopolistischen Spanien ist die Integration in die EG bestimmt. In vollem Bewußtsein dieser objektiven Tendenz tritt unsere Partei dafür ein, entschiedene Kämpfe gegen die Eintrittsbedingungen zu entfachen, die uns das spanische und europäische Großkapital aufzwingen wollen. Wir müssen von der Regierung die feste Haltung verlangen, die unmittelbaren Interessen der Arbeiterklasse, der Bauernschaft, der kleinen und mittleren Unternehmen zu verteidigen. (...)

6. In Erwägung, daß die Integration in die EG eine grundsätzliche Entscheidung für die Zukunft unseres Landes darstellt, verteidigt unsere Partei die Notwendigkeit, wenn der Augenblick gekommen ist, ein Referendum über diese Frage zu organisieren.

Aus: 4. Resolution des 1. Kongresses der PTE, März 1978

Britische Marxisten-Leninisten: Trotz reaktionärer Aspekte fortschrittliche Rolle der EG

z.hef.London. Die *Revolutionary Communist League of Britain* (Revolutionärer Kommunistischer Bund Britanniens) erklärt in ihrem im Juli 1977 vom ersten Kongreß der RCLB beschlossenen „Manifesto of the RCLB" (Manifest der RCLB): „Die Revolutionary Communist League unterstützt die Versuche der Bourgeois-Regierungen in Westeuropa, sich politisch und wirtschaftlich zusammenzuschließen, um sich der Drohung durch den sowjetischen Sozialimperialismus und der Kontrolle durch den US-Imperialismus zu widersetzen. In dem gegenwärtigen Kampf gegen die Supermächte ist das Bestehen und die Erweiterung der EWG in erster Linie positiv. Zugleich müssen die revolutionären Kommunisten entschlossen gegen alle Versuche der Bourgeoisien Westeuropas auftreten, ihre Ausbeutung und Unterdrückung der kleineren Nationen Europas zu verstärken. Wir werden dauernd darauf hinweisen, daß die Klasseninteressen der Bourgeoisie unvermeidlich zu wiederholten Streitereien zwischen den Regierungen Westeuropas führen werden und keine verlässliche Basis für die Einheit der Völker Westeuropas darstellen können. Nur der Geist des proletarischen Internationalismus kann die Völker Westeuropas fest gegen die beiden Supermächte zusammenschließen."

Im Januar 1978 griff die RCLB in ihrer Zeitung Class Struggle (Klassenkampf) die Labour-Regierung an, weil diese die Gesetzgebung für die Wahlen zum Europaparlament verzögere und sie deswegen nicht wie geplant 1978 stattfinden könnten. „Die sogenannten ‚linken' Labourleute und die revisionistische ‚kommunistische' Partei haben das zu einem Sieg gemacht und gesagt, alles, was die EG schwächt, ist ein Schritt nach vorn für das britische Volk. Revolutionäre Kommunisten weisen diese opportunistische Auffassung zurück. Während die EG gewisse reaktionäre Aspekte hat, ist ihre Stärkung gegenwärtig eine gute Sache, weil dies die zwei Supermächte schwächt, die Sowjetunion und die USA." Zur Wahl selbst stellt der Autor fest: „Die EWG ist eine monopolkapitalistische Institution, und es ist unmöglich, Wahlen dazu zu nutzen, den Sozialismus hinein- und den Kapitalismus hinauszuwählen."

In der folgenden Ausgabe druckte „Class Struggle" einen Artikel, in dem der Kampf britischer LKW-Fahrer gegen die geplante Vorschrift zur Benutzung von Fahrtenschreibern unterstützt wird. „Dieser Streik richtet sich gegen Verordnungen des Gemeinsamen Marktes. Es ist ein gerechter Kampf. (...) Im letzten Monat erklärte Class Struggle deutlich, warum die europäische Einheit notwendig ist, um die wirtschaftliche, politische und militärische Vorherrschaft der beiden Supermächte zu bekämpfen, und daß die britischen Arbeiter aus diesen Gründen das Bestehen der EWG unterstützen sollten. Zur selben Zeit machten wir deutlich, daß sie noch eine kapitalistische Institution ist, und daß die Arbeiter den Klassenkampf in der EWG weiterführen müssen, wie sie es jeden Tag in Britannien tun."

Die RCLB und die *Communist Workers Movement* (Bewegung Kommunistischer Arbeiter) führen seit längerem gemeinsame Veranstaltungen und Aktionen durch und diskutieren über einen möglichen Zusammenschluß. Die CWM schreibt in ihrem neuen Programm, das gerade veröffentlicht wurde: „Die Bourgeoisien Westeuropas haben sich zusammen in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gruppiert. Die Tendenz zur Solidarität unter ihnen, ausgedrückt in der EG, hat eine politisch fortschrittliche Rolle, insoweit sie die Unabhängigkeit von den USA fördert (die nur zu bereit sind, Westeuropa in ein Schlachtfeld verwandelt zu sehen, nur zu glücklich wären, bis zum letzten Europäer gegen die UdSSR zu kämpfen) und der sowjetischen Strategie entgegenwirkt, die Ziele ihrer Aggression aufzuspalten und nacheinander zu schlucken."

Weder RCLB noch CWM haben sich in den letzten Monaten in ihren Publikationen zur „Europa-Wahl" am 7. Juni geäußert. Aber beide teilen mit, daß sie sich nicht an der Wahl beteiligen werden und, weil keine revolutionäre Organisation zur Wahl steht, zum Boykott aufrufen werden.

Marxisten-Leninisten Frankreich: „Dies ist nicht unser Europa, für das Europa der Arbeiter!"

z.pel.Paris. Die Haltung der beiden wichtigsten marxistisch-leninistischen Organisationen Frankreichs gegenüber der Europäischen Gemeinschaft und den Wahlen zum Europäischen Parlament ist in verschiedenen Erklärungen und Artikeln in den jeweiligen Zentral- und Theoretischen Organen umrissen. Das Zentrale Komitee der *Kommunistischen Partei Frankreichs Marxisten-Leninisten* (PCML) hat seine Stellungnahme mit den folgenden Losungen abgeschlossen: „Gegen die Sanierungspolitik, gegen die Unterdrückung der Volksmassen durch die europäischen Bourgeoisien. Gegen die beschleunigte Vernichtung der kleinbäuerlichen Produktion. Für den Zusammenschluß der europäischen Völker und Länder gegen die Hegemonialpolitik der zwei Supermächte, insbesondere der UdSSR." Es hat erklärt, daß eine Beteiligung an den Wahlen mit eigenen Kandidaten nicht möglich ist, denn: „Gegenwärtig haben wir nicht die Mittel, diese Kampagne zu führen, was uns nicht hindert, uns an der politischen Schlacht anläßlich der Wahlen aktiv zu beteiligen." (ebd.) Die *Revolutionäre Kommunistische Partei Frankreichs* (PCR) hat noch keinen förmlichen Beschluß veröffentlicht. Ebenso wie die PCML führt sie jedoch seit einigen Wochen die öffentliche Auseinandersetzung. In den Grundfragen stimmen beide Organisationen überein. Wir zitieren im Folgenden aus den Dokumenten.

„Dieses Europa der europäischen Bourgeoisie kann nicht das unsrige sein"

„Europa, das ist eine Serie von Maßnahmen zur wirtschaftlichen Integration, von verschiedenen Angleichungen, die es den Kapitalisten ermöglichen, über einen viel größeren Markt als ihren nationalen zu verfügen. Es bedeutet auch Versammlung der Bourgeoisien, um ihre Anstrengungen gegen die Arbeiter, vor allem in ihrer Unterdrückung, zu koordinieren." (le quotidien du peuple, 15.4., Zentralorgan der PCR)

„Diese kapitalistische Union gestattet es den Bourgeoisien und den europäischen Monopolen, die Ausbeutung der Völker Europas mit Hilfe beschleunigter Kapitalkonzentration in verschärfter Konkurrenz zu intensivieren. Die Folgen für die Arbeiter sind: Rationalisierung und Entlassungen in bezug auf die Arbeiterklasse. Beschleunigung der Vernichtung armer Schichten und des Bauernstandes." (Die PCML und Europa, Resolution des 3. Kongresses)

„Zu sagen, daß wir immer alle negativen Folgen der europäischen Integration bekämpfen, darf nicht heißen, die positiven Aspekte zu leugnen"

„Die Frage ist, ob die EG sich den beiden Supermächten widersetzen kann, ob ihre Einheit hilft, mit einer

festen Haltung gegenüber den Hege-

festen Haltung gegenüber den Hegemoniebestrebungen, besonders des Hauptkriegstreibers UdSSR, den Krieg aufzuschieben. (...) Die objektive Grundlage für eine Begrenzung des sowjetischen Drucks ist vorhanden, und wir müssen unsere Bourgeoisien zwingen, eine weniger kapitulantenhafte Haltung einzunehmen." (le quotidien, 18.3.)

„Europa ist Schlüsselpunkt ihrer Rivalität, strategischer Gegenstand des Krieges, den sie vorbereiten... Die Tendenz zur Union unter den europäischen Völkern hat sich, zunächst gegen die amerikanische Beschlagnahme, dann gegen die Drohungen, Erpressungen und Schikanen der beiden Supermächte verstärkt. (...) Das Interesse der monopolistischen Bourgeoisien an Höchstprofit hat diese Union gegen die Kontrolle durch den amerikanischen Imperialismus geführt. (...) Die PCML hält den Kampf der europäischen Union gegen die Hegemoniebestrebungen der beiden Supermächte für positiv, soweit er im Interesse der Völker geführt wird (z.B. wenn er sich gegen die Benutzung von Luftwaffenstützpunkten durch den US-Imperialismus richtet oder die 200-Meilenzone eingerichtet wird)." (Die PCML und Europa)

„Unter der Bedingung, daß sie wirklich dem Widerstand gegen die Supermächte und so der Verzögerung des Krieges dient..., kann die europäische Integration heute der Gesamtheit der europäischen Arbeiterklasse bei ihrer strategischen Aufgabe, dem Aufbau des Sozialismus, helfen." (le quotidien, 18.3.)

Italienische Marxisten-Leninisten: Gegen die NATO, für Einheit gegen die Supermächte

z.ulg.Rom. Der italienische *MLS* (Bewegung der Werktätigen für den Sozialismus) betont in den Thesen seines letzten Kongresses: „Die Frage der NATO ist vor allem eine europäische Frage. Unabhängigkeit und Demokratie können in den europäischen Ländern nicht im Vertrauen auf die eine oder die andere Supermacht erreicht werden, sondern in erster Linie, indem die europäischen Völker Bewußtsein und Fähigkeit erlangen, sich zu vereinigen und gegen die USA und die UdSSR zu verteidigen. Daher muß man die Tendenz zur Einheit Europas gegen die beiden Supermächte unterstützen und gleichzeitig für den Abzug aller ausländischen Stützpunkte und Truppen aus ganz Europa kämpfen."

Dieser Zusammenschluß erscheint geradezu als *Voraussetzung* der proletarischen Revolution. „Der Aufbau einer Opposition... wirft nicht die Frage der Fesseln auf, die die europäische Integration der Entwicklung der Revolution in Italien anlegen würde, sondern das große Problem des notwendigen Niveaus der Integration und Einheit in der Gemeinschaft, damit die Hypothese des revolutionären Prozesses in unserem Land ein politisches Projekt wird."

In einem kürzlich zusammen mit der „Europäischen Föderalistischen Bewegung" veröffentlichten Dokument werden u.a. folgende gemeinsame Ziele genannt: „Errichtung einer neuen Weltwirtschafts- und -währungsordnung, zu der Europa nur vereinigt einen Beitrag leisten kann." Voraussetzungen dieser Einheit seien freilich: „die europäische Währung, eine Dimension des europäischen Haushalts, die die Förderung der Konvergenz der nationalen Wirtschaftspolitiken ermöglicht, eine effektive Regierung der Gemeinschaft."

Die *OC/ML* (Kommunistische Organisation) hält den Einigungsprozeß der westeuropäischen Imperialisten trotz aller Widersprüche der Konkurrenz für unaufhaltsam. Zwar werde dies die Reaktion nach innen erleichtern und die Mobilisierung der industriellen Reservearmee der „Beitrittskandidaten" den Druck auf die Arbeiterklasse noch verstärken. Trotzdem müsse die Arbeiterklasse jeden Schritt zur Einheit unterstützen, weil diese sich gegen die beiden Supermächte richte. Zudem würde ungezügelte Konkurrenz zwischen den einzelnen Monopolbourgeoisien die Kampfbedingungen der Arbeiterklasse noch verschlechtern. Innerhalb der EG müsse das Proletariat den Kampf für Demokratie und gegen jede Einmischung in die Angelegenheiten der einzelnen Länder führen, um die Revolution vorzubereiten.

Die OC/ML geht davon aus, daß es praktisch unmöglich sei, dem Krieg in Europa durch die Revolution zuvorzukommen. „Letzten Endes müssen die Marxisten-Leninisten von dem Bewußtsein ausgehen, daß die Faktoren des Krieges in Europa heute die Faktoren der Revolution überwiegen. (...) Nur indem die Faktoren der Revolution gestärkt und die Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen geändert werden, wird dem Krieg entgegengetreten und werden die Bedingungen geschaffen, damit dieser, wenn er einmal ausgebrochen ist, in den revolutionären Krieg umgewandelt werden kann."

Beide Organisationen sind grundsätzlich für eine Beteiligung an den Europawahlen. Das MLS will sich – im Rahmen eines Wahlbündnisses – auch tatsächlich beteiligen, während die OC/ML meint, ihre Kräfte würden das gegenwärtig nicht zulassen.

„Waffe“ für das „Gefecht“ um den Weltstahlmarkt

Die Arbeiter von P & S kämpfen gegen die Rationalsierungs- und Stillegungspläne des Vorstandes

r.erk. „Wir müssen ... uns heute die Waffen für den künftigen Konkurrenzkampf schmieden.“ Dies äußerte Mitte letzten Jahres der Vorsitzende des Vorstands der Peine & Salzgitter AG im „P & S Stahlkurier“. Und weiter: „In diesem Gefecht drohte die europäische Stahlproduktion auf der Strecke zu bleiben ...“ Der Krieg ist nur die Fortsetzung der imperialistischen Konkurrenz mit anderen Mitteln – und schließlich hat man als Vorstand des Konzerns, der die Erbmasse der „Reichswerke Hermann Göring“ übernommen hat, besondere Verpflichtungen. Wen wundert da die militärische Ausdrucksweise. Was sind die „Waffen“? Darauf antwortet der Vertreter des Staatsmonopols folgendermaßen: „Umstrukturierung und Modernisierung der Stahlunternehmen, Stillegung von überschüssiger Kapazität und Reorganisation des Stahlmarktes. Auch P & S wird sich weiter anpassen müssen“. Was sich die Leitung des Konzerns unter „anpassen“ konkret vorstellt, konnten die Arbeiter am 15.9.1978 dann aus dem Radio erfahren. Schließung des Ilseder Hochofenwerks, des Sintermetallwerks sowie des Kraftwerks. Die Roheisenerzeugung soll auf das Werk Salzgitter konzentriert werden und die Feineisenstraße stillgelegt werden. Das Werk in Peine soll weiter auf die Produktion von Profilstahl spezialisiert werden, die Block- und Halbzeugstraße soll stillgelegt werden. Für beide Werke soll eine zusätzliche Stranggußanlage angeschafft werden. Insgesamt sollen 1000 Arbeiter „eingespart“ werden.

Sofort nachdem der Vorstand des Konzerns die Katze aus dem Sack gelassen hat, haben die Arbeiter einen Warnstreik durchgeführt. Auf einer anschließenden Betriebsversammlung wurde die Forderung erhoben „keine Stillegung des Werks Ilsede“. Alle Arbeiter des Bezirks haben sich mit der Forderung solidarisiert. Auf einer Demonstration vor drei Wochen nahmen Delegationen aus den verschiedensten Betrieben des Salzgitter-Konzerns teil. Die Arbeiter von Peine und Salzgitter haben ihren Kampf gegen die Stillegung immer als einen Teil des Kampfes gegen die Verschärfung der Ausbeutung durch Lohnsenkung, Rationalisierung und die Ausdehnung des Arbeitstages geführt. Während des großen Stahlarbeiterstreiks haben sie sich gegen die Linie der Abspaltung und Schwächung gewendet und die sofortige Einreihung in die Streikfront gefordert. Streikbrecherarbeiten durch Überstunden wurden verweigert. Mit einem Warnstreik am 4. Januar bekräftigten 1800 ihre Entschlossenheit, gegen Lohnsenkung und für die 35-Stundenwoche zu kämpfen.

Zwei Tage nach der letzten Demonstration der Arbeiter gegen die Stillegung des Hochofenwerks fand am 6. April eine Sitzung des Aufsichtsrats von P & S statt, auf der der Plan des Vorstandes von den „Arbeitnehmervertretern zurückgewiesen wurde.“ Zumindest ein Aufschub scheint erreicht, Ersatzarbeitsplätze sollen irgendwie „geschaffen“ werden. Entspricht es aber überhaupt den Interessen der Arbeiter, den Kampf für ihre Interessen als Bettelei um einen Ausbeuter zu führen? Und zeigt dies nicht auch, daß Verstaatlichung keineswegs die Ausbeutung beendet, sondern sie eher noch verschärft, solange der Staat kapitalistischer Staat, Instrument der Unterdrückung der Arbeiterklasse und des Volkes ist?

Aufgeschreckt durch den Kampf der Arbeiter hat die örtliche Bourgeoisie sich mit der örtlichen Sozialdemokratie zusammengesteckt und einen Koordinierungsausschuß zur Erhaltung des Hochofens Ilsede gegründet, der vor kurzem noch „Koordinierungsausschuß zur Förderung der Wirtschaft beim Landkreis Peine“ hieß. Philipp von Bismarck, CDU, wie Vertreter des DGB und der IGM sitzen einträchtig zusammen – ein breites Bündnis gegen die Monopolherren.

Das Geheul, das die kleinen Kapitalisten der Gegend seit Bekanntwerden der Stillegungspläne anstimmen, kann man gut verstehen. Ob die Arbeiter, die ebenfalls gegen die Stillegung sind, sich aber und ihre Interessen dieser Führung anvertrauen können ist dabei eine ganz andere Frage. Wird die Hütte dicht gemacht, gehen Zulieferfirmen zu Grunde. Wie fest der Konzern die bürgerlichen Politiker und kleinen Kapitalsiten an der Leine hat, wird deutlich an dem Versuch des Kreises Peine, der Mitte der 60er Jahre versuchte, andere Kapitalisten anzulocken. Dieses Vorhaben wurde von der „örtlichen Großindustrie“ unterbunden. Das Stahlmonopol fürchtete damals „eine schlechte Lage auf dem Arbeitsmarkt, gegenseitiges Abwerben und Überbieten.“ Solange es gut ging, hat die örtliche Bourgeoisie kräftig mit profitiert und gekuscht. Jetzt winselt sie viel über die „einseitige Wirtschaftsstruktur“ und appelliert an „volkswirtschaftliche Verantwortung“ der Bundesregierung. Jetzt vertritt sie auf einmal die angeblich gleichen Interessen wie die Arbeiter. Zweck des Manövers ist es jedoch, Subventionen zu ergattern, um dem Monopol und sich selbst weiterhin die profitable Ausbeutung der Arbeiter zu sichern.

Diese Leute, die im Windschatten des großen Kapitals segeln müssen, deren Kapital zu klein ist, um mit den großen Monopolen zu konkurrieren, nicht aber zu klein, um sich an der Ausbeutung der Arbeiter zu beteiligen, sie hätten es gern, wenn die Arbeiter von P & S ihre Kampfkraft für die „Rettung der Peiner Wirtschaft“ einsetzen würden. Auf den Demonstrationen zum 1. Mai werden die Stahlarbeiter in ihrem Kampf gegen die angedrohten Entlassungen die Unterstützung ihrer Klassenbrüder erfahren – weil ihre Interessen sind gleich.

Ilseder Hütte erst vom Monopol geschluckt – Jetzt stillgelegt?





1970, zu Beginn eines beispiellosen Stahlbooms, laut Bourgeiosie, wurde das Ilseder Hüttenwerk von der Salzgitter Hütten AG geschluckt und mit deren Hüttenteil zur Stahlwerke Peine & Salzgitter AG umgewandelt. In den letzten Jahren wurde aus den Arbeitern ein Profit von 1,3 Milliarden DM herausgeholt. Im Zuge von Rationalisierungsmaßnahmen soll jetzt das Ilseder Werk dicht gemacht werden. Sofort nach dem Bekanntwerden der Stillegungsabsichten haben die Arbeiter den Kampf dagegen aufgenommen.

Ausweitung der Zeitverträge, Lohnsenkung, Mehrarbeit

Pläne der Reaktion für die neue Personalstruktur an den Hochschulen

r.hep. Am 16.1.79 hat der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK) ein Kommissionspapier vorgelegen („zur Sicherung und Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses“), das unseres Wissens ohne grundlegende Änderungen angenommen wurde. Darin heißt es: „Wissenschaft und Forschung leben von der kontinuierlichen Erneuerung des personellen Potentials“. Und weiter: „Wiss. Mitarbeiter und Hochschulassistenten unterstützen und ergänzen die Professoren in deren Lehraufgaben und erteilen insoweit weisungsgebundene Lehre“. Und schließlich: „Es ist unbedingt sicherzustellen, daß nicht unter dem Druck der sozialen Probleme die Zahl zeitlich unbefristeter Anstellungen über das erforderliche Maß hinaus anwächst... Die Bestenauslese unter den sich qualifizierenden muß möglich bleiben“. Es wird gefordert, „die Zahl der Dauerstellen möglichst gering zu halten; nur so ist auch in Zukunft die erforderliche Mobilität gewährleistet. Landesweit sollten im Durchschnitt 20% der Stellen für wiss. Mitarbeiter als Dauerstellen ausgestaltet werden... Auslaufende Beschäftigungsverhältnisse sind strikt zu beenden.

Pestel ist entschieden daran, diese Marschrichtung umzusetzen. Die ca. 3000 Stellen für wiss. Assistenten werden zu max. einem Drittel in Hochschulassistentenstellen und zu ⅔ in Stellen für wiss. Mitarbeiter aufgesplittert. Die Befristung ist für beide Stellentypen kürzer als bei den derzeitigen Assistenten, nämlich 3 bzw. 4 Jahre; nur nach erneuter Prüfung kann ein Hochschulassistent drei Jahre, ein wiss. Mitarbeiter 1 Jahr Verlängerung erhalten. Nach dem Wunsch der WRK sollen beide weisungsgebunden lehren. Das Lehrdeputat für wiss. Mitarbeiter wird gegenüber den Assistenten verdoppelt. Gleichzeitig werden Lehraufträge und Stellen für wiss. Hilfskräfte enorm ausgeweitet. Hinzu kommen Lehrkräfte auf ABM-Stellen. Billigste bzw. nahezu kostenlose Vernutzung (bei den ABM-Stellen) von Arbeitskraft durch den Dienstherren! Gemäß den Haushaltsplänen für die Universität Osnabrück sind die Mittel für wiss. Hilfskräfte 1977-79 von 0,649 Mio. auf 1,139 Mio. (d.h. um 75%!) gestiegen: „Mehr infolge Anwachsens der Studentenzahlen sowie Ausbau des Lehrkörpers“, heißt es zur Erläuterung. Ein wiss. Hilfskraft (ohne Examen; 92 Std.) erhält brutto ca. 900 DM pro Monat. Die Mittel für Lehraufträge stiegen von 0,184 Mio. auf 0,284 Mio. (d.h. um 55%). Ersetzt Pestel einen 4-stündig lehrenden Assistenten durch einen Lehrauftrag kostet ihn dies nur 2000 DM pro Semester.

Das Mittel, um den „Mittelbau“ in die Rolle lohngesenkter Befehlsempfänger zu treiben, heißt Spaltung. Durch die laufende „Überleitung“ in die neue Personalstuktur soll die Bewegung unter den Assistenten für unbefristete Arbeitsverhältnisse zerschlagen werden. Zunächst sollen die Fachbereiche feststellen, welcher Assistent (ak. Rat) bisher die Tätigkeit eines Hochschullehrers oder eines Hochschulassistenten wahrgenommen hat. Hier setzt Pestel auf das politische Selektionsvermögen seiner Professoren. Wer nach diesem Siebverfahren im Netz bleibt, wird schließlich erneut durch eine Kommission auf „Qualifikation“ abgeklopft; das letzte Wort hat dann ohnehin Pestel selbst. Auf Druck der Assistenten wurde z.B. in Osnabrück für 130 Assistenten und Räte von den Fachbereichen „festgestellt“, was faktisch die überwiegende Mehrheit des Mittelbaus in Niedersachsen seit Jahren wahrnimmt: Hochschullehrertätigkeit (d.h. selbstständige Lehre und Forschung). Auf dieser Ebene, betreibt die Professorenreaktion dann auch die Auswahl nach politischer Loyalität und Gesinnung, wo sie kann.

Kurzfristig muß die Überleitung zumindest auf eine Hochschulassistentenstelle gefordert werden für jeden, der sie beantragt hat. Wird dies durchgesetzt, sind die Kampfbedingungen für einen gemeinsamen Kampf von wiss. Hilfkräften, wiss. Mitarbeitern und Hochschulassistenten für unbefristete Verträge verbessert.

Auch nach den Wahlen keine Ruhe für Westberliner Gesundheitssenator

r.jod. In einem Brief an die Ärztekammer hat die Arbeitsgemeinschaft der Krankenkassen in Westberlin jetzt indirekt die Forderung nach mehr Personal anerkannt. Für „ausgewogene Verhältnisse speziell im Krankenpflegebereich“ heißt es in dem in der „Morgenpost“ vom 20.4. veröffentlichten Brief. Der Vorstand der Krankenkassen hat deshalb aber keineswegs seine bisherige Haltung aufgegeben, denn „gerade beim sonstigen Personal der städtischen Krankenhäuser in Berlin ist die Menge des vorgehaltenen Personals nach wie vor erheblich zu kritisieren, da es entgegen allen Erfahrungswerten in der Bundesrepublik, in einer absolut unvernünftigen Relation zum Pflegepersonal steht“.

Im DRK-Krankenhaus Jungfernheide führen die Stationshilfen, die unter das sogenannte „sonstige Personal“ fallen, einen hartnäckigen Kampf um die 40-Stundenwoche an fünf Arbeitstagen. In einer Resolution, die fast alle Stationshilfen, sowie viele Beschäftigte unterschrieben haben, wenden sie sich gegen die Pläne des Dienstherrn, 30-Stunden-Teilzeitverträge für die Stationshilfen abzuschließen, was Lohnsenkung bei Verdichtung des Arbeitstages für die Beschäftigten zur Folge hätte.

Im Klinikum Steglitz hat der Personalabteilungschef Hiller den Krankentransportern geschrieben, daß er demnächst nur noch Beschäftigte mit 30-Stunden-Teilzeitverträgen einstellen wolle, da die Hauptbelastung des Krankentransports zwischen 9 Uhr un 11.30 Uhr liege und sich dies darüber abfangen ließe. Der Personalrat hat dies abgelehnt und die ÖTV-Betriebsgruppe hat beschlossen, erneut eine Flugblattaktion in der Stadt durchzuführen.

Am 23.4. entscheidet der ÖTV-Bezirksvorstand darüber, ob am 19.5. ein zentraler Aktionstag der ÖTV in ganz Westberlin gegen die kapitalistische Rationalisierung im Gesundheitswesen durchgeführt wird. Hatte Gesundheitssenator Pätzold gehofft, nach den Wahlen aus der Schußlinie zu kommen, so hat er sich gründlich geirrt. Ein zentraler Aktionstag der ÖTV ist eine gute Gelegenheit, ihn zur Erfüllung seiner gemachten Versprechungen bezüglich der Neueinstellung von mehr Pflegekräfte zu zwingen.

Erster Erfolg im Kampf gegen Isolationshaft in Celle

r.ine. Nach 4½ Monaten Haft sind am 20.4.1979 für die drei Gefangenen Dellwo, Herlitz und Stürmer in der JVA Celle I erste Lockerungen der Dauerisolation erkämpft: Umschluß von ca. 18 bis 21.30 Uhr und Hofgang gemeinsam, Möglichkeit, Akten und Bücher auszutauschen. In Unterstützung des Hungerstreiks der Gefangenen hatten zwei Veranstaltungen in Celle und Hannover stattgefunden. Resolutionen mit der Forderung nach Aufhebung der Isolation und Schließung des Traktes wurden verabschiedet. Die Vereinigung niedersächsischer Strafverteidiger hat dem Justizministerium für den 26.4.1979 das Besichtigung des Traktes und der Sondermaßnahmen in der JVA angekündigt, ebenso die ÖTV, Fachgruppe Richter und Staatsanwälte. Die Gefangenen brachen jetzt ihren Hungerstreik nach 35 bzw. 31 Tagen Dauer ab. Die Anstalt hatte noch ab 17.4.1979 durch Zwangsernährung versucht, den Kampf der Gefangenen zu brechen. Das ist nicht gelungen, denn die mit der Zwangsernährung befaßten Bediensteten wandten sich gegen diese Maßnahme; zwei Angehörige der Personalvertretung der Bediensteten nahmen teil an der Verhandlung mit den drei Gefangenen über die Lockerungen.

VW stellt ein – 2000 für Akkord

düb.r. „Die tariflichen Regelungen und Betriebsvereinbarungen haben einen Beschäftigungseffekt“, so Gesamtbetriebsratsvorsitzender Ehlers. Schmücker nutzt den relativ niedrigen Lohnabschluß; er wird die zusätzlichen Arbeiter praktisch umsonst ausbeuten: 2,2% betrug die Differenz zwischen der 6,5% Forderung und dem 4,3% Abschluß. Bei einer monatlichen Gesamtlohnsumme der VWAG von rund 260 Mio. DM macht das eine Ersparnis von 5,7 Mio. Eingestellt werden die neuen Arbeiter in den unteren Lohngruppen, bei 2000 DM monatlich, so daß Schmücker noch eine runde Million übrigbehält. Die Versuche der Sozialdemokraten, den niedrigen Abschluß zu vertuschen und die Forderungen für die Abschaffung der Akkord und Schichtarbeit zu verdrehen, werden bekämpft. 4 Arbeiter der Lackiererei, Werk Wolfsburg, haben in einem Brief den Warnstreik der belgischen ARbeiter am 19.4. und das Urabstimmungsergebnis von 83% gegen das Angebot der VWAG begrüßt: „bleibt hart, (....) auch wir haben bei unserem Warnstreik im Tarifkampf 78 die Erfahrung gemacht, daß das die Sprache ist, die der VWKonzern versteht, unsere Unterstützung habt ihr.“ Die belgischen Arbeiter fordern die 36-Std.-Woche, 5 bfr Erhöhung der Schichtprämie und eine Lohnerhöhung von 6 bfr, das Angebot erfüllt gerade 25% der Forderungen. 37 VWArbeiter aus der Hinterachsenfertigung, Werk Braunschweig haben in einem Brief an die IGM geschrieben: „Am 1. Mai erheben die Arbeiter in aller Welt auf Kundgebungen und Demonstrationen ihre Forderungen. Wir halten für am dringendsten: Ausreichender Lohn bei einem normalen Arbeitstag, Festgelderhöhungen, keine Akkordverschärfung als Schritt zum völligen Verbot des Akkords und aller akkordähnlichen Systeme!“

Bauern von Lüchow-Dannenberg besetzen Kreishaus

r.mas. Der Kreislandvolkvorstand hat sich in einer Resolution eindeutig gegen die Wiederaufbereitungsanlage ausgesprochen und beschlossen, einen Gorleben-Ausschuß einzurichten. Das ist ein großer Fortschritt in der Einheit der Bauern, der viele Probleme der Organisierung ihres Kampfes erleichtert. Die Bauern haben in der Woche vor Ostern 4 Mal das Kreishaus besetzt und die örtlichen Politiker gezwungen, Farbe zu bekennen. Am 11.Mai soll jetzt die geforderte Bürgerversammlung stattfinden. Der Kreisausschuß des Kreistages sieht sich dermaßen unter Druck, daß er Schmidt und Albrecht auffordert, nach Gorleben zu kommen. „Sollten Bundeskanzler und Ministerpräsident dieser Forderung nicht entsprechen, sieht sich der Kreisausschuß zu einer weiteren sachlichen Zusammenarbeit ...in dieser Frage außerstande.“, schreibt der Ausschuß an den Kanzler. Die Bauern beraten einen Treck nach Bonn, falls die Regierung an ihrem Energieprogramm festhält.

Nieder mit dem imperialistischen Energieprogramm!

Dicke Profite mit Solartechnik/ Energiesparzwang für die Massen zwecks Expansion der Imperialisten

b.ulh. Die Energieversorgung brennt den Kapitalisten unter den Nägeln. Lambsdorff auf der Eröffnungsveranstaltung der Hannover Messe:,,Die Bundesrepublik müsse mit aller Kraft die Politik des ,Weg vom Öl' fortsetzen... Die Bundesregierung erwarte von den Verbrauchern und der Industrie, daß sie äußerste Anstrengungen unternehmen, weiterhin verstärkt Energie einzusparen... All das und die forcierte Entwicklung neuer Technologien reiche aber nicht aus, um auf die Kernenergie und ihren begrenzten Ausbau zu verzichten." (Welt, 19.4.)

Die Revolution im Iran und der feste Zusammenschluß der Länder der Dritten Welt zwingen die Imperialisten, sich ,unabhängig' zu machen. Weder können sie sich das Öl der Dritten Welt zum Schleuderpreis aneignen, noch können sie auf ungehinderten Zugriff jederzeit und in jeder Menge hoffen. Das aber ist Voraussetzung, wollen die BRD-Imperialisten einen neuen Standard in der Ausbeutung setzen und im Kampf um Absatzmärkte triumphieren. Ohne Strom und Benzin läuft keine Maschine und kann keine Ware transportiert werden. Die Kapitalisten wollen aber an verbesserten Maschinen bei verschärfter Ausbeutung mehr produzieren und auf den Markt schaffen lassen. Müssen sie sich den Markt mit kriegerischen Mitteln erobern, brauchen sie erst recht Energie.

Folgendermaßen verteilt sich der Energiebedarf in der BRD.

Energiebedarf 1976/ Strombedarf 1977

Industrie	35%	653%)
Verkehr	20%	(3%)
Kleinver-braucher	18%	(19%)
Haushalt	27%	(25%)

(Energie auf einen Blick, ZVEJ Frankfurt 1978)

Mit dem Energieprogramm ist die Bourgeoisie – vor allem was den Ausbau der Kernkraftwerke und Wiederaufbereitungsanlagen angeht – weit zurück. Also muß etwas geschehen, um die Profite der Kapitalisten trotzdem zu gewährleisten. In einem Beiheft der „Welt" zur Hannover-Messe wird gesagt, was: „Der größte Anteil des leichten Heizöls entfällt mit 34% auf

Bourgeoisie – vor allem was den Ausbau der Kernkraftwerke und Wiederaufbereitungsanlagen angeht – weit zurück. Also muß etwas geschehen, um die Profite der Kapitalisten trotzdem zu gewährleisten. In einem Beiheft der „Welt" zur Hannover-Messe wird gesagt, was: „Der größte Anteil des leichten Heizöls entfällt mit 34% auf

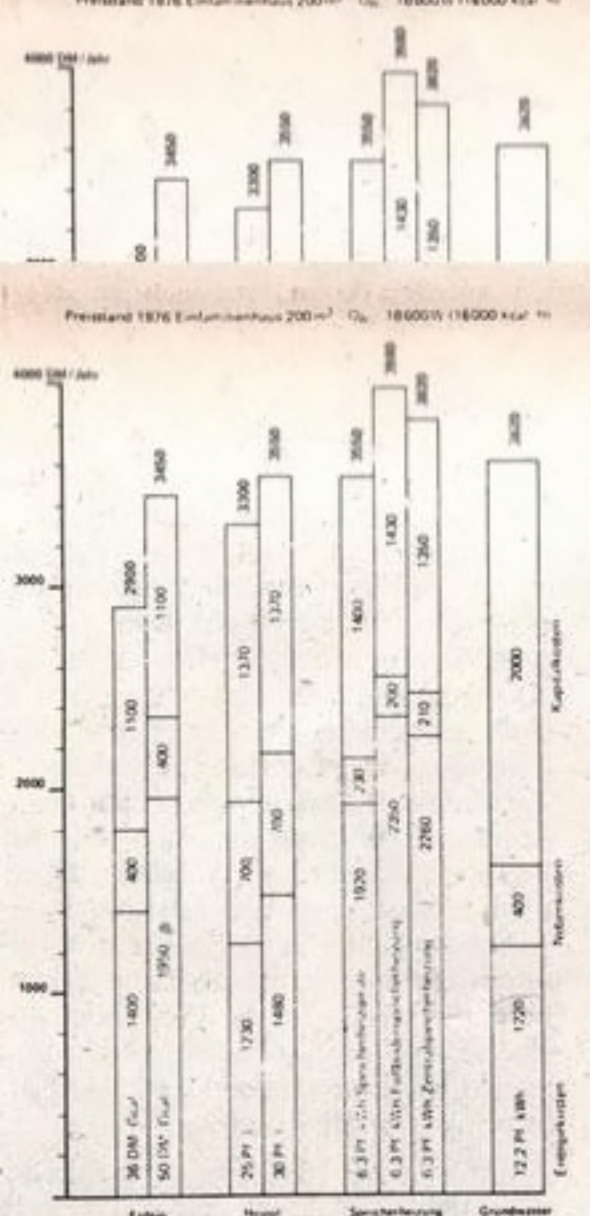
die Raumheizung, weiter 23% auf den Verkehrssektor (Benzin, Dieselöl). Da hier nicht die gleichen günstigen Substitutionsmöglichkeiten, wie bei der Heizung bestehen, wird es notwendig werden, bei knapp und knapper werdendem Ölangebot aus dem derzeitigen Ölverbrauch für die Heizung Mineralöl für den Straßenverkehr frei zu machen, wenn nicht auch dort erhebliche Beschränkungen auferlegt werden sollen. Beim Verkehr schluckt den größten Anteil des Mineralöls der individuelle Straßenverkehr."

Bis 1985 schätzt die Bourgeoisie, daß der Energiebedarf um 3,5% ansteigt. Sicher nicht der der Haushalte, die Heizungen sollen ja vielmehr kälter gestellt werden und sicher nicht der für den Individualverkehr, den wollen die Kapitalisten für die Massen drosseln durch Zwangsumstieg auf öffentlichen Nahverkehr. (Die „Welt" rührt die Propagandatrommel: „Die Autos drohen unsere Städte zu ersticken... öffentliche Nahverkehr... schienengebunden..." 19.4.) Der Ölverbrauch soll bis 1985 von bisher 53% auf 44% gedrückt werden und Kernenergie von 3% auf 15%, Gas von 10 auf 18% gesteigert werden. Der Verbrauch von Kernenergie ist für die Kapitalisten wegen seiner Billigkeit so reizvoll. Bei der Kernspaltung wird durch 1 g Uran 235 soviel Energie erzeugt wie beim Verbrennen von 2½ bis 3 t Steinkohle.

Auf die Kernenergie werden die Kapitalisten deshalb niemals freiwillig verzichten, auch wenn sie im Moment so tun, als ließen sie „nach Harrisburg" mit sich reden. Ihre Taktik ist gegenwärtig: Harrisburg nutzen, um mit den Begleitmaßnahmen des Energieprogramms einen großen Fortschritt zu machen. Einmal, indem sie massiv Energiesparen propagieren. ,Ohne Kraftwerke müssen wir dann aber andere Opfer bringen: Fahrverbot, weniger Heizen...' So können die Kapitalisten den Verzug, den sie im Energieprogramm haben, durch Rückgriff auf die von den Massen benötigte Energie ausgleichen.

Und die Bundesregierung zahlt die Erforschung und Errichtung der Anlagen aus den den Massen abgepreßten Geldern. 1979 sind es 1186 Mio DM und 1980 1217 Mio DM vom Ministerium für Forschung und Technologie (BMFT), das sind fast 30% seiner Ausgaben. (Programm Energieforschung und Energietechnologie 1977 bis 1980)

Zum anderen, indem sie über die Masche mit der umweltfreundlichen Energie ein Bombengeschäft machen.



Solartechnik – von den Opportunisten hoch gelobt – soll den Massen angedreht werden. Der Effekt: die Kapitalisten haben das Öl und den Strom ganz für sich, die Haushalte müssen die teure Solartechnik kaufen und die Solarkapitalisten machen dicke Profite. Für die Kapitalisten kommt die Solartechnik solange sie auf dem Prinzip der Wärmeausnutzung beruht, eh nicht in Frage, weil ihr Streben nach Höchstprofiten der Lösung der Probleme der Solartechnik im Wege steht. Die Probleme der Solartechnik bestehen in folgendem: bei der durchschnittlichen Sonnenintensität in der BRD braucht man 1 qm um ca 110 Watt zu erzielen, an warmen Tagen.

Um Strom in Massenumfang zu erzeugen, bräuchte man Riesenflächen mit Kollektoren. Ungelöst ist weiterhin das Speicher- und Transportproblem. Deshalb haben die Kapitalisten mit der Solartechnik anderes vor: sie soll den Massen zur Heizung und Wassererwärmung sowie in „sonnenreiche" Länder verkauft werden. In dem Aufsatz „Wenn das Öl teuer wird, wird die Sonne billiger" kommt der Solarexperte Bernd Stoy richtig ins Schwärmen:

„Hier liegen die großen Aufgaben für den Export von morgen, für komplette Anlagen oder Bauteile von solaren Kleinkraftwerken, Kälte- und Entsalzungsanlagen. Sizilien, Südspanien, Griechenland, Nordafrika, Jordanien, Indien, Mexiko, Westaustralien und andere Länder. ... Tatsache ist, daß bei stark umworbenen internationalen Solarprojekten Industriefirmen der Bundesrepublik Deutschland den Zuschlag erhielten." (1979)

Die HEW hat ausgerechnet, was der Umstieg auf „umweltfreundlich" die Massen kosten soll. (siehe Schaubild) Sie raten zur Wärmepumpe , weil die im Vergleich zu Sonnenkollektoren (reine Investitionskosten 4200 DM) am weitesten entwickelt sei. Bei der Wärmepumpe kann die Wärme entweder des Grundwassers, des Erdreichs oder einer Kombination von Sonne und Erdreich genutzt werden. Durch verschiedene physikalische Prozesse wird die Temperatur z.B. des Grundwassers erhöht z.B. durch Verdichtung von Dampf, was nach dem Prinzip erfolgt

weitesten entwickelt sei. Bei der Wärmepumpe kann die Wärme entweder des Grundwassers, des Erdreichs oder einer Kombination von Sonne und Erdreich genutzt werden. Durch verschiedene physikalische Prozesse wird die Temperatur z.B. des Grundwassers erhöht z.B. durch Verdichtung von Dampf, was nach dem Prinzip erfolgt

wie beim Aufpumpen eines Reifens mit einer Luftpumpe, wo durch das Pumpen das Pumpenrohr warm wird, weil das Gas verdichtet wurde. (siehe Schaubild)

Die Möglichkeiten, die die Solartechnik bietet, können von der Kapitalistenklasse nicht planmäßig und zum Nutzen der Massen entwickelt werden. Ihr Streben nach Höchstprofit bedeutet für die Massen Plünderung und Ruinierung, da die Kapitalistenklasse Energie für Expansion und Krieg massenhaft und billig verlangt.

– Nieder mit dem imperialistischen Energieprogramm!

– Arbeiter und Bauern, gemeinsam gegen Kernkraftwerke, gemeinsam gegen Imperialismus und Reaktion!

Senator Sinn für straffe Studienpläne und „Wegnovellierung" der Vertretungsorgane

b.wal. Senator Sinn will die Arbeitszeit der Studentenmassen weiter hoch- und die studentischen Vertretungsorgane weg„novellieren". Auf dem Germanistentag hat er angekündigt, den „Umfang" der Arbeitszeit der besitzlosen Studentenmassen zu erweitern: „Geregeltes Studienangebot bedeutet: Angebot... begründeter Inhalte in einem (vor denen, die finanzieren) vertretbaren Umfange und in einem (von denjenigen, die aufnehmen wollen) zu bewältigendem Umfange." Die Bourgeois, die die eingetriebenen Steuern der Massen als ihr Eigentum betrachten, und somit „finanzieren", haben bei „Umfang" sowieso Entgegengesetztes, als die, die „aufnehmen" *sollen,* im Sinn. Gesteigerte Arbeitsbelastung weit über 40 Stunden und damit erhöhte Konkurrenz durch steigende Schwundquoten. Obendrein wurde Sinn als „Kämpfer gegen die Regelstudienzeit" als Lügenmaul ertappt: Noch in diesem Jahr will er (nach einem internen Brief) die 8-semestrige Regelstudienzeit an der ganzen Universität durchgesetzt wissen. Die Abschottung nach oben soll eine Steigerung der Konkurrenz um mindestens 30% in den unteren Semestern einbringen, soviel Studenten waren im Sommersemester 1977 im 9.Semester und höher. Um sich durchsetzen zu können, will er im gleichen Atemzug den studentischen Vertretungskörperschaften den Garaus machen. Die Auseinandersetzungen und Beschlüsse in der ersten Semesterwoche lassen erkennen, daß man bei einiger Anstrengung den Lügner auf sein ebensolches Maul fallen lassen kann. Aufbau der gewerkschaftlichen Organisation der Studentenmassen ist dafür Voraussetzung.

Ehlers will Kostendämpfung durch 40 Horchposten

1979 erstmal 3 neue Sozialstationen

b.uwh.Hamburg. Zum 1.1.80 wird das Bieberhaus, Bekleidungsstelle der Arbeits- und Sozialbehörde dichtgemacht. 36000 „Besucher", davon 70% Frauen, waren allein 1978 dort, um sich Kleider abzuholen. Dafür sollen dieses Jahr in Wilhelmsburg, Barmbek und Billstedt drei Sozialstationen eingerichtet werden. 40 weitere sollen schrittweise über die Jahre „flächendeckend" geschaffen werden. „Sozialstationen sollen sich zu einer regen Anlaufstelle entwickeln, die für die hilfesuchenden Bürger eine feste und jederzeit erreichbare Adresse sind." (Wochendienst des Hamburger Senats, 16.12.4.) „Die stärkere Integration der Frau in die Arbeitswelt, die dazu geführt hat, daß das Maß an persönlicher Hilfe im Familienverband zurückgeht." (Ehlers 16.11.) und „daß die Nachfrage nach häuslicher Pflege in den kommenden Jahren steigen wird", sollen die Gründe sein. In frechster sozialdemokratischer Manier zeigt sich Sozialsenator Ehlers betroffen von der Armut, die es gibt, und geifert: „Wer Sozialleistungen auf den Verschiebebahnhof der Konjunktur fahren will, tritt nicht für die Solidarität der Menschen untereinander ein." Nun aber ran! Sozialstationen sind ungemein solidarisch. Durch eine gemeinsame Konzeption sollen erstmal die Verbände der freien Wohlfahrtspflege fester an die Kandarre genommen werden. Zentral werden die künftigen Stationen geleitet, zu „Arbeitsgemeinschaften" auf Ortsebene zusammengefaßt und auf Landesebene „koordiniert". Ziel soll sein die Zusammenfassung der „ambulant-pflegerischen Dienste". Die Krankenkassen finden die Idee des Ehrenbergjüngers Ehlers großartig, vermerkt die „Bild" am 11.4. und außerdem: „...verspricht sich der Senat unter anderem eine Entlastung der Krankenhaus- und Heimversorgung". Klar, ist auch richtig unsolidarisch, so die Alten aus ihrer „vertrauten Umgebung" (Ehlers) und so... Zu Hause sterben ist gesünder und vor allem viel billiger. Zumal: „In den ambulanten Diensten arbeiten in Hamburg bereits mehr als 200 Zivildienstleistende. Ich bin bereit die Zivildienstleistenden-Gruppen in Hamburg auszubauen." (Ehlers, 16.11.) Zuvor buhlte er auf einer DRK-Tagung: „Diese Bereitschaft zu ehrenamtlicher Tätigkeit kann heutzutage kaum noch angemessen gewürdigt werden." Für Opportunisten Leimruten auslegen, sich an die „sozial Schwachen" heranschleimen. Das will Ehlers, um die Bespitzelung zu forcieren, die Ehrenberggesetze umzusetzen und kostenlose Zwangsarbeit einzuheimsen. Mit den ersten drei Stationen dieses Jahr, will er testen, wie weit er dabei gehen kann.

geifert: „Wer Sozialleistungen auf den Verschiebebahnhof der Konjunktur fahren will, tritt nicht für die Solidarität der Menschen untereinander ein." Nun aber ran! Sozialstationen sind ungemein solidarisch. Durch eine gemeinsame Konzeption sollen erstmal die Verbände der freien Wohl-
Opportunisten Leimruten auslegen, sich an die „sozial Schwachen" heranschleimen. Das will Ehlers, um die Bespitzelung zu forcieren, die Ehrenberggesetze umzusetzen und kostenlose Zwangsarbeit einzuheimsen. Mit den ersten drei Stationen dieses Jahr, will er testen, wie weit er dabei gehen kann.

Resolution von Hell-Arbeitern zum 1.Mai

6 Arbeiter der Firma Hell in Kiel (gehört zum Siemens-Konzern) haben folgende Resolution beschlossen:
Seit Anfang des Jahres hat die Hell-GmbH in großem Umfang in der Teilefertigung die Schichtarbeit eingeführt.

Die Schichtarbeit bringt Hell zwar eine Menge Geld ein, ruiniert aber die Arbeitskraft und verkürzt die Lebenszeit der Kollegen. Wir unterstützen den Entschluß der Kollegen aus der Teilefertingung, deswegen keine Samstagsarbeit mehr zu leisten. Um hier Schranken zu setzen, fordern wir Verbot der Nacht- und Schichtarbeit und treten ein für den 7-Stunden-Tag bei vollem Lohnausgleich. Weil der Lohn nicht reicht, sind viele Kollegen zu Überstundenarbeit gezwungen. Überstunden verkürzen aber die Zeit, die zur Reproduktion der Arbeitskraft dringend gebraucht wird und lassen weniger Zeit für die Familie. Um bei den nächsten Tarifverhandlungen einen ausreichenden Lohn durchzusetzen, sollten Festgeldforderungen erhoben werden. Ein Großteil des Lohnes wird von der Steuer und sonstigen Abgaben aufgefressen. 1500 DM Steuerfreibetrag im Monat können hier Grenzen setzen. Wir fordern die IG Metall auf, diese Forderungen auf dem 1. Mai zu erheben.

Veranstaltungskalender

Bezirksgruppe Nordost

Montag, 23.April

Schleswig-Holstein Wahlsendung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland zu den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein im Fernsehregionalprogramm NDR/ Radio Bremen. 19.45 Uhr.

Mittwoch, 25.April

Hamburg: Probe des Spielmannszuges, Einübung des Sprechgesangs „Seit ihrer Gründung schürt die BRD ungerechtge Kriege und bekämpft die gerechten." 19 Uhr Gymnasium Kaiser Friedrich Ufer 6.

Freitag, 27.April

Eimsbüttel Dia-Vortrag der Kreisgruppe Eimsbüttel der Vereinigung für revolutionäre Volksbildung – Soldaten und Reservisten: Die Völker im südlichen Afrika vertreiben die Imperialisten und ihre Statthalter. Wahlmanöver hindern sie nicht daran. 19.30 Uhr. Staatliches Studienseminar, Hohe Weide 16

Veranstaltungsreihe des KBW zum 1.Mai

Sonntag, 29.April, 10 Uhr

Was die Bourgeoisie unterdrückt und Reformisten und Revisionisten fürchten, wofür die Arbeiterklasse kämpft. Die Einheit der Arbeiterklasse und des Volkes. Einheitsschule unter Volkskontrolle!
Flensburg Nicolaischule, Reepschlägerbahn
Flensburg: Hotel Sommerlust
Schleswig Hotel Matthiesen, Friedrichstraße.
Husum Bahnhofsgaststätte.
Heide Grund- und Hauptschule.
Kiel Gaststätte Kleinkes Eck, Elisabethstraße.
Rendsburg Gaststätte Am Rothenhof, Rothenhöfer Weg.
Neumünster Hotel Stadt Rendsburg, Rendsburger Straße.
Segeberg Gaststätte Zur Bergenhalle, Oldesloer Straße.
Preetz Gaststätte Schützenhof.
Lübeck Gaststätte Mozartstuben, Ziegelstraße.
Eutin Gaststätte Zur Bergquelle, Langer Königsberg 4.
Ahrensburg Gaststätte Zum Birkenhof, Stormanstraße 13
Itzehoe Gaststätte Zum Kulmbacher, Große Paaschburg 55.
Elmshorn Gaststätte Birkenhof, Hainholz, Plinkstraße.
Hamburg, Gustav-Radbruch-Haus, Borgfelder Straße.
Harburg Zur Goldenen Krone, Wilhelmsburg, Rothenhäuser Damm 43.
Bergedorf Pilzstube, Berliner Landstraße.

Stade Grafenklause, Udonenstraße.
Lüneburg Gaststätte Kaltenmoor.
Uelzen An den zehn Eichen, Hauenriede.

Demonstrationen und Kundgebungen des DGB am 1.Mai

Flensburg 11 Uhr Kundgebung Nordermarkt.

Schleswig 10.30 Uhr Kundgebung Neuwerk.

Heide Veranstaltung.

Rendsburg 9 Uhr Kundgebung Altstätter Markt.

Kiel 11 Uhr Kundgebung Gewerkschaftshaus Legienstraße.

Itzehoe 10Uhr Kundgebung Rathausplatz.

Preetz 9 Uhr Demonstration ab Marktplatz, anschließend Kundgebung am Wehrberg.

Lägerdorf 10 Uhr Veranstaltung Mehrzweckhalle.

Elmshorn Veranstaltung.

Lübeck 10 Uhr Kundgebung Freilichtbühne.

Eutin 10 Uhr Veranstaltung Schloßterassen.

Mölln 9 Uhr Kundgebung Quellenhof.

Lauenburg 13.30 Uhr Demonstration Moorring.

Bargteheide 10 Uhr Kundgebung Marktplatz. Abfahrt von **Bad Oldesloe** zur Kundgebung in Bargteheide, 9 Uhr Bahnhof. Abfahrt von **Ahrensburg** Kundgebung in Bargteheide, 9 Uhr, S-Bahnhof.

Neumünster 9.15 Uhr Demonstration Rathausplatz, 10 Uhr Kundgebung Gewerkschaftshaus. Abfahrt von **Segeberg** zur Demonstration in Neumünster, 8 Uhr, Kirchstraße. Abfahrt von **Norderstedt** zur Demonstration in Neumünster, 8 Uhr, U-Bahnhof.

Stade, 10 Uhr Platzkonzert, 11 Uhr Kundgebung Rathaussaal.

Hamburg 9 Uhr Bahnhof Barmbek, Wiesendamm.

Bergedorf 9 Uhr Demonstration Lohbrügger Markt.

Winsen Veranstaltung Gaststätte Stallbaum.

Harburg 9 Uhr Veranstaltung Friedrich Ebert Halle, Alter Postweg.

Lüneburg 9 Uhr Demonstration Paagestraße.

Uelzen 10 Uhr Demonstration Hammersteinplatz

Veranstaltung des KBW am 1.Mai

Die Einheit der Arbeiterklasse mit den unterdrückten Nationen. Selbstbestimmungsrecht! Staaten wollen Unabhängigkeit, Nationen wollen Befreiung, Völker wollen die Revolution.
Flensburg 19.30 Uhr Hotel Fruerlund.

Kiel 19.30 Uhr Gaststätte Waidmannsruh, Eckernförderstraße.

Hamburg 19.30 Uhr, Hochschule für Bildende Künste, Lerchenfeld.
Revolutionärer Sprechgesang. Aufführung am 1.Mai.
Seit ihrer Gründung schürt die BRD ungerechte Kriege und bekämpft die gerechten.

b.uwh. **Die Arbeiter bereiten weiter den 1.Mai vor.** 37 Phönix-Arbeiter der Abteilung Profilfertigung schreiben an Ihre Tarifkommission: „Auf jeden Fall müßt ihr aber eine Mindestforderung von 100 DM aufstellen, um zu verhindern, daß die unteren Lohngruppen noch tiefer gedrückt werden. Unter den Forderungen nach Festgeld und Mindestbetrag werden alle Kollegen aufgefordert am 1.Mai zu demonstrieren. Branchenjugendgruppe Elektro-, Kfz-, und Metallhandwerk der IGM Hamburg haben einen Aufruf beschlossen mit den Forderungen nach 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich! Übernahme aller Lehrlinge! Weg mit der Stufenausbildung! Keine WAA in Gorleben und anderswo – Weg mit dem Atomenergieprogramm! Die Betriebsjugendgruppe der IGM bei AEG N4, Hamburg berät noch über Transparente, 60% Facharbeiterecklohn für Lehrlinge, Übernahme aller in die 2. Stufe, Buntschuh und IGM gemeinsam stark: Keine WAA in Gorleben und anderswo. Drei Arbeiter der Flensburger Strandkorbfabrik (GHK) fordern die Aufstellung der Forderung nach Festgeldbeträgen und ausreichendem Lohn, nach Verbot der Überstunden und nach einem Steuerfreibetrag von 1500 DM 60 Krankenpflegeschüler eines landesweiten Treffs in Kiel am 10.4. beschlossen als Forderungen: Keine Anrechnung der Auszubildenden auf den Planstellenplan! Rücknahme der Kürzung von 1977! Anhebung des Unterrichts auf die europäische Norm (1600 Stunden)! Der Vorstand der Kieler BI „Kein KKW an der Eckernförder Bucht und anderswo beschließt: Arbeiter und Bauern gemeinsam gegen Kernkraftwerke und gegen Imperialismus und Reaktion! Weg mit dem Energieprogramm der Bundesregierung.

angezogen werden, kontrolliert und bespitzelt durch „Sozialarbeiter".

b.obj. **Gehaltstarifvertrag Buchhandel wurde am 17.4. abgeschlossen.** Lohnerhöhung zwischen 65 und 90 DM sind herausgekommen bei der Ausgangsforderung von 7% mindestens 110 DM. Im Groß- und Außenhandel haben die Kapitalisten 3,9% angeboten. Im Einzelhandel Hamburg wurden die Verhandlungen auf den 25.4. vertagt, nachdem die Kapitalisten ein gestaffeltes Prozentangebot von 4,16% bis 4,77% gemacht haben, für die meisten nur 65 DM brutto.

b.san.Itzehoe. **In einem Brief an die drei norddeutschen Landesregierungen stellen Altenwerder Elbfischer ihre Forderungen:** Wiederherstellung des Lebensraumes Niederelbe für die Fischwelt als Existenzgrundlage für die Fischereiwirtschaft und als Naherholungsgebiet. Ferner fordern sie die Rücknahme der bereits erteilten wasserrechtlichen Genehmigungen und Strombaumaßnahmen. In den letzten 22 Jahren sind die Altenwerder Fischereibetriebe Vernichtung der Laichgebiete durch die Industrieansiedlung sind die Fische in Richtung Elbmündung verdrängt worden, in einzelnen Fanggebieten sogar vollständig. gangen sind. Fischkrankheiten sind aufgetreten, die bislang unbekannt waren.

In den Sommermonaten kommt es regelmäßig zu großem Fischsterben. Deshalb fordern die Fischer in ihrem Brief weiter die Reduzierung aller bisher genehmigten Einleitungen industrieller und kommunaler Abwässer und Schadstoffe, die Umstellung aller Industrien auf geschlossene Kreisläufe bzw. auf alternative Produktionsverfahren ohne Einleitung.

Lohnsenkung bei Einführung von Zeitlohn bei Storno

b.klw. Die Kapitalisten bei Storno in Flensburg, einem dänischen Konzern, den zu 70% das amerikanische Kapital von General Electric aufgekauft hat, haben vor, einen großen Angriff auf den Lohn der Arbeiterinnen zu starten.

Eine Woche nach der Betriebsversammlung sickerte durch, daß der Akkord- auf Zeitlohn umgestellt werden soll. Die Geschäftsleitung traut sich nicht, ihre Pläne offen vor der Belegschaft zu verhandeln, sondern läßt die Arbeiterinnen im Ungewissen, während sie schon bei Teilen der Belegschaften mit ihren Umstellungen beginnt.

So soll bis zum 1.Mai in zunächst zwei Abteilungen Zeitlohn eingeführt werden, bis Januar 1980 in der ganzen Firma. Neueingestellte bekommen nur noch Vertrage mit Zeitlohn. Bisher ist es so, daß bei Storno, vergleichbar mit anderen Betrieben, hohe Akkordzahlen abgeliefert werden können, so daß Arbeiterinnen zu 200 % Akkord schaffen können. D.h. sie kommen durch hohen Verschleiß ihrer Arbeitskraft auf den Lohn, den sie zum Zuverdienen zum Lohn des Mannes, für besondere Anschaffungen oder Abzahlung von Schulden brauchen.

Diese hohen Akkordzahlen waren General Electric zu teuer! Die hohe Arbeitsleistung soll bei weniger Lohn erbracht werden! Haben sie doch den Auftrag bekommen, die funktechnische Anlage für die Olympiade in Moskau zu liefern, und das sicher nur, weil sie im Angebot billiger waren als die Konkurrenz.

In einer Abteilung ist bereits auf Zeitlohn umgestellt worden. Durchgesetzt wurde das so, daß die Arbeiterinnen einzeln gefragt wurden, ob sie bereit wären, in Zeitlohn überzuwechseln. Anderenfalls hätten sie die Alternative, in eine andere Abteilung versetzt zu werden, wo noch Akkord gearbeitet wird, allerdings gäbe es bis Januar nur Akkord. Diese „Alternative" würde natürlich nicht gewählt, denn es dauert eine gewisse Zeit, ehe man bei neuer Arbeit den Akkord schafft, außerdem gibt man so leicht den Zusammenhalt zur bisherigen Gruppe nicht auf. So hat die Firma Rechtfertigung, daß ja die Umstellung auf freier Entscheidung beruhe!

Je nach Leistung wurden die Arbeiterinnen dann in verschiedene Lohngruppen aufgeteilt, II, III und IV. Dies soll die Arbeiterinnen antreiben. Muß man sich doch über einen längeren Zeitraum anstrengen, bevor man in eine höhere Lohngruppe kommen kann. Zusätzlich wird noch ein weiteres Spaltungs- und Unterdrückungsinstrument eingeführt: 3 bis 7 % soll noch durch „persönliche Bewertung" dazu kommen! Hier wurde gesagt: Es wird mitbewertet, ob man auch bei der Arbeit mitdenkt und ob man vorausschauen kann. Dies ist der Gipfel der Verhöhnung. Wird einem doch bei der stupiden Arbeit – eintöniges Stecken und Löten – jeglicher Gedanke ausgetrieben. Gemeint ist damit: Wer nicht meckert, pünktlich von der Pause zurück ist und mit Eifer bei der Sache ist, soll auf 7 % kommen. In Lohngruppe II macht das immerhin gute 60 DM. Mit Bewertungsbögen haben die Storno-Kapitalisten schon im Lager Erfahrungen gesammelt, was auf der letzten Betriebsversammlung von einem Arbeiter aufgedeckt wurde.

Verbrämt wird das ganze damit, daß Akkord sowieso schädlich sei und so die Arbeiterinnen weniger „im Streß" wären. Klar ist aber, daß beim neuen System genausoviel Arbeitskraft verausgabt werden wird wie beim alten, wahrscheinlich noch mehr, muß man sich doch erst schaffen wie bei geringerer Zeit „gut führen" und in niedrigerer Lohngruppe schon so viel schaffen wie in der höheren, bevor man auch höher gruppiert wird. Fest steht, daß für alle Arbeiterinnen beim neuen System Lohnsenkung betrieben wird.

Um diese Lohnsenkungen zu bekämpfen, ist es zunächst notwendig, daß die Geschäftsleitung ihre Pläne offenlegt und daß diese offen in den Abteilungen gemeinsam besprochen werden. In der jetzigen Lage sind die Arbeiterinnen für Beibehaltung des Akkords, bzw. dagegen, daß er abgeschafft wird. Grundlage dafür ist der niedrige Lohn. Abschaffung der unteren Lohngruppen und ausreichende Lohnerhöhung im nächsten Lohnkampf sind die Forderungen, auf die die Arbeiterinnen sind einigen müssen.

Nur unter solchen Bedingungen ist es richtig, für Abschaffung des Akkords einzutreten.

gierung.

b.uwh. **Bedingungslose Einstellung des Prozesses gegen Blocksprecher der G 16 Uwe Zabel.** Das fordert die Ortsjugendleitung der Gewerkschaft der Eisenbahner Hamburg. Abgeurteilt werden soll er, wegen Rädelsführerschaft in den Streikaktionen der Berufsschüler gegen Stufenausbildung und Kurssystem. Der Schülerrat der G15 fordert ebenfalls die sofortige Einstellung. Ein Vertreter der sozialdemokratischen Ortsverwaltung wurde sogar beim Richter vorstellig und forderte die Einstellung. Der Schülerrat der G16 bereitet eine politische Erklärung an den Staatsanwalt vor, der Kreisjugendausschuß will ein Flugblatt, sowie einen Artikel in der Zeitung der Branchenjugendgruppe der IGM veröffentlichen.

b.bia. **Für den Wideraufbau des Jugendzentrums in der Pulvermühle!** Sofortige Rückgabe der Schlüssel an den „Verein Selbstverwaltetes Jugendzentrum e.V." demonstrierten 50 Jugendliche am Ostersonntag in Meckelfeld. Seit zwei Jahren ist die Pulvermühle offiziell Jugendzentrum, vor ½ Jahr brannte sie ab. Seither haben die Jugendlichen nur noch zwei Schulräume, zu denen ihnen noch in „einer Nacht- und Nebelaktion" die Schlüsselgewalt entzogen wurde. Der Vorsitzende des Ausschusses für Jugend und Sport (Seevetal) (CDU) will die Jugendlichen bis zum 14.5. hinhalten, wo die Entscheidung seitens der bürgerlichen Politiker fallen soll. Spekuliert wird mit „Pläne(n)..., die schon der frühere Meckelfelder Rat bedacht hatte. (...) Die damalige Pulvermühle sollte zu einer Cafeteria werden. (...) Nach dem Brand des JZ haben die früheren Überlegungen wieder eine ganz andere Grundlage bekommen." (Elbe-Geest Wochenblatt, 19.4.79)

b.wal. **„Also schreiben Sie bloß nicht mehr als 50 Seiten, das schaffe ich mit der Korrektur nicht",** „dies ist ein Hauptseminar, der Abgeltungsschein für Mittelhochdeutsch (Für den die Anforderungen für ein Proseminarschein gelten) ist Teil des Staatsexamens"; mit diesen Worten versuchte die Professorin in der ersten Seminarstunde die Referatsanforderungen hochzuschrauben und weit über 1000 Seiten Literaturanforderungen durchzusetzen. War nichts. Nach heftigen Auseinandersetzungen wurde 50 Seiten Primär- und 52 Seiten Sekundär als Seminargrundlagenlektüre durchgesetzt.

job.Buchholz. **Die Zwangsarbeit für arbeitslose Jugendliche in Buchholz soll ausgeweitet werden.** Schon seit einiger Zeit preßt die Stadtverwaltung arbeitslose Jugendliche zu Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, wo sie vollständig rechtlos und, unter 18 Jahren, noch unter Tarif bezahlt in Krankenhaus und Altenhilfe schuften müssen. Jetzt fordert die GEW-Führung Buchholz, daß vermehrt auch Mädchen her-

b.wak.Hamburg. **Tarifabschlüsse in der Hamburger Ölmühlenindustrie.** Am 17.4. haben sich die IG-Chemie und die Ölmühlenkapitalisten auf folgenden Abschluß geeinigt:
1. Erhöhung der Löhne und Gehälter um 4,3%. Das bedeutet:

Gruppe 1:	1801 – 1938 DM	
Gruppe 2:	1945 – 2108 DM	
Gruppe 3:	2159 – 2336 DM	
Gruppe 4:	2424 – 2604 DM	
Gruppe 5:	2687 – 2870 DM	
Gruppe 6:	3047 – 3233 DM	
Gruppe 7:	3400 – 3601 DM	

(Gruppe 3 ist die Facharbeiterlohngruppe).

Die Laufzeit beträgt 12 Monate vom 1.5.79 bis 30.4.80. 2. Die Schichtzulagen wurden um 10 DM erhöht. Das bedeutet: 4-Schichter erhalten jetzt 150 DM, 3-Schichter 90 DM und 2-Schichter 100 DM. Ab 1980 werden die Schichtzulagen um den Prozentsatz erhöht, um den sich die Gruppe 3 erhöht. 3. Das Urlaubsgeld für 1982 bis 84 erhöht sich um jeweils 100 DM. 4. Bis 1984 erhalten alle 6 Wochen Urlaub. Ab 1980 erhöht sich die Zahl der Freischichten für 4-Schichter von zwei auf 4 im Jahr. Der neue Manteltarif hat eine Laufzeit bis 1984. Diesem Ergebnis hat die Tarifkommission der IG Chemie einstimmig zugestimmt. Die Forderung der IG Chemie war 6,7% gewesen.

b.erm. **Wintergetreide ausgewintert – prompt Preiserhöhung für Sommersaatgut.** In der Marsch führten die Überschwemmungen von der Schneeschmelze zur Vernichtung der Wintersaat. Die Aussaat und Pflanzenschutzkosten des Herbstes können die Bauern in den Wind schreiben, denn sie müssen sie jetzt im Frühjahr wiederholen. Sobald die Landhandelskapitalisten dies spitz gekriegt haben, haben sie sofort die Saatgutpreise heraufgesetzt. So müssen die Bauern für Sommergerstensaatgut (zertifizert) zwischen 85 und 90 DM je Doppelzentner, für Sommerweizensaatgut zwischen 90 und 95 DM je Doppelzentner, bezahlen. Das ist genau das Doppelte von dem, was sie im Sommer für das Korn erhalten haben. Wurden früher 95% Keimfähigkeit für zertifiziertes Saatgut (das ist die Bezeichnung für einfaches anerkanntes Saatgut) garantiert, so sind es heute nur noch 90%. D.h., daß schlechtere Korn, z.B. das nach der Ernte warm geworden ist, bzw. zu scharf getrocknet worden ist, teilweise noch als Saatgut verkauft wird. Außerdem sind 7 Körner Fremdbesatz auf 500 g zulässig. Diesen Fremdbesatz will der Bauer deshalb nicht haben, weil er ihm das Unkraut aufs Land bringt. So soll der Bauer also für schlechteres Saatgut höhere Preise bezahlen.

Die Jugendlichen lassen sich von den Reformisten nicht von ihren Kämpfen abhalten

b.san. Passend zum Landtagswahlkampf in SchleswigHolstein führten die Jungsozialisten in Kiel eine „Talkshow" in „Räucherei" zur Jugendarbeitslosigkeit durch. Eingeladen hatten sie Jugendvertreter von MAK, Hagenuk, den Stadtwerken/KVAG und einem Kleinbetrieb. Gleich zu Beginn wollten die beiden Leiter der Veranstaltung in das große Gejammer über die ach so knappen Ausbildungsplätze einstimmen. Nutzen wollten sie dies, die Jugendlichen für die Wahl der SPD zu gewinnen. Geglückt ist ihnen das nicht.

Die Jugendvertreterin der Universitätskliniken entlarvte das Geschreie um die wenigen Ausbildungsplätze als Betrugsmanöver. 1977 wurde mit der Begründung, mehr Ausbildungsplätze zu schaffen, den Krankenpflegeschülern der Lohn um 8% gekürzt. Tatsächlich sind damals dort als einmalige Leistung 20 Ausbildungsplätze für zwei Kurse geschaffen worden. Zum 1. Mai haben die Krankenpflegeschüler am Anfang April auf einem landesweiten Treffen gefordert, in allen Kreisstädten Schleswig-Holsteins gewerkschaftliche Demonstrationenen durchzuführen, mit ihren Forderungen nach Rücknahme der Gehaltskürzungen von 1977 und die Nichtanrechnung auf den Planstellenplan.

Während des Abends berichteten die Jugendvertreter und die Jugendlichen über ihre schlechte Ausbildung und ihre Forderungen dagegen, womit die Talkshow gestorben war. Bei einer Ausbildung im Gaststättengewerbe lebt ein Mädchen in Malente in einer kleinen Pension in ständiger Rufbereitschaft. Bei Hagenuk kommen die Jugendlichen in der Lehrwerkstatt an alte Maschinen von 2. Weltkrieg, bevor sie in die Produktion geworfen werden. Bei HDW fordert die Jugendvertretung Ausbildungsbeauftragte mit Freistellung für eine Stunde pro Tag, was auch entsprechend bezahlt werden soll, denn sonst fehlt den Arbeitern, die alle Akkord arbeiten, am Monatsende die Akkordzulagen für die Zeit, in der sie etwas erklärt haben. Ferner berichtete eine Jugendvertreterin, daß auf einem Treffen der Jugendvertreter aller norddeutschen Werften sie u.a. folgende Forderungen beschlossen haben: Übernahme aller Auszubildenden nach der Ausbildung, 12 Stunden Berufsschulunterricht an zwei arbeitsfreien Tagen. Ferner treten sie für die 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich ein und lehnen die Überstunden und Akkord- und Programmlohn ab.

Ein weiteres Manöver der Sozialdemokraten, nachdem die engagierte Jazzband nicht so zum Zuge kam, wie sie es hofften, war, die Auszubildenden in bekannter Manier als Duckmäuser zu beschimpfen, die nichts vorhaben. Diese Unverschämtheiten haben die Jugendlichen nicht auf sich sitzen lassen. Die Mehrheit der anwesenden Jugendvertreter und Jugendlichen fand es richtig, am 1. Mai gewerkschaftliche Demonstrationen durchzuführen und die Zeit bis zum 1. Mai zu nutzen, in den Betrieben darüber zu beraten und Beschlüsse zu fassen. So fand der Vorschlag große Zustimmung, am 1. Mai zum DGB-Haus mit der Forderung nach 12 Stunden Berufsschulunterricht an zwei arbeitsfreien Tagen zur Kundgebung zu gehen.

Auf der Veranstaltung ist klar die Bewegung unter den Jugendlichen gegen die schlechte Ausbildung zum Ausdruck gekommen, die Vernutzung als billige Arbeitskraft und für die Schranken der Ausbeutung und für das Interesse der Arbeiterjugemd, am 1. Mai zu demonstrieren. Dies schafft Raum für die Arbeiterbewegung in Kiel, am 1. Mai mit den Forderungen für Festgeld im Lohnkampf, für den 7-Stundentag bei vollem Lohnausgleich und gegen die Plünderung durch den bürgerlichen Staat zu der DGB-Veranstaltung am 30.4. und zu der Kundgebung am 1. Mai vor dem Gewerkschaftshaus zu erscheinen.

b.kaq. Brunsbüttel. **4000 Menschen nahmen am Sonnabend, den 21.4. an einer Demonstration für die sofortige und endgültige Einstellung des Kernkraftwerkes Brunsbüttel teil.** 50 Bürgerinitiativen hatten zu dieser Demonstration aufgerufen. Die Sozialdemokratie war noch rechtzeitig auf diese Demonstration aufgesprungen. Mit ihren Jungsozialisten und der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen sollte das ganze mit Hilfe der bunten Opportunisten von KB-Nord über KPD bis KPD/ML zu einer Wahlaktion gegen Stoltenberg und für Matthiessen werden. Die Sache war gut vorbereitet. Die Liste für Demokratie und Umweltschutz, die in Schleswig-Holstein nicht kandidiert, hatte mit dem Hinweis auf die Landtagswahlen und die Jungwähler in einem offenen Brief die SPD zu einer Stellungnahme zum Kernkraftwerk Brunsbüttel und zur Teilnahme an der Demonstration aufgefordert. Reimund Duwe, Robert Jung, wie auch der „grüne" Kiesewetter, die mit zu der Demonstration aufriefen, haben noch rechtzeitig zur Wahl zur SPD zurückgefunden und verkünden dies in Zeitungsanzeigen.

Der SPD-Landesvorsitzende Jansen hatte tags zuvor in einem Aufruf an die Demonstration Verständnis für die Forderung geheuchelt und eine Wiederinbetriebnahme von Brunsbüttel von der absoluten Sicherheit des Kernkraftwerkes abhängig gemacht. Er forderte die Demonstration und die „Ordnungshüter" auf, friedlich zu bleiben. Friedlich blieb es, darin waren sich Jansen und die Opportunisten einig, doch offen für die Wahl der SPD aufzurufen, hat sich keiner getraut.

In der Versuchswerkstatt werden Neueinstellungen genutzt, um das Lohnniveau zu drücken. Zu Beginn des vergangenen Jahres und Anfang dieses Jahres wurden eine Reihe junger Facharbeiter in der Versuchswerkstatt eingestellt. Die meisten davon wurden in SAB 08 eingestellt, was nach der letzten Tariflohnerhöhung etwa 9,50 – 10,00 DM die Stunde sind. Das Lohnniveau der übrigen Facharbeiter liegt etwa zwischen 10,70 – 11,80 DM, diese Arbeiter sind allermeist in der üblichen Facharbeiterlohngruppe SAB 09 eingestuft, wenige in SAB 10. Die Abteilungsleitung weigert sich bisher, diese jungen Facharbeiter in SAB 09 einzustufen, das widerspricht dem Tarifvertrag, bei gleicher Tätigkeit muß in der gleichen Lohngruppe entlohnt werden!

b.irm. Kiel. **In zwei Testbussen hat die Kieler Verkehrs AG (KVAG) Infrarotlichtsender und -reflektoren eingebaut, um die Fahrgäste zu zählen.** „Mit diesen Anlagen sollen genauere Zahlen ermittelt und darauf ein bedarfsgerechter Fahrplan aufgestellt werden" („Kieler Nachrichten" vom 19.4.79). Erprobungen für „bedarfsgerechte Fahrpläne" sind jüngst schon in Holtenau und in Friedrichsort gemacht worden. Aus ehemals zwei Buslinien wurde eine gemacht, die entsprechend erheblich länger braucht Gewährleistet ist für die Kapitalisten, daß die Arbeiter zur Arbeit gekarrt werden und dennoch Kosten gespart werden. Daß die Arbeiter längere Anfahrtszeit haben, ist ihr Problem. Mit der Erfassung der Fahrgastzahlen will die KVAG genauere Untersuchungen für weitere Rationalisierung dieser Art anstellen. Außerdem wird sich die Bourgeoisie die bessere Erfassung der Schwarzfahrer versprechen: „Die Zählergebnisse werden im Inneren der Anlage verarbeitet; ein Nadelstreifendrucker schreibt danach für jede gerade verlassene Haltestelle auf: Monat, Tag, Uhrzeit, Einsteiger, Aussteiger und Besetzung im Fahrzeug." („Kieler Nachrichten" vom 19.4.1979). Dadurch, daß die KVAG Ende März Umbaupläne der Betriebshöfe für rund 12 Mio. DM angekündigt hat, deutet sie neue Fahrpreiserhöhungen an.

Allerhand sozialdemokratische Irrwege gegen die Kämpfe der Lehrer

b.mak. Die vereinigten Sozialdemokraten und „Linken“, die im Vorstand der Lehrergewerkschaft GEW das Wort führen, stricken emsig an einer Legende: die Bewegung gegen die politische Entrechtung im öffentlichen Dienst habe mit Grolles Amtsantritt und der Beschränkung der Anfrage beim Verfassungschutz auf „begründete Fälle“ nach sieben Jahren harten Kampfes endlich erste Erfolge zu verbuchen. Jetzt gehe es darum, nicht locker zu lassen, um endgültige „Rehabilitation“ der Betroffenen zu erreichen, sowie die Stützung der Verfahren auf das „konkrete Verhalten“ (so im KB- bzw. DKP-Antrag zur Landesvertreterversammlung der GEW am 19.4.79).

Tatsächlich sind Grolle und Klose angetreten, um die Ernte einbringen und die Ergebenheitserklärung der Lehrer entgegenzunehmen, nachdem der Ministerpräsidentenbeschluß von 1972 der breiten Bewegung im öffentlichen Dienst für uneingeschränkte gewerkschaftliche und politische Rechte eine Niederlage beibringen konnte.

Die Anerkennung der Beamtenrechte, des Streikverbots also und der Loyalität mit dem Dienstherrn, soll die Lehrer abspalten und ins Feld führen gegen das soziale Interesse der großen Masse der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, den notwendigen Kampf gegen die dauernden Lohnsenkungen und die kapitalistische Rationalisierung ohne die Fessel des besonderen Dienstrechts zu führen. Sind die Lehrer einmal isoliert von diesen Kämpfen, sollen sie mit gebeugtem Nacken die Aussortierung der Jugendlichen als billigste Lohnarbeiter für die Kapitalisten mit allen beamtenrechtlich gesicherten Mitteln der Unterdrückung betreiben. Der Plan wird nicht ohne weiteres gelingen: Betriebsgruppen und Schulkreiskonferenzen haben in den letzten Wochen beschlossen: Vollständige Rücknahme der Ministerpräsidentenbeschlüsse von 1972! Entfernung und Vernichtung aller Verfassungsschutzberichte aus den Akten! die LVV vom 9.4.79 fordert die sofortige Einstellung des Entlassungsverfahrens gegen den kommunistischen Lehrer J.Dege und verlangt die „Vernichtung und Entfernung aller Verfassungs- gegen den kommunistischen Lehrer J.Dege und verlangt die „Vernichtung und Entfernung aller Verfassungs-schutzberichte aus den Akten“. Nur mit Verfahrenstricks gegen jede Debatte konnte Lembke für den 1.Mai auf der LVV beschließen lassen: „Grundrechte verteidigen – Weg mit den Berufsverboten!“ Der Dienstherr und Sozialdemokraten wie Lembke müssen sehr wohl fürchten, daß die Lehrer ganz im Gegensatz dazu am 1.Mai uneingeschränkte gewerkschaftliche und politische Rechte fordern.

Die Lehrer tun das, weil sie zunehmend unter dem Druck des immer größer werdenden Heeres arbeitsloser und teilzeitbeschäftigter Lehrer den Kampf gegen die übermäßige Vernutzung ihrer Arbeitskraft aufnehmen müssen.

Laut GEW ist in der BRD 1979 jetzt bereits die Lehrerarbeitslosigkeit gegenüber 1978 um 30% auf 17000 gestiegen. Die praktische Umsetzung der imperialistischen Bildungsreform seit Ende der 60iger Jahre hat die Arbeit der Lehrer inzwischen qualitativ verändert: die Kurssysteme in der Gesamtschule, der reformierten Oberstufen des Gymnasiums und den Mittelstufen in allen Schularten haben die Vermittlung von Unterrichtsinhalten endgültig in das immer enger geschnürte Korsett von Leistungskontrollen gezwängt.

Mehr Noten heißt mehr „Streß“ im Unterricht, weil die Schüler beständig den Kampf gegen die Auslese und Spaltung führen; heißt mehr Verwaltungsarbeit, denn Noten müssen in Akten und Zeugnissen stehen; heißt Konferenzen gegen „renitente“ Schüler und über „Schullaufbahnen“ der Schüler. Die Kontrolle des Staates über die Unterrichtsinhalte hat auch die Seite flutartiger Neuerungen auf dem Schulbuchmarkt – viele Lehrer weichen aus und machen alles selber, oder sie müssen sich durch das „Angebot“ durcharbeiten, um im Unterricht zu sehen, daß es nur noch anstrengender ist, das verquere und verlogene Bild der Wirklichkeit aus den Schulbüchern in die Köpfe der Schüler hämmern zu wollen.

Erich Frister, Vorsitzender der GEW, hat jetzt eine Kampagne der GEW zur Arbeitszeitverkürzung eingeläutet: Kampfmaßnahmen müßten erwogen werden! Der Hamburger Vorstand führt vom 23. bis 27.4.79 eine Aktionswoche durch, Motto: „Weniger Arbeitsbelastung – mehr Zeit für die Schüler!“ Auf der Aktionstagung der GEW am 20./21.4.79 hat Lembke die Linie genauer angegeben: Arbeitszeitverkürzung dürfe nur in Verbindung mit dem Schicksal der arbeitslosen Lehrer einerseits, anderseits mit der Ausdehnung der pädagogischen Betreuung der Schüler gefordert werden. Schon deshalb, weil die Eltern sowieso gegen die angeblich faulen Lehrer eingestellt seien. Und kurzfristig wär' eh nichts drin.

Der Zweck des Manövers ist klar:

Ausdehnung der Teilzeitarbeit für arbeitslose Lehrer als „Kompromiß“ mit Kloses Etatnöten, dann aber mit vollen Kräften an den pädagogischen Auftrag: die Durchsetzung der Bildungsreform. Dazu gegen die Kämpfe der Schüler einige scheinbare Zugeständ- trag: die Durchsetzung der Bildungsreform. Dazu gegen die Kämpfe der Schüler einige scheinbare Zugeständ-nisse: weniger Klassenarbeiten – aber mehr laufende Leistungskontrollen; keine Noten in der 3.Klasse – aber lange Berichte zur Aussortierung auf die Sonderschule.

Es gibt Widerstand gegen dies Manöver: die Schulkreiskonferenz 52 hat die Beteiligung an der geplanten Aktionswoche abgelehnt, weil der gewerkschaftliche Charakter verdeckt werde von der bildungspolitischen Leier der Sozialdemokraten für „mehr Bildung“. In vielen Betriebsgruppen wird nicht die Aktionswoche debattiert, sondern Mittel und Wege, um für die kommenden Kämpfe den tatsächlichen Verschleiß der Arbeitskraft zu untersuchen. Ohne die Kritik der imperialistischen Bildungsreform und die politische Unterstützung der Schüler im Kampf gegen ihre Auswirkungen werden die Lehrer dabei nicht vorankommen.





Vollständiges Verbot der Nachtarbeit für Krankenpflegeschüler

b.hek. Im Februar dieses Jahres hat der Hamburger Senatsdirektor Hopf, vormals Dezernent im Kieler Sozialministerium, eine Richtlinie vorgelegt, die die Anzahl der „ausbildungsnotwendigen“ Nachtwachen für Kinderkrankenpflegeschüler auf 30 bis 50 festlegt, für die Erwachsenenpflege auf 20 bis 30. Durchsetzen konnte er diese kühnen Pläne nicht.

In der Ausbildungs- und Prüfungsordnung von 1966 ist nur von einer „ausbildungsnotwendigen“ Nachtwache die Rede, im Manteltarif ist die Anpassung an die regelmäßige Arbeitszeit im Krankenhaus vorgeschrieben. Seit einiger Zeit jedoch versucht die Bourgeoisie Nachtwachen für die Schüler obligatorisch zu machen und damit den 3-Schicht-Betrieb für das gesamte Personal durchzusetzen.

Zwei Fliegen schlagen sie da mit einer Klappe. Zum einen sind die Schüler billiger als jede, wenn auch unausgebildete Schwester, sie bekommen laut Manteltarif für die Nachtschichten, Überstunden und Bereitschaften lediglich die Hälfte des Lohns von KR III (Tarif für examinierte Schwestern im ersten halben Jahr).

Zum anderen ist es so, daß sie damit das Ehrenberg'sche Mordprogramm auch gleich mit durchsetzen. Denn viele, gerade alte Menschen sterben in der Zeit von 2 Uhr nacht bis 6 Uhr früh. Die Schüler können aufgrund ihrer mangelnden Erfahrungen das oft nicht frühzeitig genug erkennen und den Patienten helfen.

In Schleswig-Holstein sind durch einen Erlaß des Sozialministers 15 Nächte vorgeschrieben. Oft wachen die Schüler alleine auf einer Station. In den Uni-Kliniken in Kiel gibt es bereits in vielen Kliniken nur noch eine examinierte Hauptwache und die Einzelwachen auf den Stationen sind Schüler oder unausgebildetes Personal.

In Hamburg, wo der Erlaß des Senats nicht durchgesetzt werden konnte, wird zum Beispiel in Eppendorf 5 Wochen Nachtwache gemacht für alle Schüler einheitlich. In der Kieler Uni-Kinderklinik ist die Nachtarbeit für Schüler so ausgedehnt worden, daß es sogar zu einer kleinen Anfrage im Landtag zu Beginn dieses Jahres kam.

Sozialminister Clausen:„„Inwieweit Nachtarbeit von Schülerinnen alleine gemacht wird, liegt in der Verantwortung der Krankenhausleitung.“ An vielen Häusern wehren sich die Schüler gegen die Ausdehnung der Nachtarbeit. Auf einer Podiumsdiskussion der ÖTV-Jugend in Hamburg wurde die Forderung nach nur 10 Wachen aufgestellt. In Segeberg hat sich ein Kurs geweigert, mehr als die notwendigen 15 Nächte zu wachen Die Oberschwester mußte einen Rückzieher machen, jetzt versucht sie „freiwillig“ Schüler für Nachtwachen zu gewinnen. Gewonnen werden die Schüler für diese Wachen mit Druck über die Noten, insbesondere beim DRK, über den höheren Lohn und die größere Unabhängigkeit in der Nacht. Man ist dann nicht der ständigen Bespitzelung durch die Dienstaufsicht ausgeliefert.

Auf einer Sitzung von Jugendvertretern und Schul- und Kurssprechern beim Allgemeinen Krankenhaus Barmbek einigten sich die Schüler darauf, zum 1. Mai die Forderung „Vollständiges Verbot der Nachtarbeit für Krankenpflegeschüler“ in den Betrieben zu verankern. Dieses Verbot durchzusetzen, dazu sind die Bedingungen angesichts des gekündigten Manteltarifs günstig. Daß sie von den Schülern genau wie von allen Beschäftigten durchgesetzt werden muß, ist einsichtig, will man die Ausdehnung der Nachtarbeit auf das gesamte Pflegepersonal verhindern, die durch den „Vorversuch“ mit den Schülern durchgesetzt werden soll.

Phoenix-Arbeiter fordern 100 Mark mindestens

Minimale Änderung der Maschinen soll Ausbeutung steigern

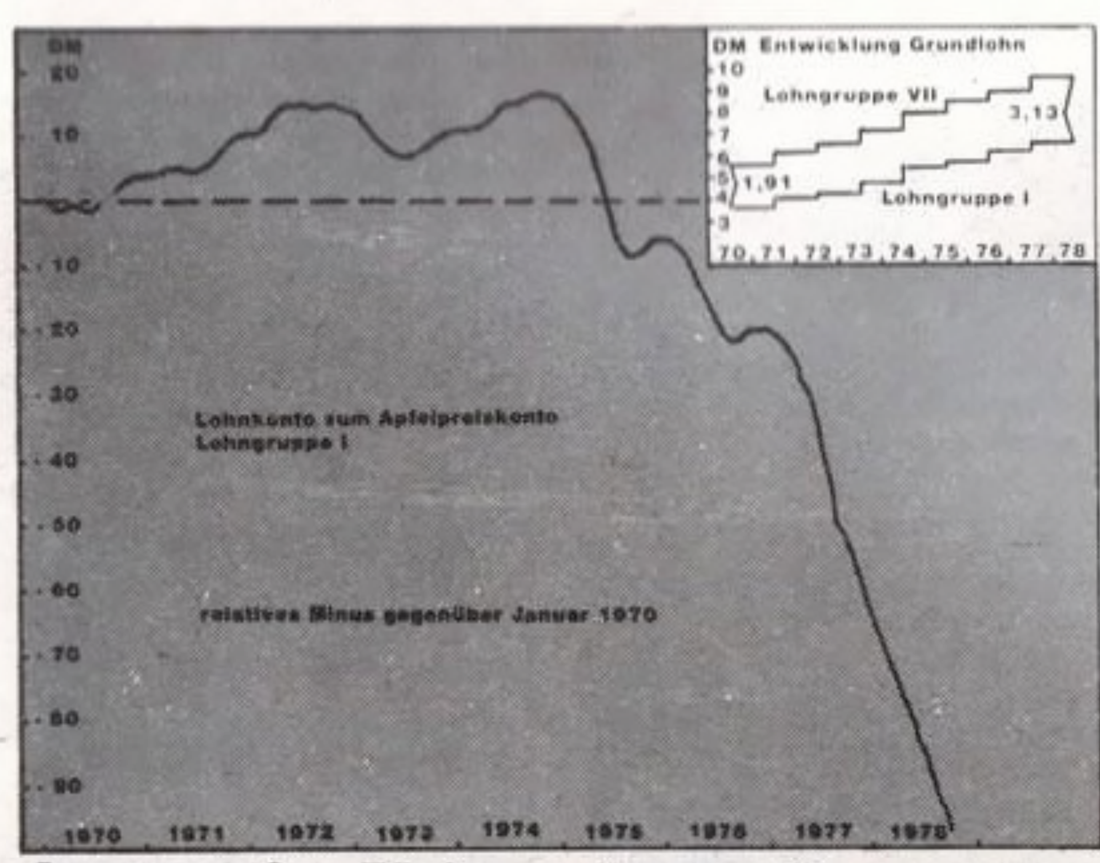
b.jok.Hamburg. Die Profilproduktion gehört zu den Bereichen auf der Phoenix, von denen sich die Kapitalisten einen höheren Profit versprechen, als sie zur Zeit einsacken. Profile (Gummiverdichtungen usw.) werden mit Spritzmaschinen, in denen die eingeführte Gummimischung in einem Schneckengang erhitzt und weichgeknetet wird, nach dem Prinzip Sahnespritze , in unendlichen Metern gespritzt. Die Vulkanisation erfolgt in Ultrahochfrequenzkanälen oder in erhitzten Salzbädern, durch die das Profil kontinuierlich geführt wird. Am Ende der Anlage 30 bis 40 m lang) werden die Profile von Hand in entsprechende Längen geschnitten. Der Maschinenführer muß das Profil einführen, stän- die Profile von Hand in entsprechende Längen geschnitten. Der Maschinenführer muß das Profil einführen, stän-dig auf Form und Größe kontrollieren und abschneiden; eine Frau füttert die Maschine mit Gummi. Jetzt wollen die Kapitalisten anstatt eines Profils 2 oder anstatt 2 Profile 3 mit einer Anlage produzieren lassen, indem das Mundstück am Spritzkopf eine Profilöffnung mehr enthält; das kostet sie fast nichts. Und steigert die Profitrate. Für eine Berechnung nehmen wir folgende Annahmen:
Wert der Anlage 2 Mio.DM, gefahren wird ein Doppelprofil von 160 g/m bei 16 m/Min, Rohstoffvorrat für jeweils einen Monatsbedarf 8,1 t Mischung (0,49 Mio.DM), Arbeitskräfte 13000 DM (dreischichtig), drei solche Anlagen werden betrieben. Der monatliche Kapitalaufwand beträgt 1,95 Mio.DM.

Die Profitrate bei Phoenix (aufgewiesene Gewinne berechnet auf das Gesamtkapital) von 5,67% haben wir auch für die Profilproduktion angenommen, der monatliche Profit beträgt so 110000 DM. Jetzt kommen die neuen Mundstücke und an jeder Anlage müssen die Arbeiter 3 Profile fahren. Eine Anlage nutzen die Kapitalisten nun anderweitig, mit den zweien halten die den Profit. Die Profitrate wächst auf 6,18%. Die Arbeiterin muß die Spritzmaschine jetzt mit 50% mehr Mischung füttern, der Maschinenführer muß 3 Längen anstatt 2 abschneiden und stärker kontrollieren bei gleichem Lohn.

In der Senkung des Lohns und Steigerung der Ausbeutung haben es die Phoenix-Kapitalisten ohnehin schon weit gebracht. Grundlöhne von 6,83 (LG I) und 8,53 (LG V) gibt es fast nirgendwo in der Industrie. Es wächst der Zwang zur Akkordschinderei wie auch der Kampf dagegen. Die ständig weiter reduzierte Reproduktionsbasis der Phoenix-Arbeiter zwingt sie, zum Zusammenschluß um eine 100 DM-Mindestforderung für den anstehenden Lohnkampf und zum Aufmarsch der Arbeiterklasse am 1.Mai beizutragen.

Fast 40 Kollegen aus der Profilfertigung haben sich in einem Brief an die Tarifkommission für Festgeld, auf jeden Fall aber 100 DM mindestens ausgesprochen und dafür zur Teilnahme an der Mai-Demonstration aufgerufen.

Phoenix-Kapitalisten ohnehin schon an der Mai-Demonstration aufgerufen.



Herunterdrücken auf „Kriegsniveau“ – das muß sich die Arbeiterklasse nicht gefallen lassen

b.std. Für die Wahl, die am 29.April zu dem Landtag in Schleswig-Holstein stattfinden, konzentrieren die bürgerlichen Parteien noch einmal ihren Einsatz. Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht dieser oder jener Politiker der drei großen Parteien auftritt. Strauß, Kohl, Dregger, Albrecht, Brandt, Schmidt, Apel, selbst Filbinger wird fast schon wieder aus dem Grab hervorgeholt, damit die Entscheidung für die sozialdemagogisch-christliche oder die sozialdemokratisch-christliche Reaktion gefällt werden kann. In dieser wirklich breiten Palette tummeln sich dann auch jene, die seit Gründung ihrer Existenz die Wahl der SPD andienen.

Die bürgerlichen Politiker nehmen zu allen Fragen Stellung. Seitdem Albrecht zum Schmutzfänger für die Durchsetzung des Energieprogramms dient, versucht die CDU, von dieser gegenüber der Massenbewegung unansehnlichen Position wieder herunterzukommen. Es sind geteilte Rollen, wahrgenommen, um die Energieinteressen des Finanzkapitals durchzusetzen. Strauß in Bad Oldesloe. „Die Länder müssen sich für die Bundesregierung die Finger schmutzig machen. Das Energieprogramm muß durchgesetzt werden.“ Überhaupt kann man an Strauß gut studieren, auf welche Fragen die Bourgeoisie Wert legt und wie sie ihre Interessen durchzusetzen beabsichtigt. Straußens Weitsicht.

„Die Gefahren kommen nicht aus dem Osten, sondern aus dem Mittelmeer und von dem Horn von Afrika. Die Wetterecke der Weltpolitik sind die afrikanischen Staaten. Ob nach den Massenmorden im Iran nicht auch noch die proletarische Revolution kommt? Bezüglich der Kernkraftwerke seien die Risiken auch nicht größer als bei anderen industriellen Risiken. Wenn wir auf das alles verzichten würden, müßten wir die Ansprüche wie in der Kriegswirtschaft zurückschrauben.“

Das ist nicht einfach so hingesagt und zukünftig gedacht, sondern Umstände, in die die Bourgeoisie die Arbeiter aktuell bringen will. Zurückschrauben, wie in der Kriegswirtschaft, das ist eine sehr prägnante Bezeichnung für die Politik der Lohnsenkung und der verstärkten Aubeuterei, die die Kapitalisten in Westdeutschland nun schon geraume Zeit betreiben und nur betreiben können, weil ihnen nicht den nötige Einhalt durch die Sozialdemokraten in der Gewerkschaft geboten und die Einheit der Arbeiterklasse durch sie nicht hergestellt wird. Wassermann, der Justizkandidat der SPD, auf einer Veranstaltung mit Rechtsreferendaren angegriffen, weil er über die Einführung des Praktikantenstatus für Referendare die geplante Lohnsenkung für Referendare verteidigte, äußerte gleich, daß ihn die Lohnkürzungen bei Krankenpflegeschülern nicht interessierten. Sie sind ihm noch nicht niedrig genug, da ist noch etwas Platz, auf Kriegswirtschaftsniveau zu drücken. Das Trommelfeuer der Bourgeois hat seine Erklärung darin, daß die Kämpfe der Arbeiter auf eine Entscheidung hinauslaufen können. Die Einheit unter den Arbeitern ist nicht schlecht; daher lassen sich ihre Interessen auch noch besser gegen die bürgerlichen Parteien durchsetzen. Wenn dabei für die ZANU gesammelt wird, ist das die richtige Antwort auf den Chauvinismus.

Chancengleichheit: ... wer will schon so werden wie Schmidt!

z.maf. Um die Geburtsgeheimnisse der kapitalistischen Gesellschaft webt die bürgerliche Wissenschaft eine Mythologie, mit der verglichen die Sache mit Maria und der Taube direkt rationell herauskommt. Wie kam das Kapital zum Kapitalisten, wird scheinheilig gefragt, und die Antwort ist schon fertig: Am Beginn der bürgerlichen Gesellschaft stehen der Bauer und der Handwerker, beide von eigener Arbeit lebend und im Besitz ihrer Produktionsmittel. Erst hatten also alle ein wenig „Kapital". Dann aber begannen die einen hart zu arbeiten und ein bißchen zu verkneifen, und da wurde es mehr. Die anderen verkniffen sich nichts und waren auch noch faul und ein bißchen doof. Zerbrachen ihr Werkzeug, verkauften die Trümmer als Schrott und versoffen den Erlös, und nachdem sie so gehandelt hatten, mußten sie um so eher dankbar sein, wenn die Fleißigen, die hübsch produziert hatten und überhaupt nie gesoffen, die Unseligen an den Haufen Produktionsmittel, die sie inzwischen wegen der „Askese" hatten, ranließen. – Seitdem müssen die damals Faulen tüchtig schwitzen und die damals Fleißigen sind voll beschäftigt, dafür zu sorgen, daß nicht neuerliche Verschwendung eintritt und daß alles seine Ordnung hat. Tatsächlich beweist die Geschichte, daß die Trennung der Produzenten von den Produktionsmitteln ein Gewaltakt ohnegleichen in der Geschichte gewesen ist.

Einen Abglanz von der wissenschaftlichen Schwindelaktion, durch die man Ausbeuter und Verschwender auf die Namen „Fleiß und Askese" tauft, findet man in dem Aufwand, der heute getrieben wird, um die sehr verschiedenen Lebensläufe der Mitglieder der kapitalistischen Gesellschaft aus den persönlichen Charaktereigenschaften dieser Gesellschaftsmitglieder zu „erklären". Danach hingen diese Lebensläufe an einem moralischen Faden. Wer bereit sei, sein persönliches Vermögen sowohl hartnäckig auszubilden wie auch gewillt, es ganz in den Dienst der Gesellschaft zu stellen, der könne auch was werden, und wer nicht, eben nicht. Die Entscheidung würde in der Jugend fallen, wann auch sonst. Solchen Personen, bei denen man absehen könne, daß sie geneigt wären, zu handeln wie ihre unseligen Vorfahren, – Werkzeug zerbrechen, als Schrott verkaufen, ver-
ihre unseligen Vorfahren, – Werkzeug zerbrechen, als Schrott verkaufen, ver-
saufen, alles runterkommen lassen usw. –, würde klugerweise nichts anvertraut. Andere Personen, die erkennen ließen, daß sie den gesellschaftlichen Notwendigkeiten Rechnung zu tragen wüßten, würden zur Leitung sowohl der Staatsangelegenheiten, wie auch der Produktion herangebildet, und sind dann, nicht obwohl, sondern gerade weil sie so fleißig und genügsam veranlagt und ausgebildet sind, bei der Beaufsichtigung der Arbeit so angespannt, daß sie selber nichts mehr arbeiten müssen und in bezug auf den Konsum so genügsam, daß sie nicht mal durch Verschwendung verdorben werden können.

Auch wenn's uns blöd vorkommt, wir glauben dran! müssen die Sozialdemokraten denken, warum sonst könnten sie die Forderung nach Chancengleichheit in ihr Programm geschrieben und dem Deutschen Gewerkschaftsbund den Blödsinn auch noch aufgezwungen haben? – Denn ist der Schmarren erst einmal geschluckt, so läßt sich leidenschaftlich und erbittert darum streiten, daß alle Kinder und Jugendlichen, unabhängig von den sozialen Verhältnissen, denen sie entstammen, die gleichen Startbedingungen für diesen Wettlauf haben müssen. Und es lassen sich herzerbarmende soziale Enthüllungen machen über das Nicht-Dasein von gleichen Voraussetzungen, moralisch und sozial, wie man will. Wie soll das Kind seine Hausaufgaben machen, wenn der Vater besoffen krakeelt? Wie, wenn die Mutter die Hausaufgaben nicht kontrollieren kann, weil sie selbst nicht durchblickt? Wie in den beengten Wohnverhältnissen? Wie, wenn das Tischgespräch so fern von geistigen Interessen ist, oder vielleicht sogar mit vollem Munde geredet wird? Traurig ist das alles, oder? Und ein langer Weg, bis die „Chancengleichheit" verwirklicht sein wird. Aber mit Geduld und Helmut Schmidt, der ja gezeigt hat, daß man es zu was bringen kann, wird dem Fortschritt Bahn gebrochen.

„Fortschritt" ist lustig. *Allen* untergehenden Ausbeuterklassen der Geschichte war gemeinsam, daß sie das Personal sowohl für die Leitung der Produktion wie auch der Staatsangelegenheiten in zunehmenden Maß aus dem Heer der Ausgebeuteten rekrutierten. – Die Freigelassenen spielten im Wuchergeschäft des alten Rom, als Sklaventreiber bei Straßenbau und Landwirtschaft, in der Armee und im Beamtenapparat eine ungeheure, beständig wachsende Rolle, etliche brachten es sogar bis zum Kaiser. – Das christliche Mittelalter hatte über den Priesternachwuchs und die Orden sogar sehr feste Regeln geschaffen und sich einige Elastizität verschafft, indem sowohl der Wucherer nicht leicht geadelt wurde, wie auch dem Pfaffen nicht etwa Keuschheit empfohlen und das Kindermachen verboten, sondern das Machen von erbberechtigten Kindern gesetzlich ausgeschlossen wurde. – In der modernen Lohnsklaverei ist das System wirklich bloß besonders weit entwickelt. Es gibt sowohl die Laufbahn des Staatsbeamten, wie des Managers, den das 19te Jahrhundert wirklich „Privatbeamten" nennt. Der
Managers, den das 19te Jahrhundert wirklich „Privatbeamten" nennt. Der
Filter, über den dies Staats- & Privatbeamtentum aus den Volksmassen herausgeseiht wird, ist die staatlich bewachte, kontrollierte und geleitete Schule. Entsprechend diesem Interesse ist die Ausbildung und Erziehung in dem staatlichen Schulsystem.

Man hängt den Kindern und Jugendlichen den Beamtenfrack als Köder, und wenn sie nicht schnappen wollen (es könnte sie ja im zarten Alter auch bereits davor ekeln), bleibt ihnen der Weg zur Erlangung allgemeiner Kenntnisse verschlossen. Diese sind nur zu haben, indem das Kind und der Jugendliche die Grundsätze der herrschenden Klasse schluckt und sich beugt, und wenn es sich nicht beugt, womöglich ein Bewußtsein persönlichen Versagens auf den Weg in die Fabrik beigepackt bekommt.

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Illustrierte Blätter – 1. Mai 1979



Große Kampfaktionen sind die Antwort, wo immer die Landesregierungen versuchen, mit neuen reaktionären Gesetzen die Schulunterdrückung noch zu verschärfen.

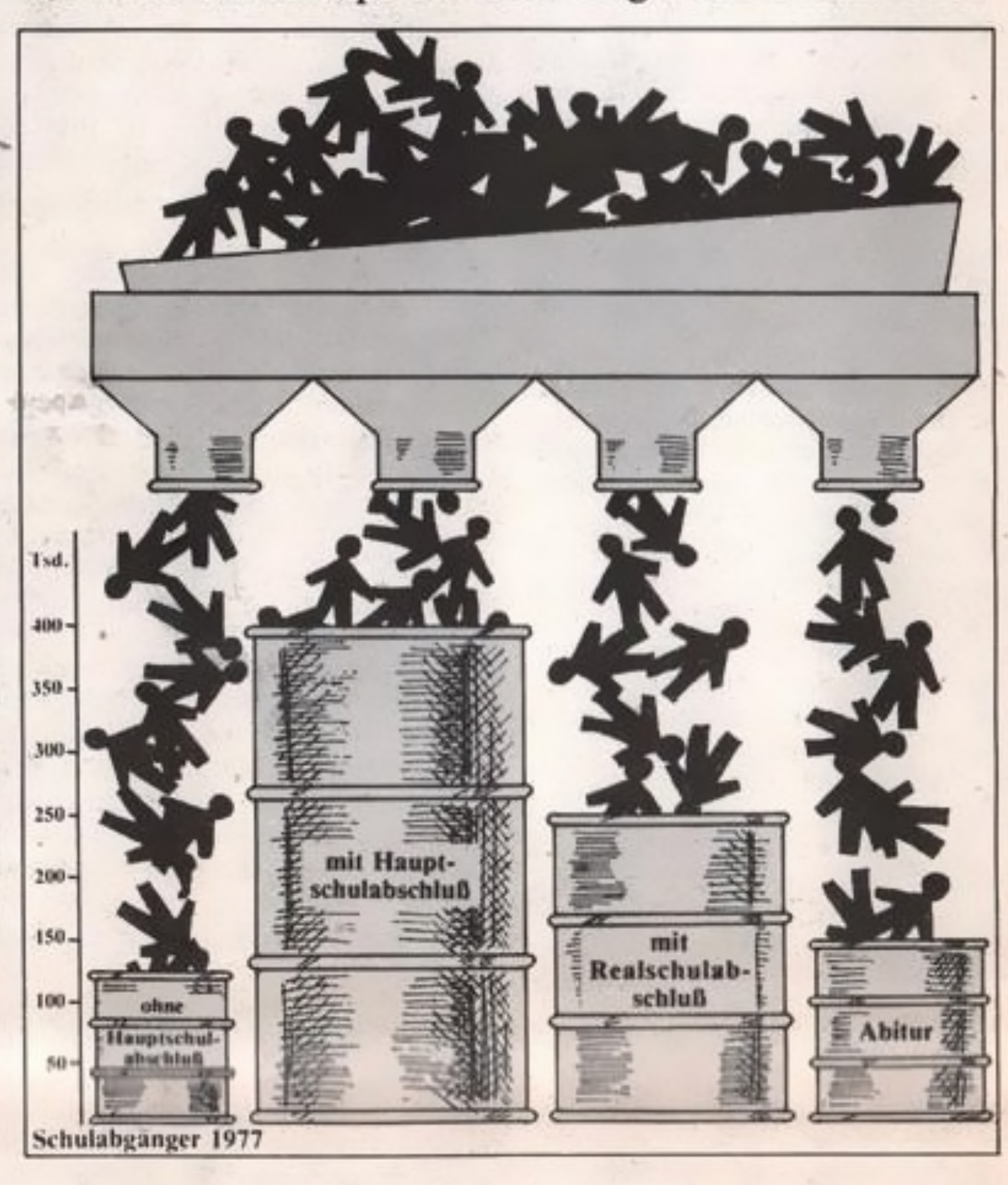


1. Mai Vorwärts im Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes! Vorwärts im Kampf für den Sieg des Sozialismus!


Aus Notensystem und Schulordnung schält sich der Polizeiknüppel heraus. – Streik der Abendgymnasiasten in Frankfurt.


Lehrlinge belagern die Schulbehörde in Hamburg.


Tausende Schulen werden geschlossen, der Schulweg wird immer weiter.



Schulabgänger 1977




Weg mit der Jugendpolizei!

Registrierte arbeitslose Jugendliche unter 20 J. (September 1978) 92030

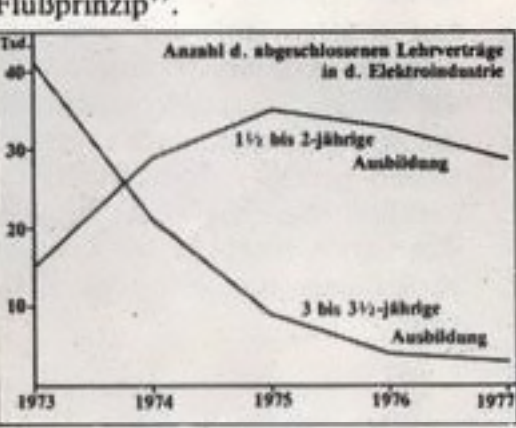
davon:	
vorher in Schule	43378
Lehre abgebrochen	16581
nicht übernommen	11037

Arbeitslosengeld bekommt nur, wer zuvor 6 Monate versicherungspflichtig beschäftigt war. § 134 sorgt dafür, daß Jugendliche zumeist auch keine Arbeitslosenhilfe bekommen. So haben es SPD und FDP Ende 1975 beschlossen.

Berufsgrundbildungsjahr-Anrechnungsverordnung von 1972: „Der erfolgreiche Besuch einer einjährigen beruflichen Grundbildung ... ist auf die Ausbildungszeit ... als erstes Jahr der Berufsausbildung anzurechnen ... " 1977 war schon jede sechste der 530000 neu angefangenen Lehrstellen um ein Jahr verkürzt.

Bild rechts: Schüler der Grundbildung Textil lernen „Fertigung im Flußprinzip".





SPD und FDP haben die Akkordarbeit für Jugendliche verboten – es sei denn „soweit dies zur Erreichung ihres Ausbildungszieles erforderlich ist oder wenn sie eine Berufsausbildung für diese Beschäftigung abgeschlossen haben..." Da kann dann Siemens dem Aktionär mitteilen: „Damit bilden wir wie schon in den Vorjahren *bewußt* mehr Jugendliche aus als wir später in ein festes Arbeitsverhältnis übernehmen können."



Veranstaltungsreihe des KBW zum 1. Mai 1979: Was die Bourgeoisie unterdrückt und die Reformisten und Revisionisten fürchten, wofür die Arbeiterklasse kämpft. 29. April 1979: *Die Einheit der Arbeiterklasse und des Volkes. Einheitsschule unter Volkskontrolle!*

KBW
Kommunistischer Bund Westdeutschland